

Palästina

INTIFADA



Solidarität mit Palästina

Nummer 17 September 2004 Preis: € 2,-



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Die Schlacht von Najaf..... | 5 |
| „Die Intifada hat mehr erreicht als Oslo“ | 7 |
| Palästina – der Alltag im besetzten Westjordanland | 12 |
| Erfahrungen und Eindrücke einer Reise | 12 |
| Solidarität mit den politischen Gefangenen in Israel..... | 16 |
| Irakischer Volksaufstand 1920 und 2004 | 17 |
| Freiheit für Abduljabbar al-Kubaysi | 22 |
| Déjà-vue in Darfur? | 23 |
| Rote Sonne am Himalaja | 28 |
| Nablus – eine belagerte Stadt | 30 |
| Friedensaktivistin als „Gefahr für Israel“ in Haft | 31 |
| Palästinensische Frauen | 32 |
| Überleben im Käfig..... | 33 |
| Bericht aus der eingeschlossenen Stadt Qalqilya | |
| Friedensaktivisten während Invasion in Nablus verhaftet | 34 |
| Die Stimme der Unterdrückten | |
| konnte nicht zum Schweigen gebracht werden | 35 |
| Ergebnisse des Antiimperialistischen Lagers in Assisi, August 2004 | |
| Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak gegründet | 37 |
| Zum Internationalen Aktionstag am 25. September..... | 39 |
| Interview mit Thomas Zmrzly, Initiativ e. V., Duisburg | |
| Kopftuchverbote in der Türkei und Europa: Cui bono? | 40 |
| Interview mit Hülya Şekerci, Özgür Der | |
| Österreichisch-Arabisches Kulturzentrum in Wien | 41 |
| „Gemeinsamer Kampf gegen die israelische Politik | |
| der ethnischen Säuberungen“ | 42 |
| Interview mit Shraga Elam | |
| Für ein freies, demokratisches Palästina..... | 45 |
| Beitrag von Abna' al-Balad zum Antiimperialistischen Lager 2004 | |
| „Wir haben ein Mini-Guantánamo in Großbritannien“ | 49 |
| Interview mit Ghayasuddin Siddiqi | |
| Volksmacht im Zeitalter des Imperiums..... | 52 |
| Rede von Arundhati Roy am 16. August 2004 in San Francisco | |
| An der Grenze | 53 |
| von Michael Warschawski | |
| Kontakt und Abo | 11 |

Die Schlacht von Najaf

US-Marionettenregime angeschlagen

Drei Wochen hielten die von Muqtada al-Sadr geleiteten Kämpfer der Mahdi-Armee der Belagerung durch die US-Marineinfanterie im vergangenen August stand. Schließlich mussten sich die militärisch weit überlegenen Besatzer unverrichteter Dinge zurückziehen, während die Mahdi-Armee de facto nur einem vorläufigen Waffenstillstand zustimmte. Politisch läuft der abgesagte Showdown in Najaf auf einen außerordentlichen Sieg Muqtadas und des Widerstandes hinaus, die die von den USA eingesetzte Regierung nicht auf die Beine kommen lassen.

Von der Offensive, die in die Defensive führte

Bereits im April 2004 hatten die US-Besatzer vergeblich versucht, die zwei Zentren der Resistance, nämlich die Hochburg des sunnitischen Widerstands Falluja auf der einen Seite und die Mahdi-Armee des schiitischen Widerstands auf der anderen Seite, militärisch zu vernichten. Der Doppelschlag sollte der Ende Juni ins Amt zu hievdenden Übergangsregierung Raum schaffen, um die Reuigen und Belehrtten einzubinden und so einem Marionettenregime eine soziale Basis und Stabilität zu verleihen.

Um diesem Geburtsfehler der irakischen Regierung abzuwehren, entschieden sich die US-Besatzer nur einen Monat nach der Inszenierung des „Machttransfers“ einen abermaligen Angriff auf die Kräfte von Muqtada al-Sadr zu unternehmen. (Dabei musste auch dem letzten Zweifler klar werden, wie weit es mit der gerade eben übertragenen Souveränität des Irak her ist.) Da Muqtada genauso wenig wie der sunnitische Widerstand bereit war die Regierung anzuerkennen, stellte er für die Besatzer ein nicht zu dulndendes alternatives Machtzentrum dar, das es schnellst möglich zu beseitigen galt. Daher werden auch Falluja und andere Zentren des Widerstands nach wie vor regelmäßig bombardiert.

Unter einem rein militärischen Blickwinkel gesehen, stellt die Mahdi-Armee einen weit schwächeren Gegner dar als der sich aus der ehemaligen Armee speisende Widerstand im sunnitischen Dreieck. Tatsächlich handelt es sich um kaum ausgebildete und nur sehr leicht bewaffnete Milizen, die sich aus der Jugend der städtischen Armenvierteln rekrutieren. Trotz eines extrem hohen Blutzoll verteidigten sich die Kämpfer Muqtadas mit höchstem Einsatz und Zähigkeit. Berichten zufolge legte die US-Armee mit Bombardements aus Flugzeugen, Hubschraubern sowie schwerer Artillerie die Altstadt von Najaf in Schutt und Asche, so dass sich die Verteidiger zunehmend in die Ali-Moschee – das höchste schiitische Heiligtum – zurückziehen mussten.

Die symbolische Bedeutung der Belagerung des Schreins kann gar nicht überschätzt werden. Die Ali-Moschee stand stellvertretend für das ganze irakische Volk, ja für die Muslime der ganzen Welt und insbesondere natürlich der schiitischen. Keine Regierung, die einen Rest von Unterstützung in den Volksmassen zu behalten versucht, konnte einen Sturm unterstützen oder im Dienste der Besatzer durchführen. Das Kabinett Al-lawi hingegen drohte vollmundig mit der Vernichtung der Widerstandskämpfer mittels gewaltsamer Einnahme der heiligen Stätte. Damit stellte sie zum wiederholten Male ihre totale Abhängigkeit von den Besatzern zur Schau.

Knapp vor dem Angriff hatten die USA die höchste religiöse Autorität der irakischen Schiiten, Ayatollah Ali al-Sistani, nach London ausgeflogen – angeblich aus gesundheitlichen Gründen, nachdem dieser die Stadt mehrere Jahrzehnte nicht verlassen hatte. Scheinbar sollte er buchstäblich aus dem Schussfeld genommen und ihm die schwierige Positionnahme erspart werden. So schwieg er in London beharrlich, während seine

Anhänger sein dringendes Eingreifen zum Schutz des Heiligtums und der Stadt erwarteten.

Als Muqtada schließlich nach mehr als drei Wochen noch immer nicht kapituliert hatte und auch nichts auf eine baldige Aufgabe hindeutete, indes ein Sturm den Besatzern und ihren Handlangern als politisch unmöglich erschienen musste, blieb ihnen nichts anderes übrig, als al-Sistani wieder ins Spiel zu bringen. Dieser rief zu einem Marsch auf Najaf auf, dem mehrere Zehntausend Menschen Folge leisteten. Den Besatzern, die al-Sistani politisch bedeutungsvollen militärischen Begleitschutz auf seinem Weg von Basra nach Najaf zuteil werden ließen, schwebte ein Kompromiss vor, der zumindest zur Entwaffnung der Mahdi-Armee hätte führen sollen.

Doch der Marsch konnte unter den gegebenen Umständen gar nicht anders als eine gegen die Besatzer gerichtete Dynamik zu entfalten. So waren mindestens ebenso viele Konterfeis Sistanis wie Sadrs auszumachen. Und obwohl die US-treue irakische Armee ein Massaker mit mehreren Dutzend Toten anrichtete, gelang es ihr nicht die massive Teilnahme der angewachsenen Anhängerschaft Muqtadas zu unterbinden. In Najaf angekommen, war der Marsch zu einem regelrechten Entsatz für die Verteidiger der Moschee geworden – von einer unparteiischen Kompromisslösung war jedenfalls nichts mehr zu spüren. Zehntausende strömten in den Schrein und ermöglichten es so den Mahdi-Kämpfern zum Teil sogar ihre Waffen behaltend das Schlachtfeld ungeschlagen und in Würde zu verlassen.

Kompromiss?

Der unter Vermittlung Sistanis mit der US-Besatzungsmacht ausgehandelte Kompromiss sah im Wesentlichen auf der einen Seite den Rückzug der US- und irakischen Truppen aus Najaf, auf der anderen Seite die Ent-

waffnung der Mahdi-Armee vor. Die realen Kräfteverhältnisse bei der Beendigung der Belagerung erlaubten es den Aggressoren jedoch nicht, diese Entwaffnung zu kontrollieren geschweige denn sie selbst vorzunehmen. So läuft der Kompromiss de facto auf einen Waffenstillstand hinaus. Und obwohl Muqtada zur Einstellung der Kampfhandlungen aufrief, dauern die Gefechte vielerorts an. In Bagdad fordert die Miliz weiterhin vehement den Abzug der Besatzer aus dem Armenviertel als Voraussetzung einer Waffenruhe.

Die westliche Presse stellte das friedliche Ende der Belagerung als Erfolg Sistanis dar, der die Kontrolle über den Schrein wieder übernommen hat. Auf dem Feld der Religion mag seine Autorität unangetastet bleiben. Politisch indes zwangen ihn die Volksmassen Muqtada al-Sadr zu entsetzen, was den Einfluss des letzteren noch weiter stärkt. Es ist mittlerweile nicht zu übersehen, dass Muqtadas Bewegung zur führenden politischen Kraft unter den Schiiten und auch zur wichtigsten politischen Kraft des Widerstands aufgestiegen ist.

Trotz so mancher Zweideutigkeit in den Aussagen Muqtadas hinsichtlich der Teilnahme am politischen Prozess, die ihm eine Hintertür zu einem substantiellen Kompromiss mit den Besatzern offen halten oder aber dieses nur suggerieren soll – die Ambiguität scheint gewollt und charakterisierte Muqtada von Anbeginn –, hat der Widerstand einen weite-

ren Erfolg errungen und geht konsolidiert aus der Schlacht von Najaf hervor.

Regierung in der Ecke

Die Kollaborationsregierung hingegen hat sich politisch völlig isoliert und delegitimiert. Selbst viele ihrer Funktionäre haben sich vom Vorgehen gegen Najaf distanziert.

Die heutige irakische Regierung steht um nichts besser da als der Übergangsrat, den sie mit dem Ziel ablösen sollte, dem proamerikanischen Regime eine breitere Basis zu geben. Tatsächlich stellt sich aber die Lage für die Besatzer viel ungünstiger als zuvor dar, da „Machttransfers“ nicht beliebig oft inszenierbar sind und der Widerstand seine Lebensfähigkeit und Zähigkeit unter Beweis gestellt hat. Er erscheint mittlerweile als militärisch nicht unterdrückbar.

Die einzige noch offene Option einem genehmen Regime Legitimität zu verleihen, bleiben allgemeine Wahlen. Diese würden von gewichtigen Kräften wie Sistani unterstützt werden. Indes werden die Unwägbarkeiten immer größer, je mehr sich der Widerstand konsolidiert.

Die Hoffnungen der Besatzer den Irak so unter Kontrolle zu bekommen, dass Wahlen, die diesem Begriff nicht spotten, ein ihnen genehmes Ergebnis zeitigen könnten, sind zerstoßen. Da das Marionettenregime keinerlei Verankerung und Glaubwürdigkeit besitzt, wird ihr die Ausarbeitung einer vorläufigen Verfassung, die zumindest von

wichtigen Teilen der Elite unterstützt werden müsste, kaum gelingen. Hinzu kommt, dass unter den Bedingungen des Widerstands die Registrierung der Wähler flächendeckend gar nicht und sonst auch nur unter allergrößten Schwierigkeiten durchführbar sein würde. Schon jetzt sprechen westliche Medien davon, dass in einigen Regionen wie beispielsweise Faluja nicht gewählt werden wird.

All dies schmälert den Wert von Wahlen zur Stabilisierung der US-Besatzung – und je länger die USA zuwarten, desto ungünstiger könnte für sie die Lage werden. Selbst die amerikanischen Neokonservativen fordern möglichst rasche Wahlen. Denn auch sie gehen davon aus, dass die Zeit gegen ihr Imperium spielt.

Politische Alternative

Bisher schien das Hauptproblem des irakischen Widerstands das Fehlen einer politischen Front, die alle Kräfte des Widerstands bündeln und eine Alternative, eine embryonale Gegenregierung darstellen könnte. Jedoch haben sowohl die Verteidigung Falujas im April als auch die Najafs im August Solidarität aus dem ganzen Land erfahren. Die verschiedenen Führungen des Widerstands sprachen sich nicht nur gegenseitige Unterstützung aus, sondern ließen auch Taten folgen. So erscheinen heute die Bedingungen zur Bildung der notwendigen Front günstiger denn je zuvor.

*Willi Langthaler
September 2004*

„Die Intifada hat mehr erreicht als Oslo“

Yoav Bar ist Aktivist bei Abna' al-Balad, einer linken palästinensischen Bewegung, die innerhalb der Grünen Linie, also in den Gebieten, die 1948 von Israel besetzt und heute als israelisches Staatsterritorium betrachtet werden, aktiv ist. Sie steht für die Abschaffung aller Formen des Rassismus, für das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge und die Errichtung eines säkularen, demokratischen Palästinas.

Abna' al-Balad ist wiederholt Opfer von Repression von Seiten des israelischen Staates geworden. Wie ist die Situation Ihrer Organisation zur Zeit?

Abna' al-Balad ist, wie Sie wahrscheinlich wissen, aktiv innerhalb der so genannten Grünen Linie, der 1948 besetzten Gebiete des historischen Palästina. Es gibt rund eine Million Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft, die vom israelischen Staat vollkommen marginalisiert sind. Alle Bereiche ihres Lebens sind von dieser systematischen Diskriminierung betroffen. Diese Palästinenser werden auch von den Palästinensern außerhalb Israels abgeschnitten sowie vom Rest der arabischen Nation. Diese Marginalisierung erfolgt nicht über den Versuch einer Integration oder Assimilation in den israelischen Staat, sondern schlicht und einfach durch eine vollkommene Isolierung. Die israelischen Palästinenser haben keinerlei Möglichkeit ihr eigenes Leben zu gestalten und sie haben keinerlei Einfluss auf die Gesellschaft, in der sie leben. Abna' al-Balad ist seit 45 Jahren aktiv um diese Menschen zu organisieren, einerseits um sie in ihrem täglichen Überlebenskampf zu unterstützen, andererseits um ihren Kampf um nationale Rechte und ihre nationale Identität zu organisieren.

Natürlich hat unsere Bewegung viele unterschiedliche Aspekte. Wir arbeiten beispielsweise in lokalen Organisationen, Schüler- und Studentengruppen, machen kulturelle und politische Aktivitäten sowie Aktivitäten rund um die nationale Identität. Wir sind natürlich auch Teil der Bewegung der palästinensischen Massen. Beim Ausbruch der Intifa-

da beteiligten sich auch die Palästinenser innerhalb der Grünen Linie in gewisser Weise an diesem Aufstand, manchmal in Form von Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei, manchmal auch in Form von materiellen Unterstützungen, z. B. Lebensmittelsammlungen für die Menschen in den Zonen, wo Ausgangssperren herrschten. Die Form der Beteiligung hängt von den jeweiligen Bedingungen ab. Abna' al-Balad ist eine der Kräfte, die diese Aktivitäten organisieren und Initiativen setzen.

Wenn die Bewegung einen Aufschwung erfährt, so wird auch sofort die Repression schärfer. Im letzten Jahr hat die Repression sehr stark zugenommen. Im Westjordanland werden jeden Tag Dutzende von Menschen verhaftet und einige getötet. Innerhalb der Grünen Linie ist das Niveau der Widerstandsbewegung und der politischen Aktivität natürlich niedriger. Man hört vielleicht einmal die Woche von Verhaftungen und Erschießungen in den Straßen kommen ungefähr einmal im Monat vor. Es gibt oft Konfrontationen mit der Polizei, wenn beispielsweise Häuser oder Felder von Palästinensern zerstört werden.

Die jüngsten Zielsetzungen der israelischen Politik betreffen die Abtrennung der Massenbewegung von ihren Führungen. Innerhalb der Grünen Linie gibt es vier politische Organisationen, welche die palästinensische Bevölkerung vertreten, das ist die Islamische Bewegung, die Kommunistische Partei, die Nationale Demokratische Allianz (Tajammu) und Abna' al-Balad. Die Führung der

beiden radikaleren Organisationen, der Islamischen Bewegung und von Abna' al-Balad, befinden sich derzeit im Gefängnis. Das ist Teil der Politik der israelischen Regierung um zu verhindern, dass sich die Menschen radikalisieren oder auch dass sie die Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen unterstützen.

Die Führung der Islamischen Bewegung befindet sich in Haft, weil ihr vorgeworfen wird, die Opfer der Intifada materiell unterstützt zu haben. Die Bewegung hatte beispielsweise elftausend Waisen im Westjordanland adoptiert; die meisten von ihnen waren durch die gewaltsame Besetzung der israelischen Armee zu Waisen geworden. Die Kinder erhielten monatliche Zahlungen um überleben zu können. Dadurch – so der Vorwurf der israelischen Regierung – würde die Bevölkerung im Westjordanland ermutigt, Widerstand gegen die Besetzung zu leisten. Die Unterstützung von Waisenkinder ist also jetzt ein Verbrechen in Israel. Fünf Führungsmitglieder der Islamischen Bewegung befinden sich schon seit 15 Monaten in Haft.

Was Abna' al-Balad betrifft, so sitzt der Generalsekretär Mohammed Kana'ana (Abu Assad) nun schon seit mehr als einem halben Jahr im Gefängnis. Er wird auf Grundlage eines speziellen israelischen Gesetzes festgehalten, das den Kontakt zu so genannten ausländischen Agenten untersagt und mit 15 Jahren Haft bestraft. Als ausländische Agenten werden alle Menschen bezeichnet, die einem Land dienen, das als feindlich eingestuft wird. Der Punkt ist, dass alle palästinensischen Organisationen als feindliche Organisationen eingestuft werden. Das sind die linke PFLP, die Hamas, Jihad und alle anderen, aber das gilt auch für die Fatah, die ja mit der israelischen Regierung zusammenarbeitet. Die Treffen, deren Abu Assad angeklagt ist, waren keine geheimen Treffen, sondern öf-

fentliche, als Teil seiner öffentlichen politischen Aktivität. Es waren Treffen mit George Habash, Ahmad Sa'adat¹ und anderen, die meist auch öffentlich über Presseerklärungen angekündigt worden waren. Eine gewisse Zeit lang haben die israelischen Behörden nichts gemacht, doch dann haben sie Abu Assad auf Grundlage dieses Gesetzes verhaftet. Zur Zeit ist der Prozess im Laufen und es besteht die Gefahr, dass er einige Jahre im Gefängnis bleiben wird.

Das ist ein Beispiel für die politische Repression, mit der wir konfrontiert sind. Ein anderes Beispiel sind unsere Sommerlager, die wir jedes Jahr für Kinder und Jugendliche abhalten. Das ist in erster Linie eine soziale und Freizeit-Aktivität. Im israelischen Schulsystem lernen die Kinder nichts über palästinensische Geschichte, über die Dörfer, die zerstört wurden oder über arabische Literatur. Sie lernen auch nicht sich selbst zu respektieren. Um hier abzuwehren organisieren wir jedes Jahr Sommerlager für Hunderte von Kindern. Letztes Jahr wurde unser Lager von der Polizei angegriffen und aufgelöst, einige unserer Aktivisten, darunter auch ich, verhaftet. Es ging nicht um politische Aktivitäten oder Demonstrationen, sondern einfach darum ein Kinderlager organisiert zu haben. Sie hielten uns fünf Tage gefangen und bis heute gehen die Untersuchungen bezüglich dieses Lagers weiter. Gerade vergangene Woche war ich wieder zu einer Einvernahme deswegen bei der Polizei.

Das ist nur ein kleines Beispiel. Auch nach Demonstrationen gibt es oft Verhaftungen oder die Menschen werden bedroht und eingeschüchtert, sie könnten ihre Arbeit verlieren, wenn sie weiterhin aktiv wären. Es ist einfach Alltagsleben unter feindlicher Herrschaft.

Die israelische Regierung erlässt immer wieder neue Gesetze und Verordnungen, die speziell die arabische Bevölkerung Israels diskriminieren. Können sie diese systematische Diskriminierung erläutern? Ein wichtiger Punkt sind hier auch jene Palästinenser, die vertrieben

wurden und als Flüchtlinge innerhalb Israels leben. Sie gelten als Absentees, also Abwesende. Sind sie in irgendeiner Weise organisiert?

Die palästinensischen Flüchtlinge innerhalb der Grünen Linie werden meist vergessen, wenn es um die palästinensische Frage geht. Das dient natürlich israelischen Interessen und den Interessen all jener, beispielsweise auch der Europäer, die behaupten, dass Israel im Grunde ein demokratischer Staat sei, der nur ein „Grenzproblem“ oder ein „externes“ Problem im Westjordanland und Gazastreifen hätte. Doch die Wahrheit ist, dass Israel ein rassistischer Staat ist, und zwar im Inneren wie im Äußeren. Das beginnt mit der Erklärung anlässlich der Staatsgründung Israels – es gibt keine Verfassung – die Israel als einen jüdischen Staat definiert. Der Rassismus ist ein zentraler Aspekt in allen Aktivitäten des israelischen Staates. Auf die arabische Bevölkerung, die wohlgeehrt schon vor der Gründung Israels dort gelebt hat, wird immer als ein Feind Israels Bezug genommen, den es gilt zu unterdrücken und letztendlich zu vertreiben. Es gibt so viele Aspekte dieser Diskriminierung, dass ich versuchen werde das Gesamtbild durch einige Beispiele zu erklären.

Beginnen wir mit der Gesetzgebung zu den Absentees, Gesetze, die es seit der Staatsgründung Israels gibt. Sie besagen, dass Menschen, die an einem bestimmten Tag des Jahres 1948 nicht an ihrem Wohnsitz angetroffen wurden, zu Absentees, Abwesenden, erklärt werden und dass ihre Besitztümer dem israelischen Staat zufallen. Wenn also Menschen aufgrund des damals herrschenden Krieges, aber auch aus persönlichen Gründen, zu Studienzwecken etwa, oder weil sie jemanden besuchten, an diesem Tag nicht zu Hause waren, wurde ihr Besitz vom israelischen Staat beschlagnahmt. Von diesem Gesetz sind heute ein Viertel der palästinensischen Bevölkerung mit israelischer Staatsbürgerschaft betroffen, die existent und präsent sind, aber nicht für das Gesetz. Ich persönlich kenne Personen, die seit 1948 an den israelischen

Staat monatlich Miete zahlen um in ihren eigenen Häusern wohnen zu dürfen. Die Moschee in dem Viertel, in dem ich wohne, würde laut Gesetz der Person gehören, die sie bauen ließ. Doch da diese Person den Status eines Absentees hat, gehört die Moschee dem israelischen Staat, der damit machen kann, was er will.

Die Absentees beginnen sich immer stärker zu organisieren. Es bildeten sich zum Beispiel Komitees aus Menschen, die aus dem gleichen Dorf stammen und zwar nicht in dieses Dorf zurück können, aber sich zusammenschließen um den Friedhof, die Kirche oder die Moschee des Dorfes zu säubern und wieder in Stand zu setzen. Oft werden diese Kirchen oder Moscheen vom Staat wieder zerstört oder zu militärischen Zonen erklärt, um zu verhindern, dass die Menschen sie renovieren. Der Papst wurde während seines Aufenthaltes in Israel in eine dieser wieder aufgebauten Kirchen eingeladen, doch er kam nicht, um seine offiziellen Beziehungen zu Israel nicht zu belasten. Diese Aktivität ist für die Menschen sehr wichtig, sie bedeutet auch eine Verteidigung der eigenen Rechte, eine Pflege der eigenen Wurzeln. Die einzelnen Komitees haben sich inzwischen in einem Nationalen Komitee Interner Flüchtlinge zusammengeschlossen. Seit zehn Jahren organisieren sie jedes Jahr, am Tag der Staatsgründung Israels, dem palästinensischen Tag der Naqba (Katastrophe), eine Versammlung für das Rückkehrrecht. Dieses Jahr haben sie eine große nationale Konferenz für das Rückkehrrecht in Haifa veranstaltet. Wenn Israel also hofft, dass das Rückkehrrecht in Vergessenheit geraten wird, so ist das Gegenteil der Fall. Die Menschen haben an Bewusstsein dazu gewonnen und sie fordern mehr als früher die Anerkennung des Rückkehrrechts.

Ein weiteres Problem sind die Dörfer, die vom israelischen Staat nicht anerkannt werden. Die Behörden haben einen Bebauungsplan für das ganze Land und manche Zonen wurden zu reinem Agrarland erklärt, auch wenn dort Dörfer sind, die

schon vor der Staatsgründung Israels existierten. Diese Dörfer sind vom Staat nicht anerkannt und daher haben sie kein Anrecht auf Wasser- und Stromversorgung, auf Schulen und Krankenhäuser oder ein Straßennetz. Manche dieser Dörfer werden zerstört, doch die meisten existieren weiterhin in diesem nicht-erkannten Status. Wenn aber irgendwelche jüdische Israelis an so einer Stelle eine Siedlung errichten wollen, dann ist es natürlich kein Problem den nationalen Bebauungsplan zu ändern. Und es werden Straßen gebaut und Schulen und Schwimmbäder, Strom und Wasser werden eingeleitet, aber für arabische Dörfer gibt es eine solche Umwidmung des Planes nie. Das ist auch eine Form der langsamen systematischen Vertreibung, um die Araber aus Israel fort zu bekommen. Es ist im Grund nichts anderes als ethnische Säuberung.

Die Benachteiligung zieht sich durch alle Bereiche des Lebens, was zum Beispiel Finanzierungen betrifft, im Arbeitsleben usw. In der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft sind etwa nur sechs von mehreren Tausend Angestellten arabischer Herkunft, doch als im Jahr 2000 die zweite Intifada ausbrach, weigerte sich die Elektrizitätsgesellschaft Reparaturarbeiten in den arabischen Wohngebieten durchzuführen. Alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sind Teil dieses Apartheid-systems. Ein weiteres Beispiel sind die Universitäten. Laut Gesetz muss zur Errichtung einer Universität das Unterrichtsministerium seine Zustimmung erteilen. Als eine arabische Universität gegründet werden sollte, damit die arabische Bevölkerung Universitätsstudien in ihrer Sprache absolvieren kann, wurde ein Gesetz erlassen, das besagte, dass es in Israel genügend Universitäten gäbe und keine weiteren errichtet werden dürfen. Wenn allerdings in einer Stadt eine hebräischsprachige Universität gegründet werden soll, so wird sie einfach zur Zweigstelle einer bereits existierenden Universität erklärt, um dieses Gesetz zu umgehen.

Ähnlich ist es mit der Gesund-

heitsversorgung. Bis heute wurde nicht ein einziges Krankenhaus von der israelischen Regierung in arabischen Wohngebieten errichtet. Das ist einfach Apartheid, wobei ich glaube, dass es in Südafrika durchaus Krankenhäuser für die schwarze Bevölkerung gab. In Israel nicht.

Diese Beispiele zeigen, dass in Israel alles darauf ausgerichtet ist, Israel gemäß seiner Selbstdefinition als jüdischen Staat zu konsolidieren. Seit einem Jahr gibt es nun auch ein Gesetz, das die Familienzusammenführung verhindern soll. Dieses Gesetz besagt, dass es keine Familienzusammenführungen zwischen Personen, die im Westjordanland oder Gazastreifen leben, und solchen, die in Israel leben, geben darf. Das betrifft nicht nur Palästinenser. Wenn beispielsweise ein jüdisches Mädchen aus Jerusalem einen Palästinenser aus Ramallah heiratet, darf er nicht in Jerusalem und sie nicht in Ramallah leben. Es gibt auch viele Fälle von Ehepaaren, die seit Jahrzehnten zusammenleben und nun aufgrund dieses Gesetzes getrennt werden.

Nach vier Jahren Intifada scheint sich die Situation für die Palästinenser eher zu verschlechtern als zu verbessern. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, dass die palästinensische Bewegung zumindest die derzeitige Eskalation stoppen und längerfristig ihr Ziel der nationalen Selbstbestimmung erreichen kann?

Zunächst muss man feststellen, dass es kein Kräftegleichgewicht zwischen den Palästinensern und den Besatzern gibt, d. h. es handelt sich nicht um eine Situation, in der man frei entscheiden kann, was man tut. Das Westjordanland wurde wieder vollständig besetzt und mit dem Gazastreifen machen die Besatzer sowie so was sie wollen, sie zerstückeln ihn, bombardieren, wie und wo es ihnen einfällt. Was die Palästinenser vor allen Dingen tun können, ist zu beweisen, dass es Widerstand geben wird, so lange es die Besatzung gibt. Und das ist es, was sie tun. Sie können der Besatzung keine Niederlage beibringen, aber sie können die Normalisierung der Besatzung verhindern.

Wenn die israelische Regierung heute von der Möglichkeit eines Rückzugs aus dem Gazastreifen spricht, so ist das ein Ergebnis der Intifada, denn zuvor war davon keine Rede. Auch während der Periode der Oslo-Abkommen sprachen die Israelis davon, doch es geschah nichts. Daher kann man sagen, dass der Intifada etwas gelungen ist, und zwar unter den schlechtesten Bedingungen, was Oslo nicht gelungen ist.

Man kann also nicht sagen, dass die Intifada nichts erreicht hätte, im Gegenteil, die Intifada hat viele Dinge erreicht. Beispielsweise hat sie das Wachstum der israelischen Wirtschaft gestoppt, sie hat die jüdische Immigration nach Israel weitgehend gestoppt. Heute gibt es mehr Auswanderung aus Israel als umgekehrt. Die Intifada hat auch dem israelischen politischen und sozialen Establishment eine schwere Krise zugefügt, weil sie deutlich gemacht hat, dass es keine Normalisierung der Besatzung geben wird. Zu Zeiten der Oslo-Abkommen dachten die Palästinenser fälschlicherweise, dass es Frieden geben würde, doch die Israelis dachten, dass sie die Besatzung und ihr schönes Leben weiterführen könnten. Und sie haben damit bis zum Ausbruch der zweiten Intifada Recht behalten. Sie setzten den Ausbau der Siedlungen und die Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskraft fort, die Wirtschaft blühte, die Immigration nach Israel auch und sie bekamen dafür auch noch internationale und arabische Anerkennung. Doch seit Beginn der Intifada befindet sich Israel in einer vielschichtigen Krise und die Regierung ist gezwungen die politische Situation in die eine oder in die andere Richtung zu bewegen. Sie versucht natürlich das so langsam wie möglich zu tun und den Palästinensern so wenig Konzessionen wie möglich zu machen, doch selbst die rechteste israelische Regierung ist dazu gezwungen mehr Zugeständnisse zu machen als die linken Regierungen in so genannten Friedenszeiten. Das beweist die Kraft der Intifada.

Die Strategie, welche die israelische Regierung verfolgt, ist die palä-

tinensische Bewegung in einen Bürgerkrieg zu treiben. Das war auch die Logik der Oslo-Abkommen. Und ein Ergebnis dieser Strategie sind die jüngsten innerpalästinensischen Machtkämpfe in Gaza, die vom israelischen Establishment begeistert aufgenommen und als erstes positives Ergebnis des einseitigen Rückzuges aus Gaza gewertet werden. Die Menschen im Gazastreifen sagen, dass es bei den jüngsten Konflikten nicht darum geht, tatsächlich die Korruption zu bekämpfen, sondern dass damit israelischen Interessen gedient werden soll. Der große Traum der Israelis ist, dass sich die Palästinenser gegenseitig umbringen und sie sich nicht mehr die Hände mit der militärischen Besatzung schmutzig machen müssen. Doch ich bin überzeugt, dass die Palästinenser beweisen werden, wie sie das schon viele Male zuvor getan haben, dass sie nicht in diese Falle tapen, sondern einen Bürgerkrieg verhindern werden. Es gilt die Einheit der palästinensischen Bewegung gegen die Besatzung zu bewahren, auch wenn es Uneinigkeit in vielen Fragen geben sollte. Das bedeutet, dass es zur Zeit keine Möglichkeit für einen revolutionären Sieg im Gazastreifen oder im Westjordanland gibt, aber es ist möglich und nötig, die nationale Einheit zu bewahren, Basisorganisationen und den Widerstand zu stärken.

Von Europa aus betrachtet, erscheint der palästinensische Widerstandskampf immer stärker als ein rein militärischer Kampf. Wie ist das Verhältnis zwischen der politischen und der militärischen Ebene?

Ich glaube, dass es in Europa falsche Vorstellungen von den tatsächlichen Bedingungen in Palästina gibt. Zunächst gab es in den ersten Monaten der zweiten Intifada kaum tatsächliche militärische Kämpfe, sondern hauptsächlich Massendemonstrationen. Als es zu den ersten gewalttätigen Ausschreitungen an Checkpoints kam, verwandelten diese sich in Massaker, weil die israelische Armee keinerlei moralische Bedenken hat, in palästinensische Demonstra-

tionen hineinzuschießen und Menschen zu töten. Die Situation ist nicht wie in Argentinien oder Bolivien, wo es bei Ausschreitungen zu einigen Todesopfern kommt und die Regierung stürzt. Die israelische Regierung genießt Unterstützung in der ganzen Welt und noch so viele palästinensische Todesopfer beeinflussen die öffentliche Meinung kaum. Es mag natürlich von außen romantischer erscheinen Massendemonstrationen von Unbewaffneten zu organisieren, doch nach etlichen Massakern erweist sich das als eine höchst unverantwortliche Methode. Das Ergebnis dieser Massaker ist, dass sich der palästinensische Widerstand dazu entschlossen hat gezielter vorzugehen um auch den Besatzern Schaden zuzufügen. Vor einem Jahr ungefähr erklärte die palästinensische Seite eine einseitige Waffenruhe, doch die israelische Armee tötete weiterhin täglich palästinensische Menschen. Daraufhin haben auch die palästinensischen Organisationen den Waffenstillstand aufgekündigt, nachdem sie einige Monate vergeblich versucht hatten, die Bedingungen für andere Formen des Widerstandes zu verbessern.

Es gibt auch jetzt eine Menge unbewaffneter Demonstrationen. Jeden Tag gehen ganze Dörfer, die vom Mauerbau von ihren Feldern abgeschnitten werden, um sich vor die Bulldozer zu stellen. Doch das stoppt die Bulldozer nicht. Die israelische Armee hat kein Problem damit, die friedlichen Demonstrationen brutal zu unterdrücken.

Ihre eigenen, persönlichen Erfahrungen sind sehr interessant. Wie kam es dazu, dass Sie als jüdischer Israeli sich der palästinensischen Befreiungsbewegung angeschlossen?

Vielleicht kann ich es so ausdrücken: Nicht alle Menschen haben die Gabe Rassisten zu sein. Mir gelingt es einfach nicht. Zu meiner eigenen Identität möchte ich noch folgendes sagen. Ich kann mich nicht als Juden bezeichnen, da das Judentum eine Religion ist und ich nicht religiös bin. Ich kann mich aber auch nicht als Israeli bezeichnen, da Israel

ein koloniales Projekt ist und ich Antikolonialist bin. Meine Familie wanderte aufgrund der antijüdischen Pogrome aus Russland aus und so wie ein Teil von ihnen nach Frankreich und Amerika ging um dort zu versuchen gute Franzosen und Amerikaner zu sein, so versuche ich, dessen Eltern nach Palästina gingen, ein guter Palästinenser zu sein.

Da Israel eine rassistische Gesellschaft ist, kann ich mich als Antirassist einfach nicht als ein Teil von ihr empfinden. So habe ich angefangen nach etwas anderem zu suchen und habe gesehen, dass sich die palästinensische Bevölkerung gegen diese Ungerechtigkeit wehrt und dass ich auf ihrer Seite stehe. Zunächst war ich bei verschiedenen linken Organisationen aktiv, schließlich habe ich mich Abna' al-Balad angeschlossen, der wichtigsten linken palästinensischen Organisation innerhalb der Grünen Linie. Für mich ist es so, dass ich immer mehr den Eindruck habe von Israel nach Palästina zu emigrieren. Ich lebe jetzt in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Haifa, ein arabisches Viertel, dessen Bewohner aus ihren Häusern vertrieben wurden. Das sind Menschen mit einer langen kämpferischen Tradition, Menschen, die ein hohes Maß an Solidarität untereinander leben. Ich nehme an ihrem Leben und an ihren Organisationsformen teil, so wie ich an Abna' al-Balad teilnehme, denn es gibt nur eine Lösung für den Konflikt in Palästina: einen gemeinsamen demokratischen Staat, in dem alle Menschen gleichberechtigt leben können. Das ist das Ziel von Abna' al-Balad.

Wie reagiert die israelische Gesellschaft auf Ihre Entscheidung, sich auf die Seite des palästinensischen Befreiungskampfs zu stellen?

Natürlich wird meine Entscheidung von vielen jüdischen Israelis als Verrat betrachtet, dennoch habe ich üblicherweise Probleme mit der israelischen Polizei, nicht mit den Menschen. Ich wurde viele Male verhaftet und war ungefähr zehn Mal aufgrund meiner politischen Aktivität vor Ge-

richt angeklagt, wurde aber immer frei gesprochen. Während eines Prozesses sagten acht Polizisten gegen mich wegen angeblicher Gewaltanwendung auf einer Demonstration aus. Ich hatte Glück, denn es existierte eine Videoaufzeichnung, die belegte, dass ich auf dieser Demonstration von der Polizei von hinten geschlagen worden war.

Oft wird von den Massenmedien, insbesondere im deutschen Sprachraum, von einem „natürlichen“ arabischen Antisemitismus gesprochen. Ihre Erfahrungen scheinen eher das Gegenteil zu bestätigen.

Natürlich. Meine Kinder beispielsweise gehen auf eine arabische Schule. Ich kenne viele arabische Kinder in jüdischen Schulen und hier sind Benachteiligung und Diskriminierung an der Tagesordnung. Meine Kinder hatten nie derartige Probleme, im Gegenteil, in der Regel sind arabische Menschen meist sehr froh, wenn sie auf nicht-rassistische Israelis treffen, so dass meine Kinder sogar ein bisschen verwöhnt sind. Ich habe auch wiederholt das Westjordanland besucht und wurde dort von der palästinensischen Bevölkerung immer mit offenen Armen willkommen geheißen. Alle sind glücklich über nicht-rassistische Juden. Es gibt keinerlei Symmetrie zwischen anti-arabischem und anti-jüdischem Rassismus oder fehlender Akzeptanz der anderen Seite. Im Gegenteil, der Rassismus ist einseitig und gegen die Palästinenser gerichtet. Die Palästinenser hingegen streben nach einer neuen Definition der Beziehungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, die auf gegenseitigem Respekt, Freiheit und Würde basieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Abna' al-Balad: www.abnaa-elbalad.org

1 George Habash und Ahmad Sa'adat sind Führungsmitglieder der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas).

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
 Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
 Kto-Nr. 92 125 137
 Bankleitzahl: 60 000
 BIC: OPSKAT WW
 IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12 500,-
- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Ali Nasser, Sonja Tschurlowitz

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Palästina – der Alltag im besetzten Westjordanland

Erfahrungen und Eindrücke einer Reise

Im Rahmen der Aktivitäten des International Solidarity Movement (ISM) hatte ich im Juli/August 2004 die Möglichkeit, für knappe vier Wochen in Jenin und Umgebung zu erfahren, was der Alltag unter israelischer Besatzung bedeutet. Das Zentrum des militärischen Terrors sind nun schon seit einiger Zeit der völlig abgeriegelte Gazastreifen und Nablus – Nachrichten von der Ermordung palästinensischer Kinder und Jugendlicher in den letzten drei Wochen in Balata/Nablus oder die Bombardierung von Beit Hanun im Gazastreifen erreichen manchmal die internationalen Medien. Oder es ist die Apartheidmauer, die ab und zu Schlagzeilen macht. Was sich jedoch auf den sogenannten Nebenschauplätzen abspielt (die wie Jenin jederzeit wieder zu einem Hauptschauplatz werden können), scheint in grausamer Weise zu wenig spektakulär um Medienaufmerksamkeit zu bekommen. Und doch ist es dieser Krieg niedriger Intensität, der die Palästinenser tagtäglich trifft, der das einfache Überleben so schwierig macht, der ermüdet und dem Widerstand den Rücken brechen soll. Ich möchte mit diesem Bericht all den palästinensischen Frauen, Kindern und Männern, die mir auf verschiedenste Weise gezeigt haben, wie sie dem tagtäglichen Terror die Stirn bieten und an einer Zukunft in einem freien Palästina festhalten, danken, und mein Versprechen einlösen, ihnen eine Stimme zu geben.

Der Weg nach Jenin ist kein leichter. Da es kaum möglich ist, in eine „closed military zone“ (zu der praktisch jede größere Stadt im Westjordanland erklärt wurde) durch die Checkpoints auf den Hauptstraßen zu kommen, ist eine stundenlange Fahrt auf Nebenstraßen und durch die Berge notwendig. In Jenin selbst ist es zur Zeit relativ ruhig. Das heißt nur, dass israelische Panzer, Jeeps und Heckenschützen bei Tag in der Stadt

kaum sichtbar sind. Am 10. Juli allerdings dringen sie ein, erschießen Nu'man Tahaina (einen vermutlichen Kämpfer der Hamas) in seinem Haus und verhindern drei Stunden lang das Eintreffen eines Ambulanzfahrzeugs. Während dieser drei Stunden fahren sie durch die Straßen, provozieren Jugendliche, bis die Steine fliegen, um dann mit Tränengas und Kugeln zu antworten. Als ihr Opfer nach drei Stunden verblutet ist, ziehen die Soldaten ab.

Fast jede Nacht sind Jeeps und Schusswechsel aus dem nahen Flüchtlingslager Jenin zu hören. Am 20. Juli frühmorgens werden wir Zeugen der Demolierung der Wohnung von Abu Ali, der in Jenin ein kleines Geschäft betreibt. Während des Massakers in Jenin 2002 wird sein Haus zerstört und sein Schwiegersohn als „Terrorist“ verhaftet. Am 10. Juli wird seine sechzehnjährige Tochter Ame Muhammad Yunis Owis verhaftet – ohne Angabe von Gründen – am 22. Juli seine zweite Tochter Amani Mohammed Yunis Owis, Mutter von zwei kleinen Kindern. Tagelang versuchen wir herauszufinden, wo die Töchter überhaupt sind und warum sie verhaftet wurden. Die Besatzer geben keine Begründung – sie demonstrieren Macht, die die anderen ohnmächtig machen soll. Abu Ali, der auch an diesem Tag von sechs Uhr morgens bis elf am Abend in seinem kleinen Geschäft steht, gibt uns seine Erklärung: „Sie wollen, dass wir verschwinden. Entweder sie töten uns oder sie machen das Leben unerträglich. Verschwindet! Wandert aus! Ich hätte nie gedacht, dass sie mich fast soweit bringen. Warum meine Töchter?“ Zwei Tage vor ihrer Verhaftung sagte mir Amani, deren Mann 2002 mit dem Urteil „lebenslänglich“ verhaftet wurde: „Es ist schwer, wir verloren alles. Aber ich bleibe stark, wegen meiner zwei Kinder.“

Ich arbeite auch mit den Kindern

im Flüchtlingslager, die im Sommer in einer UNRWA-Schule sogenannte betreute Workshops besuchen können. Viele der Kinder sind stark traumatisiert. Sie haben das Massaker im Jahre 2002 in Jenin erlebt, sie erleben die nächtlichen Überfälle des israelischen Militärs. Die Hilfe, die diese Kinder bekommen, ist gar keine. In Riesengruppen von vierzig bis fünfzig Kindern, mit ungeschulten Betreuern so wie ich es bin, leben die einen bei den Ausländern ihre starken Gefühle aus, die anderen sind verschlossen, wieder andere bringen ihre Geschenke – Patronenhülsen, die im Lager herumliegen. Einige Kinder geben mir auch Zeichnungen von der al-Aqsa-Moschee und fragen, ob ich es möglich machen könnte, dass sie sie sehen könnten. Diesen Kindern ist ein Rest an Vertrauen geblieben, das in diesem Fall leider auch enttäuscht wird.

20. Juli in Barta'a. Die Grüne Grenze verläuft mitten durch die Stadt, die Apartheidmauer tief in palästinensischem Gebiet – 3,6 bis acht Kilometer von der Grünen Grenze entfernt. Der palästinensische Teil von Barta'a ist also eingeschlossen von zwei Grenzen und im Nordosten von vier israelischen Siedlungen. Familien wurden getrennt, soziale Kontakte zerrissen. Am 20. Juli wird die Trennung noch einmal vollzogen – die Häuser, Geschäfte und eine kleine Bekleidungsfabrik entlang der Grünen Grenze werden zerstört – insgesamt werden 120 Arbeitsplätze von den Bulldozern niedergewalzt, in einer Region, wo es kaum mehr Arbeit gibt. Die offizielle Begründung ist „keine Baubewilligung“, ungeachtet der Tatsache, dass die Leute zweifelt ihre Genehmigungen in die Höhe halten. Es ist kein Zufall, dass die Häuser und Geschäfte auf der Grünen Grenze liegen. Ein weiterer Grenzzaun ist geplant, der die Teilung Barta'as zementieren soll. Der

Widerstand, der Zorn und der Wille, das Bisschen, was noch da ist, zu verteidigen, ist ungebrochen, obwohl es schon zehn Verletzte durch Gewehrfeuer gibt. Die ohrenbetäubenden „sound bombs“ machen den Weg für die Bulldozer jedoch wieder frei. Das nächste Ziel, ein freistehendes Haus. Der Besitzer ist völlig außer sich, Männer und Jugendliche kommen ihm zu Hilfe. Es fliegen Steine, denen zuerst Gummigeschosse, dann heftiges Gewehrfeuer von Seiten der Soldaten folgt. Was hier in Barta'a geschieht, ist der Alltag der Besatzung.

Den meisten Städten und Dörfern in der Region Jenin, die nicht unmittelbar von der Apartheidmauer betroffen sind, wird das Leben durch die Roadblocks, die unbemannten Straßensperren, erschwert. Felsblöcke oder riesige Erdwälle blockieren die Straßen, weil in der Nähe entweder eine Siedlerstraße ist oder einfach aus Schikane. Praktisch bedeutet es, dass man mit keinem Fahrzeug zu den Olivenhainen kommt und dass für jeden Schritt hinaus Umwege auf unwegsamen Wegen in Kauf genommen werden müssen. Die Palästinenser nutzen immer wieder die Gegenwart von Ausländern, diese Sperren zu beseitigen, denn die Anwesenheit von Ausländern kann ihrer Ansicht nach in manchen Fällen die Brutalität des israelischen Militärs zügeln.

Die sieben Sperren auf der Straße von Ramin können tatsächlich vom Bulldozer beseitigt werden – für wie lange? Die Freude ist trotzdem groß, als das erste Auto entlang fährt. Die Hauptstraße nach Nablus ist schon seit langem zu, die, die wir gerade räumten, war es seit sechs Monaten. Wer immer vom Dorf Ramin nach Nablus wollte – zu Studienzwecken oder wegen eines Arztbesuches – war statt einer Stunde mehrere Stunden auf unwegsamen Wegen und Straßen unterwegs. Nach all der Mühsal dauerte und dauert es wieder Stunden, um nach Nablus hineinzukommen, denn durch die Hauptcheckpoints ist es kaum möglich – „closed military zone“! An einem Nebencheckpoint im Norden, den auch ich einmal benutze, kommt man, wenn man Glück

hat, durch – wenn man kein palästinensischer Mann oder Jugendlicher unter 30 ist. Die werden nämlich aus „Sicherheitsgründen“ stundenlang angehalten und oft nicht durchgelassen. Aus „Sicherheitsgründen“ erschossen die Soldaten am 25. Juli dort einen jungen Mann mit gültigen Papieren, der sich gegen die Schikanen wehrte, die Soldaten beschimpfte und dann davonlaufen wollte.

Unser Taxifahrer erträgt es mit erstaunlicher Geduld, dass wir über eine Stunde warten müssen, obwohl nur zwei Autos am Checkpoint sind. Die Soldaten haben es nicht eilig und demonstrieren ihre Macht.

In Saffarin, wo auch eine Straße geöffnet werden soll, erklärt das Militär diese als militärisches Sperrgebiet (in der Nähe führt eine Siedlerstraße vorbei), was soviel heißt, dass sie tun können, was sie wollen. Die Dorfgemeinschaft ist gegen eine Konfrontation – die Sperre bleibt.

In Ya'bad, einer Stadt mit sehr kämpferischen Menschen, gibt es keine Warnungen oder Erklärungen mehr. Sobald wir uns der Straßensperre nähern, werden Unmengen an Tränengaskanistern in die Menschenmenge geworfen. Drei Menschen werden verletzt, Steine fliegen und irgendwann ist die Belastung durch das Tränengas so groß, dass der Rückzug erfolgt. Als Bestrafungsaktion dringt das Militär am nächsten Tag ein und verhaftet willkürlich Menschen. Das israelische Militär muss keine Gründe dafür angeben – bis zu sechs Monaten ist es nach ihrem Gesetz möglich, Palästinenser ohne Angaben von Gründen einzusperren. In Ya'bad und anderswo erzeugt all dieser Terror immer neuen Widerstand – eine von den guten Erfahrungen nach so viel Machtdemonstrationen der Besatzer.

Am 25. Juli dringen Undercover-Einheiten in Tulkarm ein. Sie erschießen zwei Mitglieder der al-Aqsa-Brigaden und vier unbeteiligte Passanten. Sie lassen für eine halbe Stunde keine Hilfe oder Rettungsmannschaften durch. Das Gewehrfeuer ist einseitig – es ist nur ihres. Die offizielle Version dieser Militäraktion in der Ha'aretz dazu ist, dass sechs Terroristen, die

einen Anschlag planten, getötet wurden – der Sicherheit Israels wegen.

Ich nehme in den ersten Tagen am „Freedom March“ teil, einer zwanzigtägigen Demonstration gegen und entlang der Apartheidmauer, von Zububa ganz im Norden des Westjordanlandes bis Jerusalem. Überall begleitet uns die jeweilige einheimische Bevölkerung für bestimmte Etappen – voller Gastfreundschaft und Freude, dass ihr Kampf gegen die illegale Mauer anerkannt und weitergeführt wird.

Große Abschnitte im Norden sind keine Mauer, sondern ein Zaun. Das heißt konkret: ein rund zwei Meter hoher Rasierklingenstacheldrahtzaun, dann ein tiefer Graben, dann eine Piste für die Militärfahrzeuge, zuletzt noch der elektrische Zaun mit Überwachungskameras, und wieder eine Straße, auf der ich an all den Tagen kein einziges anderes Fahrzeug gesehen habe als die Jeeps. Abgesehen vom Landraub durch den Verlauf der Mauer tief im palästinensischen Gebiet ist dieser Grenzzaun, der etliche Meter Land über viele Kilometer beansprucht, ein besonders perverses koloniales Monster.

Ob in Zububa, Umm Dar, Tayba oder Tura – wir stehen mit den Menschen auf ihrer Seite des Zaunes und sie zeigen uns die Häuser von Verwandten auf der anderen Seite, oder das Weideland für ihre Schafe und Ziegen, oder ihre Olivenhaine. Alles, ohne irgendeine Art von Entschädigung, fiel dem Landraub der Israelis anheim. Was jetzt, ca. ein Jahr nach Fertigstellung der Mauer in vielen Grenzorten als lebensbedrohlich angesehen wird, ist die Unmöglichkeit, aus diesem Gefängnis heraus zu den früheren Arbeitsstätten zu gelangen. Zububa steht stellvertretend für viele der Orte – keine Arbeit mehr. Früher war es eine zehnmünütige Fahrt zur Arbeitsstelle in Israel. Jetzt würde es bedeuten, den ganzen mühseligen Weg durchs Westjordanland bis Jerusalem und durch Israel auf der anderen Seite zurück in die israelische Stadt zu fahren, die praktisch vor der Haustür liegt. Eine Tagesreise! Was bleibt? Auswandern? Verhun-

gern? Von Hilfslieferungen abhängig sein? Kämpfen?

Ob es dieser Würgegriff um die palästinensische Gesellschaft ist, ob es die Verhaftungen und Erschießungen sind – die palästinensische Bevölkerung soll auf all diese Arten „hinausgesäubert, dezimiert“ werden. Diese ethnische Säuberung soll den Platz schaffen für mehr israelische Siedlungen, für mehr Einwanderer, für den mörderischen Traum von Großisrael.

Es lebe die Intifada!

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien

International Solidarity Movement

Das International Solidarity Movement (ISM) mit Palästina gründet seine Arbeit auf folgende zentrale Prinzipien:

- das bestimmende Element sind die Palästinenser und deren Anliegen
- direkte Aktionen gegen die Besatzungsmacht
- Gewaltfreiheit

Das ISM arbeitet je nach Kräfteverhältnissen und politischer Situation im Gazastreifen und im Westjordanland in so genannten Ortsgruppen (wie zum Beispiel in Jenin oder Nablus), denen sich die internationalen Aktivisten für kürzere oder längere Zeit anschließen. International ist das ISM in verschiedenen Ländern wie den USA, Deutschland oder Schweden tätig, um Solidaritätsarbeit mit Palästina zu leisten.

Die Arbeit in Palästina selbst kann direkte Teilnahme, Hilfe und Unterstützung beim Kampf gegen beispielsweise Häuserzerstörungen und anderen Übergriffen des Militärs sein, soll aber in jedem Fall zumindest Dokumentation und Medienarbeit sein, um den tagtäglichen Terror der Besatzungsmacht öffentlich zu machen.

Die Aktivisten müssen an einem

zweitägigen Training teilnehmen, das im Wesentlichen in praktischen Unterweisungen und dazugehörigen Rollenspielen für den Fall von Zusammenstößen mit der Besatzungsmacht – Gewehrfeuer, Tränengas, Verhaftungen – besteht. Abgesehen von einem kurzen geschichtlichen Überblick, fehlt die politische Analyse und politische Diskussion, die ein notwendiger Hintergrund für die direkten Aktionen sein sollten. Was an elementaren politischen Ansprüchen fehlt, wird durch absolute politische Korrektheit bezüglich kultureller Normen ersetzt. Was Bekleidungsregeln oder Auftreten in der Öffentlichkeit betrifft, scheint das ISM palästinensischer als die Palästinenser sein zu wollen.

Auf der Basis eines vagen politischen Anspruchs, aber mit der Bereitschaft zu handeln, können logischerweise Aktivisten unterschiedlichster Motivation und unterschiedlichsten Bewusstseins arbeiten. Es gibt die, die für ihre Solidaritätsarbeit mit Palästina Impulse und Stärke finden wollen und ihre konkrete Rolle in diesem Land nicht überschätzen, oder Abenteurer, denen es vorrangig um die direkten Aktionen gegen die Besatzungsmacht geht, oder Philanthropen, die nur die „armen Palästinenser“ sehen, denen geholfen werden muss,

oder solche, die das Leiden der Israelis wegen der Selbstmordattentäter sehen und nun das Leiden der Palästinenser kennen lernen wollen. Was immer die Beweggründe sein mögen, die Bevölkerung nimmt die Anwesenheit der Aktivisten grundsätzlich positiv zur Kenntnis – bedeutet sie doch zumindest in manchen Fällen einen gewissen Schutz vor der Brutalität des Militärs und generell Anteilnahme und Solidarität. Für das ISM selbst ist wesentlich, dass die Bereitschaft zu Aktionen gegeben ist, sowie die Hoffnung, dass jeder aus den Erfahrungen lernen und dadurch auf der Seite des palästinensischen Volkes stehen wird. Die offene Organisationsstruktur und das kaum vorhandene politische „Screening“ erhöht sicherlich die Anzahl der Aktivisten und dadurch den Spielraum des ISM, birgt aber gleichzeitig die Gefahr einer Unterwanderung der Organisation, was nicht so sehr für die internationalen Aktivisten wohl aber für Palästinenser und deren politische Organisationen, die in Kontakt mit dem ISM treten, tatsächlich gefährlich sein kann. Das ist wohl auch einer der Gründe, warum Organisationen wie die Hamas oder PFLP sich fernhalten.

Elisabeth Lindner-Riegler

Solidarität mit den palästinensischen politischen Gefangenen in Israel

Am 15. August traten an die viertausend palästinensische Gefangene in den Hungerstreik. Sie sind unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt, die israelisches und internationales Recht verletzen. Mit ihrem Hungerstreik forderten sie die Einhaltung elementarster Rechte gemäß der Vierten Genfer Konvention. Dazu zählen:

- ein Ende der Kollektivstrafen, der entwürdigenden Leibesvisitationen, der willkürlichen und unbegrenzten Isolationshaft, der Folter
- das Recht auf medizinische Versorgung
- das Recht auf Besuche von Familienmitgliedern und Anwälten
- Einhaltung angemessener menschlicher und sanitärer Standards in den Zellen
- das Recht auf Bücher und Weiterbildung

Seit 1967 sind ca. 20 % der palästinensischen Bevölkerung, 650 000 Menschen, in Israels Gefängnissen interniert gewesen. Zur Zeit sind es an die 7 000 politische Gefangene, unter ihnen 324 Kinder. 450 sind ohne Anklage interniert, was den Besatzungsbehörden gemäß ihren militärischen Richtlinien bis zu sechs Monaten möglich ist, im Normalfall aber auf Jahre ausgedehnt wird. Laut Ad-dameer, der palästinensischen Menschenrechtsorganisation für Gefangene, sieht das israelische Recht keine Gesetze vor, die Status und Rechte der Gefangenen definieren würden. Es herrscht Willkür – willkürliche Einschränkungen von minimalen Rechten wie Familienbesuche, das Recht auf Bücher oder Gesundheitsversorgung – willkürliche Anwendung von körperlicher Misshandlung und Folter.

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, u. a. Amnesty Internatio-

nal und Human Rights Watch, prangern diese unhaltbaren Zustände in den israelischen Gefängnissen immer wieder an. Das Israelische Komitee gegen Folter hat im letzten Jahr eine starke Zunahme von „Folter, Misshandlungen, Erniedrigungen und unmenschlichen Haftbedingungen“ festgestellt.

Der am 15. August begonnene Hungerstreik – „Die Revolte der leeren Mägen“ – richtete sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Die Antwort von Tsachi Hanegbi, dem israelischen Minister für Öffentliche Sicherheit, zeigt die menschenverachtende Haltung der Besatzer gegenüber den Besetzten: „Die Gefangenen können einen Tag lang oder ein Monat lang streiken, sie können sich von mir aus bis zu Tode hungern. Wir werden diesem Streik in geeigneter Weise antworten und es wird so sein, als ob er nie stattgefunden hätte.“ Diese Antwort wurde von weiteren Einschränkungen wie der Entfernung von Radios und Fernsehern aus den Zellen sowie dem totalen Besuchsverbot von Familienangehörigen begleitet.

Die hungerstreikenden Gefangenen erhielten entschlossene Unterstützung von Seiten der palästinensischen Bevölkerung. In allen palästinensischen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt. In der palästinensischen Gesellschaft herrscht eine starke Verbundenheit mit den politischen Gefangenen: Fast in jeder Familie befindet sich oder befand sich ein Mitglied im Gefängnis. Der Kampf der Gefangenen um bessere Haftbedingungen wird von der Bevölkerung als ihr eigener Kampf empfunden – es geht um die Grundrechte und die Menschenwürde und des palästinensischen Volkes.

Am 2. September beendeten die Gefangenen ihren Hungerstreik weitgehend. Ihre Sprecher gaben bekannt,

dass die israelische Seite einige ihrer Forderungen erfüllt hätte. Sollten diese Zusicherungen nicht in die Tat umgesetzt werden, könnte der Hungerstreik jedoch wieder aufgenommen werden.

Intifada in Zahlen

- 3 156 Palästinenserinnen und Palästinenser starben seit September 2000. (Angaben vom 3. September 2004.)
- 24 023 wurden verletzt
- 84 854 827 200 US-Dollar ist die Summe der finanziellen Unterstützung, die Israel seit 1949 von den USA erhalten hat. (Die von den US-Steuerzahlern getragenen Kosten der Zinsen betragen 49 937 000 000 US-Dollar, das macht eine Gesamtsumme an Unterstützungsgeldern in der Höhe von 134 791 507 200 US-Dollar (mehr als 134 Milliarden US-Dollar).
- 23 240 US-Dollar sind die Gesamtkosten, die den US-Steuerzahlern pro Israeli angelastet werden.

Quellen:
www.mepc.org
www.palestinercs.org

Irakischer Volksaufstand 1920 und 2004

Washington in den Fußstapfen Londons?

Der schnelle Erfolg des amerikanischen Blitzkrieges 2003 schien den neokonservativen Ideologen des amerikanischen Imperiums Recht zu geben. Doch nach nunmehr anderthalb Jahren Besatzung des Iraks hat die Euphorie der Allmacht der Ernüchterung Platz gemacht. Bis jetzt konnte weder die koloniale Faust noch die jüngsten zaghaften Versuche der neokolonialen Einbindung den Widerstand bändigen, der im Frühjahr seine erste Generalprobe erfolgreich bestand. Wird es Washington gelingen in den Fußstapfen Londons mittels „indirect rule“ das Ruder herumzureißen? Der dafür zu bezahlende Preis könnte der Weiterbestand in dieser Form des amerikanischen Imperiums selbst sein, oder zumindest tiefe Risse in diesem.

„Entba'athifizierung“

Ohne dass der Krieg richtig begonnen hätte, implodierte das ba'athistische Regime in Bagdad angesichts des politischen Moments, das der von den neokonservativen Feldherrn in Zivil ersonnene Blitzangriff zu entfalten in der Lage war. Saddam Hussein war von allen sozialen Schichten und politischen Kräften des Landes verlassen worden. Weder die Unterklassen, auf die sich eine nachhaltige Verteidigung des Staates hätten im Kern stützen müssen, noch die sozialen Eliten zeigten sich zu einer solchen Verteidigung bereit.

Schon zumindest seit 1991 war die mit dem Staatsapparat eng verflochtene Bourgeoisie durch das Regime Saddams nicht mehr repräsentiert. Der von diesem gegen den Imperialismus geleistete Widerstand schnitt sie vom Weltmarkt ab und ließ sie weitgehend verkümmern. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, ist der politische Verrat der Generalität, die integraler Bestandteil der in Substanz kapitalistischen sozialen Eliten war, nur folgerichtig.

Aus dieser Interessenslage heraus war es keineswegs verfehlt anzunehmen, dass der seiner Spitze beraubte ba'athistische Staatsapparat durchaus zur Kooperation mit den siegreichen USA bereit gewesen wäre.

Vielfach ist der in vielerlei Hinsicht hinkende Vergleich mit der Entnazifizierung im besiegten Deutschland nach 1945 bemüht worden. Denn tatsächlich gab es diese in der Substanz nicht. Gegen die UdSSR und ihren Vorschlag eines auf neutraler Basis vereinigten Deutschland bediente sich die USA des entkerneten NS-Staatsapparats. Nur dieser schien ihr verlässlich antikommunistisch, während Washington im Kalten Krieg selbst der spärliche bürgerliche Liberalismus als Gefahr erschien. So erklärt sich auch, warum die heute hochstilisierte Stauffenberg-Strömung für Jahrzehnte in der historiografischen Versenkung verschwunden blieb.

Der Vergleich hinkt auf der anderen Seite natürlich auch vor allem dadurch, dass die Ba'ath-Regierung nicht das geringste mit einem faschistischen Regime zu tun hatte. Während eines der grundlegenden Charakteristika des Faschismus die aufs höchste gesteigerte imperialistische Aggression ist, behielt der Ba'athismus trotz einiger Schwankungen und sogar zeitweiliger systematischer Kooperation doch immer ein antiimperialistisches Moment.

Das ist auch der wesentliche Grund warum die Neokonservativen nicht in alter Tradition des amerikanischen Pragmatismus mit dem enthaupteten Ba'athismus kooperierten, sondern ihn exorzieren, austreiben zu müssen glaubten. So verlangt es jedenfalls die Doktrin des permanenten Krieges. Jeder der es wagt das amerikanische Imperium nicht zu unterstützen, wird zum Schurken und Terroristen erklärt und hat als Strafmaßnahme mit militärischer

Gewaltanwendung zu rechnen. Es geht dabei nicht allein und so sehr darum, welcher reale Widerstand von diesen Kräften ausgegangen ist, sondern um die Symbolik. Weder vom Irak Saddams und noch viel weniger von den geschlagenen Resten seiner Ba'ath-Partei ging eine reale Bedrohung für die amerikanische Herrschaftsarchitektur aus. Doch es musste exemplarisch für die Welt Rache genommen und ein Exempel statuiert werden, so wie nach dem 11. September 2001 die Taliban als Sündenböcke erhalten müssen.

Analogien mit dem britischen Imperium

Vielfach ist die Frage gestellt worden, ob sich Washington wohl darüber den Kopf zerbrochen habe, wie dem Irak ein proamerikanisches Regime aufoktroiert werden könne.

Zur Orientierung drängte sich jedenfalls das englische Modell auf. Als die Briten im Gefolge des Ersten Weltkrieges den heutigen Irak unter ihre Kontrolle nahmen, dachten sie zuerst ebenfalls an das, was sie „direct rule“ zu nennen pflegten. Der Irak sollte unter direkter kolonialer Verwaltung ausgebeutet werden.

Sehr schnell entwickelte sich der Widerstand gegen die neuen Kolonialherren, der auch die Eliten mit einschloss. Diese waren um die Versprechungen, mittels derer sie auf der Seite der schließlich siegreichen Entente gegen die Osmanen gezogen wurden, geprellt worden. 1920 wuchs die Bewegung zu einem richtiggehenden Volksaufstand an, dessen treibende Kraft die von ihren Grundherren ausgebeuteten schiitischen Bauernmassen waren. Der antiimperialistische Kampf verschmolz mit einer sozialen Revolte der bäuerlichen Unterklassen.

Die britische Mandatsmacht reagierte darauf, indem sie der zuvor geschassten sunnitischen Offizierskaste

und Handelsbourgeoisie die Monarchie, also „indirect rule“, anbot. Angesichts der Kraft des Aufstands, der auch ihre eigene soziale Basis bedrohte, willigten die sunnitischen Eliten, die schon während der osmanischen Herrschaft eine privilegierte Stellung inne hatten, in den Handel ein. Isoliert und von seiner klerikalen Führung für deren Partikularinteressen missbraucht, büßte der schiitische Bauernaufstand seine Kraft ein und entschlief, versickerte. Insofern stellte sich die angesichts des Aufstands eingeschlagene britische Strategie der Einbindung der alten Eliten als durchaus erfolgreich heraus. Es sollte fast ein weiteres halbes Jahrhundert dauern, bis das immer wieder flexibel modifizierte britische Herrschaftskonstrukt seines Fundaments verlustig ging und es im Zug eines revolutionären Prozesses schließlich 1958 gründlich hinweggefegt wurde.

Der von General Qasim angeführte antibritische Militärputsch führte – trotz aller Wechselfälle – zu einem mit dem Imperialismus in Konflikt stehenden Regime mit festen Wurzeln in den Unterklassen. Selbst als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Ba'ath-Partei die Kommunisten auszurotten versuchte, gelang ihr das, weil sie zuvor deren Programm – allen voran die Verstaatlichung der Ölindustrie – durchgeführt hatte.

Trotzdem blieb die Macht in den Händen einer sunnitischen Elite, deren Exklusivität sich mit der Integration in das imperialistische Welt-system im Laufe der 80er Jahre nur weiter akzentuierte, während sich die schiitischen Massen zunehmend abwandten. Der schiitische Aufstand von 1991, der vom Saddam-Regime unter stillschweigender Duldung der USA niedergeschlagen wurde, legt davon Zeugnis ab.

Im Jahr 2003 hätte sich den USA also fast organisch eine dem britischen Modell nachempfundene Architektur der Macht aufgedrängt, die sie jedoch ausschlugen.

Schiitische Integration?

Immer wieder wurde seitens der westlichen Medienmaschine auf die Un-

terdrückung der Schiiten hingewiesen, zu deren Befreiung die USA eingeschritten wären. Es drängt sich also die Frage auf, ob die USA eventuell ein auf die schiitischen Eliten gestütztes Regime planten?

Zuvor aber noch eine Richtigstellung: Diese mediale Präsentation ist insofern verzerrend, als das Ba'ath-System eine wirklich säkulare Diktatur war. Niemand wurde aufgrund seiner religiösen Zugehörigkeit verfolgt, im Gegenteil, der Säkularismus bot den Minderheiten effektiven Schutz. Das, was das Regime tatsächlich nicht duldete, war politischer Widerstand jeglicher Couleur und Provenienz. Nachdem nun der politische Islam in erster Linie unter den Schiiten unter Mitwirkung von Teilen des Klerus Fuß gefasst hatte, erschien dessen Unterdrückung als religiös motiviert.

Doch nicht nur Saddam fühlte sich vom schiitischen politischen Islam bedroht, sondern auch seine Feinde in Washington, die Teheran als einen der gefährlichsten Schurkenstaaten betrachten. Aus der Aversion gegen die gegenüber den USA ihre Selbständigkeit bewahrende klerikale Herrschaft im Iran, erklärt sich das Fallenlassen des schiitischen Aufstands. Dessen Erfolg hätte entsprechend dem amerikanischen Kalkül Teheran in die Hände gespielt. Über ein ganzes Jahrzehnt gaben die USA einem schwachen Saddam gegenüber starken persischen Mullahs den Vorzug.

So wird klar, warum die USA das zweite denkbare Herrschaftsmodell, nämlich ein proamerikanisches Regime auf den schiitischen Klerus und seinen Massenanhang abzustützen, ebenfalls nicht verfolgten. Zwar versuchten sie Kollaboration zu fördern und unterstützten explizit quietistische Tendenzen im Klerus. Eine substantielle Integration hätte aber eines großzügigen Angebots bedurft, das die Besatzer nicht zu machen bereit waren.

Der gleich nach dem Zusammenbruch aus London eingeflogene Ayatollah al-Khui wurde umgehend von radikalen Kräften ermordet. Die zur

Kollaboration bereiten pro-iranischen Kräfte um den al-Hakim-Clan beteiligten sich zwar am Regierungsrat, doch verloren sie schnell an Bedeutung. Der ranghöchste und einflussreichste Ayatollah, al-Sistani, zeigte sich zwar prinzipiell zur Zusammenarbeit bereit, doch ließ er sich nicht durch einige Brosamen abspeisen. Unter der Annahme, dass baldige Wahlen einer dem Klerus nahe stehenden politischen Formation mit hoher Wahrscheinlichkeit den Sieg bringen würden, forderte er diese nicht nur vehement, sondern machte sie auch zur Bedingung – auf die die Besatzer nicht einzugehen bereit waren. Die Radikalisierung des Widerstands und seine Ausdehnung auch auf die schiitische Sphäre verunmöglicht diese Variante immer mehr.

So scheint es tatsächlich so, als ob die Neokonservativen in den Krieg gezogen wären und sich dabei gänzlich auf ihre überwältigende militärische Überlegenheit verlassen hätten. Einerseits gehen sie davon aus, dass aller politischer Widerstand militärisch in den Griff zu bekommen sei. Andererseits scheinen sie ihre eigene Propaganda über die heilenden Kräfte des Marktes, die, einmal durch anfängliche militärische Gewalt zur Wirkung gebracht, an jedem beliebigen Ort eine kapitalistische Gesellschaft nach dem US-amerikanischen liberalistischen Modell schaffen würden, selbst zu glauben. Ein detailliertes Konzept über einen amerikanischen Irak hatten sie jedenfalls nicht in der Tasche.

Doppelter Volksaufstand

Noch schneller als der britischen Kolonialmacht seinerzeit blies ihren amerikanischen Nachfolgern der Wind des Widerstands ins Gesicht. War es anfangs in erster Linie der sunnitische Widerstand, der zweifellos breite Teile des ehemaligen Staatsapparates einschließlich der Armee umfasste, so wuchs nach und nach auch die Opposition im schiitischen Bereich an, um schließlich im April in einen richtiggehenden bewaffneten Volksaufstand überzugehen.

Dem von den Besatzern instal-

lierten Regierungsrat gelang es nie Fuß zu fassen. Er blieb von Anfang an isoliert, so dass auch den USA die Notwendigkeit seiner ehebaldigen Ablösung klar wurde – genannt „Machttransfer“ oder „Souveränitätsübertragung“.

Zuvor gedachten die USA aber ganz in machiavellistischer Manier den zwei grundlegenden Strömungen des Widerstands eine militärische Lektion zu erteilen und damit eventuell die moderaten und kooperationswilligen Tendenzen zu fördern.

Erster Brennpunkt dieses Versuches war Falluja, die Handelsstadt am Euphrat, die sich als Avantgarde des Widerstands etabliert hatte. Nachdem das erzürnte Volk am 31. März vier amerikanische Privatsöldner gelyncht hatte, legte die US-Marineinfanterie einen Besatzungsring um die Stadt. Nach fast einem Monat des ungleichen Kampfes zeigte der fest mit der Bevölkerung verschmolzene Widerstand, der in der Stadt die Macht übernommen hatte, noch immer keinerlei Anstalten aufzugeben. Die amerikanische Blockade sowie die Angriffe mit schwerem Kriegsgeschütz drohten die Belagerung zu einem Massaker an der Zivilbevölkerung werden zu lassen. Die mutige Berichterstattung des arabischen Fernsehsenders al-Jazira aus der eingeschlossenen Stadt ließ den zu erwartenden politischen Preis eines Blutbades bald als zu hoch erscheinen. Aus dem gesamten Irak gab es Solidaritätsbekundungen. Von besonderer politischer Bedeutung war die Unterstützung durch die schiitische Bewegung Muqtada al-Sadr, die die amerikanischen Hoffnungen, einen Keil zwischen Sunniten und Schiiten treiben zu können, enttäuschte. Ein ziviler überkonfessioneller Entsatzmarsch auf Falluja zeigte die vereinigende und anfachende Wirkung der Verteidigung der Stadt.

So willigten die Besatzer schließlich auf ein Angebot der Honoratioren von Falluja ein, eine von ehemaligen hohen ba'athistischen Offizieren geführte Falluja-Armee einzurichten, die die Kontrolle über die Stadt übernehmen sollte. Dies schien eine

Kompromisslösung zu sein, die beide Seiten nachträglich zu ihren Gunsten zu verschieben hofften.

Einerseits nahmen die lokalen Honoratioren an, dass sie die Kämpfer des Widerstands und die Falluja-Armee in ihren Dienst stellen können würden. Andererseits zielten die USA darauf ab, die Offiziere in einen sich langsam bildenden loyalen Staatsapparat integrieren zu können. Nicht umsonst stemmten sich verschiedenen Berichten zufolge ein erheblicher Teil der Mujahidin gegen den Kompromiss.

Aus dem Abstand von mehreren Monaten betrachtet, kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass sich der Widerstand durchgesetzt hat. Von der von den USA geforderten Entwaffnung kann keine Rede sein, während die Besatzer die Stadt nicht mehr zu betreten wagen. Die Falluja-Armee selbst ist ohne die Zustimmung des Widerstands handlungsunfähig. Jüngsten Meldungen zufolge planen die Marines sogar die Auflösung und Entwaffnung der Falluja-Armee – ein untrügliches Eingeständnis ihres Scheiterns.

Die erfolgreiche Verteidigung Fallujas löste nicht nur eine Welle der Solidarität aus, sondern ließ den Widerstand auch andernorts selbst zum Aufstand übergehen. So gelang es in einigen Hochburgen wie Samarra zumindest für einige Tage oder Wochen die Kontrolle zu übernehmen.

Politisch am bedeutungsvollsten war jedoch der von Muqtada al-Sadr geleitete Schiitenaufstand. Der Führer des radikalsten Flügels des schiitischen Klerus war bis dahin einem bewaffneten Konflikt mit den Besatzern aus dem Weg gegangen. Doch die USA zwangen ihn durch eine Kette von eskalierenden Provokationen bewusst zum bewaffneten Hervortreten, denn alles andere wäre ihm als Kapitulation ausgelegt worden. Sie erwarteten sich dadurch eine Möglichkeit zur Zerschlagung seiner Bewegung.

In zahlreichen mehrheitlich schiitischen Städten sowie in den schiitischen Armenvierteln Bagdads vertrieben die Milizionäre Muqtadas die von den Besatzern ernannten Lokal-

verwaltungen und ersetzten sie durch ihre eigenen. Die Dynamik des Volksaufstandes reichte weit über den direkten Einflussbereich Muqtadas im städtischen Subproletariat hinaus. Breite Kreise sowohl der schiitischen als auch sunnitischen Mittelschichten schlossen sich an.

Zwar gelang es den Besatzern durch ihre drückende Überlegenheit und die militärische Unzulänglichkeit von Muqtadas Mahdi-Armee die verlorenen Positionen Schritt für Schritt zurückzuerobern, doch eigentliches Ergebnis war nicht die Zerschlagung der Bewegung Muqtadas, sondern deren Eintritt in den bewaffneten Widerstand und deren weitere politische Stärkung. Der aktuell herrschende De-facto-Waffenstillstand kann keinesfalls als Niederlage interpretiert werden. Aus den oft widersprüchlichen Stellungnahmen Muqtadas geht jedenfalls hervor, dass er die neue, von den USA installierte Übergangsregierung und ihre Verbreitungsversuche nicht unterstützen und den Kampf gegen die Besatzung weiterführen wird.

Insgesamt kann der Volksaufstand vom Frühjahr als Erfolg eingeschätzt werden, insofern er als Generalprobe verstanden werden kann. Während die USA nicht tabula rasa machen konnten, bewies der Widerstand seine Verankerung und Kraft. Sollte es den USA misslingen ihrem Marionettenregime eine einigermaßen solide Basis zu geben, so ist der Ausbruch eines abermaligen, verallgemeinerten Aufstandes möglich.

Amerikanisches Einlenken

Um diese Eskalation hintan zu halten, müssten die USA wie die Briten 1920 einlenken und den Eliten ein glaubwürdiges Angebot auf Kooperation und damit verbunden einen gewissen selbständigen Handlungsspielraum einräumen.

Die von ihnen inszenierte Machtübertragung ist sicher als ein solcher Versuch intendiert. Doch seine Glaubwürdigkeit bleibt aufgrund der Erfahrungen grundlegendem Zweifel ausgesetzt. Einige der wichtigsten Souveränitätsrechte, wie beispielsweise

se die militärische Kontrolle über das Staatsterritorium, bleiben weit davon entfernt „übertragen“ zu werden. Bisher lastet die Bürde des gescheiterten Regierungsrats noch zu schwer auf der neuen Regierung.

Der nächste Versuch der USA besteht in der Selektion einer Nationalversammlung, die die Wahlen für das kommende Jahr vorbereiten und der Übergangsregierung als Zierparlament beigelegt werden soll. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass es den Besatzern gelingen könnte, die politischen und sozialen Eliten unterschiedlicher Provenienz auf ihre Seite zu ziehen. Denn diese verteidigen tatsächlich nur ihre Interessen, nämlich als solche anerkannt zu werden und ihre traditionelle Rolle spielen zu können. Die Besatzungsverwaltung, so wie sie das vergangene Jahr kennzeichnete, blieb für sie unakzeptabel und trieb sie in den Widerstand. Doch eine prinzipiell anti-imperialistische Position kann ihnen nicht unterstellt werden.

Vieles wird davon abhängen wie breit die Beteiligung am Wahlprozess sein wird. Einiges deutet darauf hin, dass gerade aus dem arabischnationalistischen Bereich des Widerstands viele mit einer Teilnahme kokettieren.

Der Widerstand als politische Alternative

Was den militärischen Aspekt des Widerstands betrifft, so wurde dieser durch die Bildung einer irakischen Übergangsregierung kaum beeinträchtigt. Das Niveau der Angriffe auf die Besatzungskräfte sowie ihre lokalen Hilfstruppen bleibt unvermindert hoch.

Doch die von den Besatzern inszenierten und von diesen gelenkten Wahlen werden nicht verhindert werden können, solange der Widerstand keine politische Alternative zu bieten in der Lage ist. Im Gegenteil, sie könnten zu einer politischen Marginalisierung des Widerstands führen.

Bisher scheint die Bildung einer gemeinsamen politischen Front der verschiedenen Kräfte des Widerstands durch ihre gegenseitigen Wi-

dersprüche behindert worden zu sein. Die arabischnationalistische Tendenz, in deren Zentrum sich die Reste der Ba'ath-Partei befinden, schien angesichts ihrer militärischen Kraft die Führungsrolle in Anspruch zu nehmen, was insbesondere vom schiitischen Islamismus Muqtada al-Sadr abgelehnt wurde. Dessen Teilnahme am Widerstand wandte die Kräfteverhältnisse jedoch deutlich zu seinen Gunsten. Vieles deutet darauf hin, dass sich auch im sunnitischen Widerstandsmilieu die Verhältnisse zugunsten eines nationalistischen Islamismus verschieben, dem Falluja als Vorbild gilt. Dieser darf nicht mit al-Qaida verwechselt oder gar gleichgesetzt werden, die im Irak zwar über Militante verfügt und Operationen durchführt, aber dennoch keine festen Wurzeln schlagen konnten. Ganz im Gegensatz zur vom Wahhabismus kommenden al-Qa'ida, die einen strengen Antischitismus predigt, spricht sich die anwachsende sunnitische nationalislamische (und nicht so sehr islamistische) Tendenz für einen nationalen Schulterschluss mit dem schiitischen Widerstand aus. Die gegenseitigen Solidaritätsbezeugungen während des Volksaufstandes geben Anlass zu Hoffnung auf diesen unumgänglichen politischen Brückenbau.

Das stärkste Potential liegt aber auf jeden Fall bei der Bewegung Muqtada al-Sadr, die den nationalen mit dem sozialen Kampf verschmelzen kann, nicht nur weil seine Anhängerschaft weitgehend mit den ärmsten Schichten der Bevölkerung kongruent ist, sondern weil im schiitischen Islam ein sozialrevolutionärer Aspekt mitschwingt, der sich auf eine lange Tradition stützt und leicht freigelegt werden kann.

Obwohl keine der drei Widerstandskräfte explizit für eine demokratische konstituierende Nationalversammlung eintritt, so steht Muqtadas Bewegung dieser Schlüsselforderung mit Sicherheit am nächsten. Mehrfach sprach er sich für demokratische Wahlen unter Einschluss aller Bevölkerungsgruppen aus. Dies impliziert einmal grundsätzlich die

Volkssouveränität und steht im stillschweigenden Gegensatz zum iranischen Modell der Herrschaft des Klerus (*Vilayat-e Fakih*). Mag der Klerus zu den Wahlen antreten, seine Macht erhält er nach dieser Konzeption kraft des Volkes Willen und nicht kraft der Mittlerrolle des Klerus zu Gott. Dieser grundsätzlich demokratische Zugang, der die grundlegende Voraussetzung einer vereinigten politischen Widerstandsfront ist, scheint bei den sunnitischen Kräften sowohl mit islamischer als auch mit nationaler Färbung viel weniger gegeben zu sein. Dort ist die Rolle der traditionellen Eliten, die die Macht für sich allein beanspruchen, viel stärker verankert und intakt.

Konsequenzen für das amerikanische Imperium

Die neokonservativen Architekten des amerikanischen Empires konzipierten nicht so sehr den Krieg gegen Afghanistan, sondern jenen gegen den Irak als Fundament ihres Gebäudes. Afghanistan blieb eine Overtüre, bei der es um Rache und um die prompte Wiederherstellung der verlorenen Ehre ging.

Im Irak ging es ums Prinzip, das es gegenüber der ganzen Welt exemplarisch durchzusetzen galt. Kein Staat der Welt darf sich den amerikanischen geostrategischen Interessen widersetzen. Alle müssen sich Washington bedingungslos unterwerfen oder mit der militärischen Vernichtung rechnen – ungeachtet jeden Völkerrechts oder selbst des amerikanischen Rechts. Die monopolare Welt mit dem Zentrum USA ist auf der Basis des Rechts des Stärkeren widerspruchslos zu akzeptieren – so die Realverfassung des amerikanischen Imperiums.

Erfolg oder Misserfolg im Irak bemisst sich nicht allein danach, ob der Widerstand die US-Militärmaschine besiegen und schließlich zu vertreiben vermag. Dies bleibt das Maximalziel des Widerstands, das aber angesichts der internationalen Kräfteverhältnisse auf absehbare Zeit schwer zu erreichen sein wird. Für die USA besteht ein Misserfolg al-

lerdings bereits in der Notwendigkeit dem von ihnen im Irak eingesetzten Regime soviel Selbständigkeit geben zu müssen, dass es nicht mehr vollständig zur Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen dient bzw. – in Vermeidung einer solch misslichen Lage – die Schaffung eines dauerhaften Konfliktherdes, der das Risiko der Ausbreitung in der Region in sich birgt.

In beiden Fällen wäre der Versuch, den Irak zu einer richtiggehenden Provinz des US-Imperiums zu machen, gescheitert. Das zöge weitreichende internationale Konsequenzen nach sich, insofern als damit anderen Kräften signalisiert wäre, dass sie sich ebenfalls widersetzen könnten.

Daher bleibt die Annahme richtig, dass sich im Irak das Schicksal des amerikanischen Imperiums entscheidet – jedoch nicht als katastrophisches Szenario, bei dem zwischen Bejahung bzw. Unterstützung und Zusammenbruch kein Raum bleibt, sondern als wichtiger Meilenstein eines historischen Konfliktes, der in der ganzen Welt ausgegraben wird.

Je stärker der irakische Widerstand ist, je mehr er sich in der Lage erweist, die imperialistischen und insbesondere auch die speziell imperialen Pläne der USA zu durchkreuzen, desto mehr wird das im Aufbau begriffene amerikanische Imperium nicht nur behindert, sondern desto kraftvoller und schneller kann sich der anti-amerikanische Widerstand formieren um dem Imperium den Garaus zu machen.

*Willi Langthaler
Ende Juli 2004*

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.



Marwan Barghuti setzt Hungerstreik fort

In einem Kommuniqué vom 4. September 2004 fordert die Palästinensische Gesellschaft für Gefangene (PPS) ein dringendes Einschreiten um das Leben von Marwan Barghuti zu retten, der sich entschloss, den Hungerstreik nicht wie der Rest der Gefangenen zu beenden, nachdem die Israelis seine Isolationshaft um ein weiteres Jahr verlängert hatten. Marwan Barghuti befindet sich bereits seit zwei Jahren in Isolationshaft. Laut dem Internationalen Roten Kreuz ist er mittlerweile so schwach, dass er nicht länger selbstständig stehen kann. Er hat mehr als 16 Kilogramm seines ursprünglichen Gewichts verloren und leidet unter akuter Dehydrierung. Außerdem wurde er zu Beginn des Hungerstreiks sadistischerweise in einen Gefängnistrakt verlegt, in dem vorrangig israelische Kriminelle, hauptsächlich aus dem Siedlermilieu im Westjordanland, ihre Strafen verbüßen.

Freiheit für Abduljabbar al-Kubaysi

Abduljabbar al-Kubaysi, Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA) und bekannter Exponent des Volkswiderstands, wurde am 3. September 2004 in Bagdad verhaftet. Er befand sich in einem Viertel, das von der Guerilla kontrolliert wird. Das Haus wurde von den US-Besatzungstruppen gestürmt, dabei wurden Hubschrauber, Panzer und an die hundert schwerbewaffnete Soldaten eingesetzt.

Sofort nach der anglo-amerikanischen Aggression beschloss Abduljabbar sein dreißigjähriges Exil zu beenden. Er kehrte in den Irak zurück, um sich im Kampf gegen die Besatzer zu engagieren. Seit mehr als einem Jahr hat er all seine Energie darauf verwendet unter sehr schwierigen Bedingungen die Einheit aller für die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes kämpfender Volkskräfte herzustellen.

Sein leidenschaftlicher Einsatz für die Freiheit des Irak, seine Hingabe für sein vom Krieg geprüftes Volk, seine unerschütterliche Bestimmtheit im Kampf gegen die imperialistischen Eindringlinge haben ihm die Feindschaft sowohl der Amerikaner als auch ihrer lokalen Marionetten (in erster Linie jene des sogenannten Premierministers Allawi) eingetragen, die ihn schon seit geraumer Zeit verfolgten.

Wir geben unserem scharfen Protest gegen die Gefangennahme von Abduljabbar Ausdruck und verurteilen das Verschwinden zahlreicher Personen, die sich gegen die Besatzung zur Wehr setzten. Tatsächlich haben wir es mit einem Akt internationaler Piraterie zu tun, ausgeführt von einer despotischen – vergessen wir Abu Ghraib nicht – und illegitimen Macht, für die Demokratie nur für jene gilt, welche die blutige Besat-

zung akzeptieren.

Wir drücken der Familie und den Genossinnen und Genossen Abduljabbars unsere volle Solidarität aus und verlangen seine sofortige Freilassung. Sollte dies nicht umgehend in die Tat umgesetzt werden, werden wir uns für die Entsendung einer internationalen Delegation nach Bagdad einsetzen, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen.

**Freiheit für
Abduljabbar al-Kubaysi!**

**Besatzungstruppen
raus aus dem Irak!**

**Selbstbestimmung
und Freiheit
für das irakische Volk!**

xxx unterstützende Organisationen

Déjà-vue in Darfur?

„Völkermord in Darfur durch arabische Reitermilizen“, „Hunderttausende Tote und Millionen Vertriebene durch arabischen Terror“, „Westen fordert humanitäre Militärintervention“ – so oder ähnlich lauten seit Monaten die Schlagzeilen der Medienmaschine. Unweigerlich fühlt man sich an die mediale Begleitmusik der Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und vor allem den Irak erinnert.

Die „Araber und Moslems“ steigen in jedem Fall als unverbesserliche Bösewichte aus, denen letztlich eine aufs Haupt gehört – um die humanitäre Katastrophe hintan zu halten, versteht sich. Alles scheint sich bestens in den amerikanischen Krieg gegen den „Terror“ zu fügen.

Ein halbes Jahrhundert Bürgerkrieg im Südsudan

Anlass genug hinter die Kulissen der offensichtlichen Medienmanipulation zu blicken und einen Versuch zu machen, in das komplizierte Geflecht eines Konflikts einzudringen, der nicht nur eine lange und wechselvolle Geschichte hat, sondern sich zumindest auf drei in einander verstrickten aber durchaus analytisch trennbaren Ebenen von lokalen, nationalen und internationalen Interessen entfaltet.

Der Konflikt um Darfur, dessen Eskalation nicht so weit zurückliegt wie jene im Süden des Landes, kann ohne den Kontext des dortigen Bürgerkrieges nicht verstanden werden. Dieser brach unmittelbar um die Unabhängigkeit des Landes 1956 aus und dauert mit einigen Unterbrechungen – die andere Entwicklungswege aufzeigen – seit damals an. Seine Wurzeln reichen tief in und sogar vor die Kolonialzeit zurück, wenn auch den Briten das zweifelhafte Verdienst zukommt, ihn politisch nutzbar gemacht zu haben.

Der moderne Sudan als Produkt des Mahdi-Aufstandes

Die Einnahme Khartums durch die Armeen des Mahdi, des islamischen Messias, 1881 stellten für die britische imperiale Herrlichkeit eine schwere Erschütterung dar. Unerhörte zwei

Jahrzehnte, bis 1898, hielt sich der vom Mahdi gegründete Staat, bis London sich angesichts der aggressiven französischen Expansion in Afrika zur Rückeroberung entschloss. Trotz einer scheinbar vormodernen islamischen Ideologie legte der Mahdi-Aufstand die Grundlagen des modernen sudanesischen Nationalstaates, indem er sehr unterschiedliche, auch in Konflikt miteinander stehende soziale Formationen gegen die britischen Kolonialherren vereinigte.

Möglich wurde das, weil sich die Briten nicht nur die Stämme am Nil und im Sahel entfremdet hatten, sondern vor allem auch die modernen Klassen der arabischen Händler (Jellaba) sowie der Beamten. Ein bedeutendes Moment konstituierte das vom anglo-ägyptischen Kondominium ausgesprochene Verbot des Sklavenhandels, das sich in einen regelrechten Krieg gegen die Jellaba ausweitete. Während der Handel mit Schwarzafrikanern aus dem Süden bis in die Antike zurückreicht, stieg er durch die mit der kolonialen Durchdringung einhergehenden Eingliederung in den Weltmarkt sprunghaft an.

Auf der Basis einer an sudanesischen Traditionen anknüpfenden antikolonialen islamischen Errettungs-ideologie konnten die sufistischen Orden, die Jellaba sowie die Stämme, die historisch unterschiedlichen staatlichen Zentren im Sahel am Nil einschließlich Ägyptens sowie des abessinischen Hochlandes angehört hatten, vereinigt werden. Während es sich durchaus um einen antikolonialen Volksaufstand handelte, so war dieser nur sehr indirekt Ausdruck eines sozialen Kampf der traditionellen und der modernen Unterklassen. Denn er stärkte deren Einheit mit

den Eliten, auch wenn diese in einer völlig neuen Form regierten.

Die ungleiche Beziehung mit dem Süden

Die Sahelzone war in ihrer gesamten Ost-West-Erstreckung durch den Transsahara-Handel in den letzten Jahrhunderten zunehmend islamisiert und in geringerem Umfang arabisiert worden. Im Sudan trennten allerdings die naturräumlichen Gegebenheiten den tiefen Süden durch eine regelrechte Barriere (arabisch Sudd), ein gewaltiges, durch regelmäßige Überschwemmungen für dauerhafte Besiedlung ungeeignetes Sumpfbereich vom Norden ab. Erst durch die Sklavenjagd im 19. Jahrhundert kam es zu einigen arabischen Handelstützpunkten, die aber zu keiner nennenswerten Assimilierung der sozialen Umgebung führten.

Das Problem der Sklaverei beschäftigt die sudanesischen Gesellschaft bis heute. Es gibt zweifellos nach wie vor eine chauvinistische Haltung gegenüber der schwarzen, nicht islamischen Bevölkerung aus dem Süden, die in der sozialen Pyramide des Nordens die unterste Stellung einnimmt. Es gibt sogar Berichte von noch heute vorkommenden Versklavungen und der Übergang zu modernen kapitalistischen Unterdrückungsbeziehungen ist fließend.

Dennoch ist es nicht angebracht, die Sklaverei pauschal gegen die islamisch-arabische Komponente der sudanesischen Gesellschaft in Anschlag zu bringen, so wie es der Westen und insbesondere einige Vertreter der „Black Community“ der USA tun – während die USA selbst es ablehnen ihre diesbezügliche Schuld einzugehen und dementsprechende Reparationszahlungen zu leisten, wie es verschiedentlich von afrikanischen Stimmen gefordert wurde.

Die Institution der Sklaverei prägte ebenso viele der schwarzafrikanischen Stammesgesellschaften. Überhaupt sehen Stammesverfassungen in allen Teilen der Welt die Versklavung der gefangen genommenen

Gegner vor. Darum konnte es auch zu keinem geschlossenen Widerstand gegen die Sklavenhändler und ihre aus privilegierten Sklaven zusammengesetzten Armeen kommen.

Vielfach wird dem dominanten arabisch-islamischen Sudan Rassismus gegenüber Schwarzen vorgeworfen. In gewissen Aspekten mag das stimmen, doch der Islam verbietet die Versklavung von Anhängern der drei monotheistischen Religionen und die Freilassung von Sklaven gilt als religiöse Wohltat. Die Annahme des Islam stellt einen Weg aus der Sklaverei dar. So sind über Jahrhunderte die ehemaligen schwarzen Sklaven in die arabisch-islamische Gesellschaft assimiliert worden, so dass diese letztendlich von ihrer Hautfarbe her selbst schwarz wurde. Das steht ganz im Gegensatz beispielsweise zur US-Gesellschaft, wo trotz der Aufhebung der Sklaverei die Schwarzen eine nach wie vor rassistisch unterdrückte Kaste bilden. Im Sudan sollte im Gegensatz dazu eher von Kulturchauvinismus als von Rassismus gesprochen werden, wobei die Phänomene ineinander übergehen.

Die Briten nahmen die arabisch-islamische Expansion nach Süden jedenfalls als Konkurrenz und Gefahr für ihre kolonialen Interessen wahr. Während sie nach der bitteren Erfahrung der Mahdiyya, des Mahdi-Staates, für den Norden „indirect rule“ vorsahen, formulierten sie eine gänzlich separate und sogar entgegengesetzte „Southern Policy“. Den kollaborierenden Eliten des Nordens konnten und wollten sie die arabisch-islamische Kultur nicht nehmen, der Süden sollte indes ihrem Einfluss systematisch entzogen werden, was sich in den „closed districts“ ausdrückte. Dementsprechend förderten sie die Christianisierung und führten als Verwaltungs- und Bildungssprache Englisch ein. Es gab selbst Überlegungen den Südsudan den ostafrikanischen Kolonien anzugliedern. Ökonomisch wurde der Norden typisch kolonialkapitalistisch strukturiert, beispielsweise durch große Baumwollplantagen, während der Süden wegen seiner Unzugänglich-

keit kaum in die kapitalistische Arbeitsteilung integriert wurde und folglich nach kapitalistischen Kriterien unterentwickelt blieb.

Als die Kolonialisten 1956 abzogen, war abzusehen, dass die entscheidenden Positionen im Staatsapparat von den arabisch-islamischen Eliten ausgefüllt werden würden; denn während die Briten im Norden einen neokolonialen Staat hinterlassen hatten, gab es im Süden kaum einen Ansatz dafür. So erschien der britische Abzug vielfach als Übergabe des Südens an den Norden. Dagegen rebellierte die südliche Garnison und gab so den Startschuss für den Bürgerkrieg.

Erst nachdem im Zuge der linken und antiimperialistischen Mobilisierungen 1969 General Nimeiri mit Unterstützung der Kommunisten gegen die traditionellen, die Jellaba vertretenden und auf die Sufi-Orden gestützten Parteien putschte, konnte es zu einer politischen Lösung kommen. 1972 handelte er im Abkommen von Addis Abeba mit der Guerilla eine Autonomie aus, die trotz zahlreicher verbleibender Reibereien zum Frieden führte.

Doch nachdem Nimeiri die Kommunisten unterdrückt, sich wieder der Händler- und Kapitalistenklasse der Jellaba angenähert und die Hoffnungen der Volksmassen auf sozialen Fortschritt enttäuscht hatte, wandte er sich auch außenpolitisch von der UdSSR ab und den USA sowie ihren Verbündeten in Nahost, nämlich Ägypten und Saudi-Arabien, zu. Um sich an der Macht zu halten, setzte er auf die Islamisierung, was 1983 in der Einführung des islamischen Rechts, der Scharia, für das ganze Land einschließlich des Südens gipfelte.

Diese De-facto-Außerkräftsetzung der Autonomie von 1972 entzündete den Bürgerkrieg erneut. Die Sudanese Volksbefreiungsarmee/-bewegung (SPLA/M) John Garangs konnte auf die Unterstützung der DERG-Regierung Äthiopiens und damit indirekt der UdSSR zählen, während Nimeiri und seine Nachfolger in Khartum auf die Hilfe der USA bauten. So war es auch der US-Ölmulti Chevron, der mit der Ent-

wicklung der Ölvorkommen beauftragt wurde.

Während die konservative Nationale Islamische Front (NIF) von Präsident Bashir und Chefideologe Turabi 1989 putschte, veränderte sich durch den Zusammenbruch der Sowjetunion das internationale Umfeld so grundlegend, dass es zu einem richtiggehenden Frontenwechsel kam. 1991 unterstützte die NIF-Regierung den Irak gegen den Feldzug der Heiligen Allianz und schlug damit die Tür zum Westen zu. Von da an wurde sie als „sicherer Hafen“ für Terroristen kategorisiert und zählte zu den zu isolierenden Schurkenstaaten. In Äthiopien kam auf der anderen Seite ein proamerikanisches Regime an die Macht, das die Unterstützung für die als links geltenden südsudanesischen Rebellen einstellte.

Das ermöglichte den Regierungstruppen eine erfolgreiche Offensive gegen die SPLA. Dabei kam ihnen auch eine Spaltung der Rebellen entgegen, die sich vordergründig um die Frage der Sezession drehte. Garang und seine Torit-Fraktion beharrten auf der Forderung nach einer Autonomie im Rahmen eines demokratisch-säkularen Sudan, während die Nasir-Fraktion für die Sezession eintrat. Den eigentliche Hintergrund der Spaltung stellte jedoch das Problem zwischen den verschiedenen sich herausbildenden südsudanesischen Ethnien dar. Während Garang die Dinka, die zahlenmäßig stärkste Gruppe repräsentiert, stützen sich seine Opponenten auf die Volksgruppen der Nuer und Shilluk. Im inner-südlichen Bürgerkrieg konnte die Nasir-Gruppe ebenso auf die Unterstützung Khartums zählen.

Durch die vielversprechenden Ölfunde im Süden gewann der Konflikt zusätzlich an Brisanz. Khartum wollte die alleinige Kontrolle über Ausbeutung, Transport und Verarbeitung des Rohöls, während die SPLA einen Teil des Kuchens für den Süden forderte. Khartum plante eine Pipeline nach Port Sudan am Roten Meer sowie eine Raffinerie beim Verladehafen. Die SPLA hingegen forderte die Verarbeitung in der Nähe der Ölfel-

der und die Anbindung an den Weltmarkt über die Südroute nach Mombasa, Kenia, am indischen Ozean. So griff die Guerilla die Explorationsstätten immer wieder an, was den Beginn der Ölförderung jahre-, wenn nicht jahrzehntelang verzögerte.

Ähnlichen Zündstoff bietet der Konflikt um das Wasser des Nils, von dem nicht nur der Nordsudan, sondern auch ganz Ägypten abhängig ist. Um die Wassermengen zu erhöhen plante man ein gewaltiges Entwässerungsprojekt, das den Sudd praktisch zum Verschwinden bringen und so die Verdunstung hinanhalten sollte. Der Jonglei-Kanal könnte allerdings nicht nur unabsehbare ökologische Folgen haben, sondern würde auch die Lebensgrundlage von Millionen von sesshaften, teil- und vollnomadisierenden Anwohnern zerstören, die die Region von der Größe Britanniens in einem komplizierten und ausgeklügelten symbiotischen Geflecht nutzen. Bereits eine kleine Störung, die einer Volksgruppe die Ressourcen entzieht, kann eine Kettenreaktion von Konflikten hervorrufen, die zu bürgerkriegsartigen Verhältnissen führen kann, wie sie heute im Darfur, am Bahr al-'Arab und in den Nuba-Bergen bestehen. Durch die Angriffe der SPLA konnte der Kanal allerdings bis heute nicht fertig gestellt werden.

Nomaden gegen Sesshafte – traditioneller Sahel-Konflikt

Während die Entwicklung des Bürgerkriegs im Süden mit der kapitalistischen Durchdringung einhergeht, hat der Konflikt im Sahel einschließlich Darfurs vorkapitalistische Wurzeln, der heute antagonistische Formen annimmt.

Weite Teile des an die Sahara grenzenden Sahels bieten keine ausreichenden Voraussetzungen für sesshaften Regenfeldbau, sondern können mit unterschiedlicher Intensität nur von nomadisierenden, den jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Weidekapazitäten folgenden Viehzüchtern genutzt werden. Diese gingen mit den weiter südlich oder in begünstigten Inseln (im Sudan zum Beispiel der Jebel Marra des Darfur

und die Nuba-Berge, die in einer semiariden Umgebung über ausreichend Niederschläge für Regenfeldbau verfügen) lebenden sesshaften Ackerbauern eine sozioökonomische Symbiose ein, die jedoch in Notlagen unweigerlich auch Konflikte mit sich brachte. Längere Trockenperioden führten immer wieder dazu, dass die durch ihre Lebensweise gezwungenermaßen kriegerischen Nomaden zu den Wasser- und Bodenressourcen der Ackerbauern oder Halbnomaden drängten und sie diesen streitig machten.

Im Allgemeinen lässt sich die traditionelle Stoßzone entlang des westlichen Zuflusses des Nils, dem Bahr al-Ghazal und dem Bahr al-'Arab, ziehen. Da die Nomaden stärker islamisiert und arabisiert sind als die Ackerbauern, erscheint der Konflikt oft als vermeintlich ethnischer zwischen Schwarzafricanern auf der einen Seite und islamischen Arabern auf der anderen Seite. Tatsächlich handelt es sich aber um einen im Kern sozioökonomischen Konflikt, der wie in Darfur auch zwischen Moslems und an den Rändern des Suds auch zwischen schwarzafricanischen Stämmen ausgetragen werden kann.

Es gab allerdings ebenso einen traditionellen Schlichtungsmechanismus, der die Opfer in akzeptablen Grenzen hielt. Die zahlreichen historischen Sahelstaaten, die Mahdiyya aber auch die britische Kolonialmacht spielten allesamt eine Schlichterrolle. Doch mehrere Faktoren führten dazu, dass es für Kompromisse keinen Spielraum mehr gibt und die Konflikte sich in blutige Bürgerkriege verwandeln:

Erstens werden die Dürreperioden immer länger und trockener und die Wüste stößt jährlich um einige Kilometer gen Süden vor. In welchem Ausmaß die Desertifikation auf menschliches Eingreifen zurückzuführen ist, kann nicht genau bemessen werden. Dass der menschliche Raubbau aber wesentlich Mitschuld trägt, ist unbestreitbar. So hat die zunehmende Kommerzialisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu einer Vergrößerung der Herden geführt, die auch durch die Bohrung von Tief-

brunnen ermöglicht wurden. Letztendlich führte die Überweidung vielfach zur gänzlichen Zerstörung von gewaltigen Weideflächen.

Zweitens und noch viel bedeutungsvoller ist die mechanisierte Kultivierung von Handelsfrüchten („cash crops“) in nicht bewässerbaren Zonen. Dieser Trend folgt dem Diktat des Internationalen Währungsfonds. Dabei werden Flächen, die zuvor in zum Teil kollektiver Nutzung lokaler Stämme waren, ohne dass sie über einen Rechtstitel verfügten, vom Staat meist an Jellaba vergeben, die über Kapital verfügen oder Zugang zu Krediten haben. Die ursprüngliche Bevölkerung wird vertrieben oder ihr wird – bei der Nutzung als Weide – der Zugang verweigert. Schnell sind die Böden ausgelaugt oder erodiert und müssen aufgegeben werden. Zurück bleiben abgeholzte, unbrauchbare und verwüstete Zonen. Dabei handelt es sich um Millionen von Hektar, also einem signifikanten Anteil der bebaubaren Fläche des Sudans.

Drittens bewaffnete die Khartumer Regierung viele nomadische Stämme, in einem zusammenfassenden Begriff als Baggara bezeichnet, mit Schnellfeuerwaffen, um sie gegen die die Guerilla unterstützenden oder im Bereich der Ölförderung lebenden Volksgruppen einzusetzen. Dabei nehmen die traditionellen Auseinandersetzungen, die oft an Rituale grenzten, schnell einen extrem blutigen Charakter an. Die vielzitierten Janjawid können als ein solches Beispiel gelten.

Dabei kann aber keineswegs von einer völligen Kontrolle oder gar Steuerung der Milizen durch die Regierungstruppen ausgegangen werden. Historisch gesehen gab es zwischen Jellaba und Baggara immer wieder heftige Auseinandersetzungen. So beteiligten sich letztere beispielsweise am britischen Feldzug gegen die Jellaba. Die Forderung nach der Entwaffnung der Milizen durch die Regierungskräfte muss daher fast als Ding der Unmöglichkeit erscheinen, denn das Tragen von Waffen wird als zentraler Bestandteil des Ehrenkodex verstanden – sie käme also fast der Eröffnung eines neuen bewaffneten

Konflikts gleich.

Ethnische Säuberungen?

In der westlichen Darstellung wird der sudanesischer Bürgerkrieg zu einem glatt dualen Konflikt zwischen dem unterdrückenden arabisch-islamischen Norden und dem unterdrückten schwarzafrikanischen, christlichen Süden, den es zu unterstützen gilt – dass Darfur islamisch ist, fällt da nicht weiter ins Gewicht. Die ethnischen Säuberungen, die von den zum globalen Hauptfeind der westlichen Zivilisation erklärten islamischen Arabern ausgehen würden, müssten mit allen Mitteln beendet werden.

Tatsächlich ist ethnische und nationale Identität im Sudan sehr viel komplexer und vielschichtiger und enthält im Kern eine sozioökonomische Funktion im Rahmen der traditionellen subsaharischen Arbeitsteilung, genauso wie die Konflikte auf Probleme und Störungen in dieser Arbeitsteilung zurückgehen.¹

So waren auch in Darfur bis vor wenigen Jahrzehnten ethnische Zugehörigkeiten noch durchlässig. Arabische Stämme, die im Jebel Marra sesshaft wurden, transformierten sich zu Mitgliedern von als nichtarabisch geltenden Stämmen, obwohl sie weiterhin arabisch sprachen. Umgekehrt gibt es Nomaden, die nicht arabisch sprechen, sich aber dennoch als Araber verstehen. Es muss von mehreren Zugehörigkeitsebenen ausgegangen werden, die der Begriff der Ethnie nicht adäquat zu fassen in der Lage ist, obwohl seine Bedeutung als Resultat des Konflikts zunimmt.

So hat der Bürgerkrieg im Süden keineswegs zur Herausbildung einer südsudanesischen Nation geführt, sondern von ethnischen Großgruppen, wie den Dinka, Nuer oder Shilluk, die jeweils untereinander zwar sprachliche Ähnlichkeiten aufweisen, aber in sozioökonomische Entitäten – üblicherweise als Stämme bezeichnet – zersplittert sind, welche ehemals das zentrale Identitätsmoment bildeten. Besonders augenfällig ist die Diskrepanz zwischen der durch den Konflikt geschaffenen Ethnie und der

ehemals identitätsstiftenden sozioökonomischen Entität bei den Nuba. Die Nuba-Berge sind ein Rückzugsgebiet schwarzafrikanischer Stämme, die jedoch jeweils mit arabischen Baggara-Stämmen eine (ungleiche) soziale Symbiose eingingen. Untereinander hatten die schwarzafrikanischen Stämme auch durch die topografischen Gegebenheiten kaum Austausch. Entsprechend gibt es auch keine gemeinsame Sprache und oft gehören die Sprachen sogar verschiedenen Familien an, so dass sie untereinander unverständlich sind. Trotzdem war eine Folge des Krieges die Herausbildung einer Nuba-Identität.

Vergleichbar ist dieses Phänomen mit den Auswirkungen des Krieges in Afghanistan. Auch hier gab es ein vielfältiges Geflecht an Identitätsebenen. Zwar gab es die afghanische Form des Persischen, Dari, als Staats- und Bildungssprache, von einer tadschikischen Ethnie konnte aber keine Rede sein, zu zersplittert und unterschiedlich waren die Sprecher dieser Sprache, die außer dieser nichts miteinander verband. Heute hingegen ist die ethnische Entität Tadschiken ein Faktor erstranger Bedeutung im Land am Hindukusch. Ähnliches gilt für andere Volksgruppen.

Wandel der US-Sudanpolitik

Die 90er Jahre waren seitens der USA von einer Konfrontationspolitik geprägt, die 1998 in der Bombardierung einer angeblichen Fabrik für chemische Waffen bei Khartum gipfelte. Später mussten selbst die USA einräumen, dass es sich um einen pharmazeutischen Betrieb gehandelt hatte. Obwohl sich Khartum weitgehend den Forderungen der USA unterwarf, Bin Laden, der damals noch nicht als unumstrittener Champion des Bösen figurierte, auswies und auch die Auflagen des IWF befolgte, blieb Washington hart und betrachtete den Sudan als Terrorstaat. Das lag ganz auf der Linie von Clintons Menschenrechtsimperialismus.

1999 gelang es Khartum erstmals nach zwanzig Jahren verzweifelter Versuche größere Mengen Rohöl zu exportieren. Die Förderkonzessio-

nen gingen in erster Linie an chinesische Unternehmen, die auch den Bau der lange geplanten Pipeline ans Rote Meer unterstützten. Die anglo-amerikanischen Medien läuteten die Alarmglocken. Wenn die Berichte über tausende chinesische Soldaten zwar stark übertrieben erschienen, so bleibt kein Zweifel über das massive chinesische Engagement. Die Aussicht, dass China die strategische Kontrolle über einen potentiell mittelgroßen Erdölexporteur, noch dazu weit außerhalb der unmittelbaren chinesischen Einflussphäre erlangen könnte, musste in Washington zumindest Besorgnis erregen.

Auch den USA dürfte es nicht entgangen sein, dass sich mit den steigenden Erdöleinnahmen Khartums das Blatt im sudanesischen Bürgerkrieg für die Regierung wendet, auch wenn es scheint, dass sie den Süden mittelfristig nicht befrieden können werden. Daher setzt Washington statt auf Eskalation eher auf ein Abkommen. So könnten die Beziehungen zu Khartum vorsichtig normalisiert und ein Fuß in den Erdölsektor gesetzt werden, während die Interessen des Südens als Rute im Fester verbleiben. Eine Arbeitsgruppe in der Nähe der US-Administration drückt das so aus: „Wenn der Süden nun – mit entsprechender internationaler Unterstützung – in ernsthafte Verhandlungen eintritt, befindet er sich in einer besseren Position seine politischen und ökonomischen Interessen zu sichern, als wenn er diesen Schritt auf Jahre hinausschiebt.“²

Als Hindernis für diese Linie erweist sich die US-Präventivkriegsdoktrin, die dazu tendiert alle Konflikte über einen Kamm zu scheren. Die jüngste mediale und diplomatische Eskalation um Darfur kann als Ausdruck dessen interpretiert werden. Eine „kollaterale“ Funktion ist sicher von Palästina und Irak abzulenken und die Araber nicht als Unterdrückte, sondern als Unterdrücker darzustellen. Andererseits könnte die Eröffnung einer neuen Front im Darfur auch als zusätzliches Druckmittel gegenüber der NIF-Regierung dienen, die ihrerseits nach einem Ende

der Isolation und einem Ausgleich mit Washington strebt.

Hinzu kommt, dass die verschiedenen Rebellengruppen und insbesondere die SPLA John Garangs keine reinen Marionetten des Westen darstellen, sondern durchaus Eigeninteressen vertreten, die nicht immer und direkt den Vorstellungen und Planungen des State Department und des Pentagon folgen.

Erst im vergangenen Juli, als Darfur schon in aller Munde war, gab das deutsche Unternehmen Thormählen Schweisstechnik AG bekannt, von John Garang den Auftrag zum Bau und Betrieb einer 4 100 km langen Bahnstrecke vom Südsudan in die kenianische Hafenstadt Mombasa erhalten zu haben.³ Sollte es verwirklicht sein – was unter den heutigen Umständen keineswegs als gegeben angenommen werden kann – ist es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein dicker Fisch. Laut treffenden Kommentaren der kenianischen Presse wird die Eisenbahnlinie „die politische und geographische Landschaft des Kontinents verändern“.⁴

Jedenfalls hat sowohl die Darfur-Kampagne als auch diese Ankündigung die Kräfteverhältnisse wieder etwas zuungunsten von Khartum verschoben. Eine schnelle Einigung ist nicht abzusehen, ein militärisches Eingreifen der USA allerdings ebenfalls nicht. Aus Washingtons Sicht ist ein so massiver Schritt gar nicht nötig, da es über genügend wirkungsvolle Druckmittel zur Durchsetzung seiner Interessen verfügt.

Antiimperialistische und sozialrevolutionäre Positionierung

Da es sich um einen vielschichtigen Konflikt handelt, bedarf es auch einer differenzierten Stellungnahme. Klar ist, dass sich die gegenwärtige Kampagne in den globalen Präventivkrieg gegen den arabisch-islamischen Widerstand einreicht. Jede imperialistische militärische Intervention, und sei sie auch noch so humanitär getarnt, muss abgelehnt und bekämpft werden. Das gilt ebenso für die Organisation Afri-

kanischer Staaten, in denen proimperialistische Regimes wie das nigerianische oder das südafrikanische das Sagen haben. Ebenso wenig können wirtschaftliche oder sonstige Sanktionen hingenommen werden.

Doch es handelt sich bei der islamischen Regierung in Khartum keineswegs um ein organisch antiimperialistisches Regime. Vielmehr trachtete es stets danach die Auflagen des IWF so weit als möglich zu erfüllen. Am Oberlauf des Nils herrscht der politische Ausdruck der traditionellen handelskapitalistischen Klasse der Jellaba, deren Konflikte mit den USA der islamistischen Ideologie und ihren Konsequenzen geschuldet sind, derer sie jedoch bedarf um sich die Unterstützung in breiteren Schichten der Bevölkerung zu sichern. Washingtons Aggression gegen den arabisch-islamischen Widerstand, die eben auch als Krieg der Kulturen geführt wird, entfaltet ihre eigene Dynamik und ihre eigenen Widersprüche. So haben die USA die herrschende Gruppe des Sudan von sich abgestoßen, obwohl hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Grundpositionen aus imperialistischer Sicht kein Anlass dazu bestanden hätte.

Ein solcher Ausschluss zeitigt seinerseits auf die Herrschenden unweigerlich Wirkung und veranlasst sie zu Handlungen gegen die Interessen der USA – beispielsweise die enge Kooperation mit China. Im Ausmaß und in der Explosivität kann der Konflikt zwar mit jenem zwischen der irakischen Ba'ath-Führung und den USA nicht verglichen werden, aber ein Analogiemoment lässt sich dennoch zeigen. Saddam hatte über die 80er Jahre hinweg bereits engstens mit Washington kooperiert. Zwar richtete sich sein Einmarsch in Kuwait tatsächlich gegen US-Interessen, doch wäre das Ba'ath-Regime (in beiden Varianten mit und ohne Krieg) in das internationale imperialistische System einzubinden gewesen, ohne wesentliche Abstriche von US-Interessen machen zu müssen. Der Grund für das Embargo und den Genozid war vielmehr die geopolitische Notwendigkeit ein Exempel zu sta-

tuieren, mit dem der alleinige Welt-herrschaftsanspruch der USA untermauert werden konnte.

Die linke und kommunistische Bewegung des Sudan, die eine Zeit lang zu den stärksten der Region zählte, forderte immer das Selbstbestimmungsrecht für den Süden und trat für die Autonomie ein. Nur so kann die Einheit des Sudan, die grundlegend auch eine Einheit gegen den Imperialismus impliziert, gewahrt werden. Die Unterdrückungspolitik der Jellaba-Klasse, die verbrannte Erde in den Erdölgebieten, kann nur das Gegenteil bewirken.

In lokale Konflikte müsste die Regierung vermittelnd und schlichtend eingreifen. Sie muss daran gehindert werden, sie für die Interessen der handelskapitalistischen Klasse zu missbrauchen und so die Einheit des Landes zu gefährden.

Die heute gültige Interpretation der Scharia als eiserne Diktatur der Handelsklasse sollte abgeschafft werden. Ein demokratisch-säkularer Staat sichert nicht nur die Einheit des Sudan am besten, sondern in einem solchen können auch die Interessen der breiten Volksmassen am besten verteidigt werden. Wenn sich jedoch die Mehrheit der Nordsudanesen für die Scharia aussprechen sollte, so ist das hinzunehmen, darf aber dem Süden nicht aufgezwungen werden. Dessen Autonomie ist auch im Bereich des Rechtssystems zu wahren.

Letztendlich kann der Bürgerkrieg und das Elend der breiten Masse der Sudanesen – das Land am Nil zählt zu den ärmsten Ländern der Welt – nur durch die Abschüttelung des Jochs des IWF und den Sturz des Regimes der Jellaba-Kapitalistenklasse beendet werden.

*Willi Langthaler
12. September 2004*

1 siehe auch „Ethnicity from perception to cause of violent conflicts“, Mohamed Suliman, 1997

2 U.S. Policy to end Sudan's Civil War, Report of the CSIS Task Force on U.S.-Sudan Policy, February 2003 www.thormaelen-schweisstechnik.de/aktuell/5.out.htm

4 Special report: Railway to Link Sudan and Kenya, The Nation, 27.6.2004

Rote Sonne am Himalaja

In einer Zeit, in der auf der ganzen Welt die bewaffnete kommunistische Bewegung sehr geschwächt ist, werden nepalesische Maoisten Tag für Tag stärker. Man schätzt, dass die Maoisten zehn- bis fünfzehntausend Kämpfer und eine unbekannte Anzahl von Aktivisten in den Städten haben. Ihre Stärke liegt im einfachen Volk, es ist ein Volksbefreiungskampf.

Die Maoisten haben 40% des Landes völlig unter ihrer Kontrolle. Am 13. Februar 1996 beendeten sie die parlamentarische Mitwirkung und kündigten den bewaffneten Befreiungskampf an. Die Ursache dafür ist die jahrzehntelang hinter der monarchistischen Fassade herrschende Ausbeutung und Gewalt, große wirtschaftliche und soziale Probleme sowie die Korruption der Politiker und Beamten.

Nepal gehört zu den ärmsten Staaten der Welt. Mehr als die Hälfte der 24 Millionen Nepalesen sind Analphabeten. Es gibt etwa sechzig Ethnien und siebenzig verschiedene Sprachen. Siebzig Prozent der Bevölkerung werden vom brahmanisch beherrschten Kastensystem nicht als gleichwertig anerkannt. Auch die Führungskader der Maoisten sind vorwiegend Brahmanen.

Im Süden entlang der Grenze zu Indien liegt die fruchtbare Tiefebene mit den Ländereien der halbfeudalen Großgrundbesitzer, die von Pachtbäuerinnen und -bauern und LandarbeiterInnen bestellt werden. 72% der Nepalesen leben unter der Armutsgrenze. An der Nordgrenze zu China ragen bis über achtausend Meter die schneebedeckten Berge des Himalajas hoch. Dort gibt es in 95% der Dörfer nicht genug oder kaum Schulen und Krankenhäuser.

In Teilen von Nepal wie Rolpa, Rukum, Jajarkot, Salyan, Kalikot, Daikel, Dolpa hat die CPN (Maoisten) starken Einfluss im Volk. In den Jahren 2001–2002 haben sie die ersten Volksregierungen in Armenvierteln einberufen, in denen es schon vom Volk verwaltete Gefängnisse

und Volksgerichte gibt. Die Volksarmee hat Tag für Tag mehr Dörfer erungen.

In diesem reaktionären Regime, diesem Agenten des Imperialismus, sieht man zum ersten Mal eine riesige Ratlosigkeit im königlichen Palast. Es ist daher klar, dass der König und seine Mitherrscher immer mehr Unterstützung von den US-Amerikanern bekommen. Offiziell hat die USA in den letzten Jahren mehr als dreihundert gut ausgebildete Offiziere (wir nehmen an, dass inoffiziell die Anzahl noch viel größer ist) entsendet um die instabile nepalesische Armee militärisch besser auszubilden.

In Rolpa, einer Provinz von Nepal unter starkem maoistischen Einfluss, wo es vor 1998 39 Polizeidienststellen gab, sind nach den Jahren 2000–2001 nur noch insgesamt acht übrig geblieben, in der Provinz Rukum von 29 noch sechs und in der Provinz Jajarkot von 15 nur fünf. Um die Maoisten zu entwurzeln patrouillierten die Polizisten früher täglich. Aber nun drehen sie nur noch mit ihren Flugzeugen Runden über den Bergen.

Im Jahre 2002 kam es zur Flucht von 61 Polizisten aus einem Militärlager. Viele Militärbeamte haben Haftstrafen bekommen, weil sie nicht im Süden Nepals stationiert sein wollten. Auf der anderen Seite vergrößert sich die maoistische Bewegung. Die Leiter bekommen oft Schwierigkeiten, da viele unter 18-jährige sich der Bewegung anschließen wollen, diese aber darüber informiert werden müssen, dass sie nicht mitkämpfen dürfen. Manchmal treten auch Polizisten und Armeebesatzungen zu den Maoisten über. Der Aufstand der Maoisten bildet einen Eckpunkt des Problemdreiecks, das die Monarchie in eine Krise gestürzt hat, aus der von König Gyanendra und seinen Vertretern kein Ausweg mehr gefunden wird.

Was an den Vorposten passiert

Um die alten Herrschaftssysteme umzustürzen bilden die Maoisten im Sü-

den des Landes in den Dörfern Volkskomitees, in denen höchstens fünf bis sieben Personen vertreten sind. Als Mitglieder von solchen Komitees werden zwei Arbeiter, zwei oder drei arme Bauern und noch ein oder zwei Leute aus der herrschenden Klasse genommen. Im Jahre 2001–2002 haben neben den Maoisten auch die United Marxist Leninist Party und die Nepalesische Kongresspartei an den Wahlen für solche Volkskomitees teilgenommen, was die Zusammenarbeit der CPN (Maoisten) mit den anderen Parteien beweist. Als ein Zeichen einer demokratischen Volksmacht am Land fördern die Volkskomitees die Schulbildung, sie organisieren Ärzte, medizinische Versorgung, kulturelle Veranstaltungen. Es gibt auch Komitees, die sich mit sozialer Grundversorgung, einem Volkslohn beschäftigen. Der von Privaten besessene Boden wird unter den armen Bauern verteilt. Neben den Männern bekommen auch Frauen Boden, sowie Frauen insgesamt mehr Rechte erhalten. Die Bauern werden zur kollektiven Bebauung der Böden ermuntert. Auch für die Volksarmee wurde eine kleine Heimindustrie gebaut. In den letzten Jahren haben die Guerillamitglieder selbst Straßen und Schulen errichtet.

Ein Mobilbankwesen wurde ins Leben gerufen, das es einfachen Menschen ermöglicht, niedrig verzinsten Kredite zu bekommen. Eine Frauenorganisation (One Family One Production) hilft den Frauen mit etwas Neuem anzufangen. Eine Jahrhunderte lang gewachsene feudale Kultur fordert die Maoisten heraus. Vergewaltigungen und religiöse Blindheit sind geringer geworden. Der 1. Mai, der 8. März (der Internationale Frauentag), Marx', Lenins und Maos Geburtstage werden gefeiert. Arme, obdachlose junge Leute nehmen in neuen demokratischen Einrichtungen teil, in der Volksarmee, den Industrien, aber auch als politische Aktivisten und finden eine Überlebenschance. Die aus den Dörfern vertriebenen Menschen kom-

men nach Hause zurück und fangen mit einem neuen Leben an. Tag für Tag gestärkt, ist für das Volk die CPN (Maoisten) die aller größte Hoffnung um die Monarchie zu vertreiben.

Die wachsende revolutionäre Befreiungsbewegung in Nepal macht Indien ernsthafte Sorgen. Linke Separatisten und andere Bewaffnete wie der naxalitische Volkskrieg, den die Maoisten als Modell hernehmen, kämpfen und kündigen immer wieder neue Anschläge auf Regime-Politiker an. Am 10. September 2004 bat der nepalesische Präsident Ser Bahadur Deuba bei seinem Staatsbesuch in Indien den indischen Präsidenten Monmohon Singh um Militärhilfe. Auch China beschuldigt die Rebellen in Nepal den Namen Maos zu entehren. Diese werfen wiederum der chinesischen Führung vor, Maos Ideale verraten zu haben. Einen Teil ihrer Ausrüstung beziehen die Rebellen über die nördliche Grenze Chinas. China versichert aber, keine Kontakte zu ihnen zu unterhalten. Allerdings bezeichnet China die Maoisten lediglich als „regierungsfeindliche Gruppe“, während sie in Nepal und Indien nach offiziellem Sprachgebrauch „Terroristen“ genannt werden. Von offizieller Seite heißt es, chinesische und nepalesische Truppen würden die Maoisten gemeinsam bekämpfen.

Auch die USA unterstützen die Bekämpfung der Maoisten, unter anderem mit heftiger Propaganda gegen den Volksaufstand.

Der Guerillaführer Prachanda erklärte, dass China, die USA und Indien alle Eigeninteressen in Nepal haben. Er unterstrich auch, dass die Guerilla zu Verhandlungen mit der Regierung bereit sei, was aber von dieser hintertrieben wird.

Ab 18. August 2004 kündigten die Maoisten eine Blockade Katmandus an, die etwa eine Woche dauerte. Maoisten forderten die Freilassung inhaftierter Kampfgenossen, Informationen über Verschwundene und eine Untersuchung über die angebliche Ermordung von gefangenen Rebellen. Wegen des Generalstreiks blieb Katmandu eine Woche

lang völlig vom Rest des Landes abgetrennt. Aber einer der Hauptgründe für die Beendigung des Generalstreiks durch die CPN (Maoisten) ist, dass durch die Blockade der Lebensmittelpreis sehr stark angestiegen ist und die arme Bevölkerung Schwierigkeiten bekam.

Die Blockade zeigt die Stärke der CPN, die seit den letzten Jahren zur größten Guerillamacht in Südasiens geworden ist. Heute ist die CPN (Maoisten) sowohl militärisch als auch in ihren legalen Aktivitäten besser organisiert denn je. Ob diese Stärke ausreicht, um den Volkskampf zu gewinnen, ist nicht klar. Jedenfalls wird es dem Regime seinerseits nicht gelingen, die Guerilla zu besiegen. Die Bevölkerung Nepals jedenfalls setzt ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in Gleichheit auf den Volkskampf.

Alin Kalam

Alin Kalam ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien

Nablus – eine belagerte Stadt

„Das sinnlose Erschießen von Kindern muss aufhören. Wir wissen, dass das Morden von Kindern weiter gehen wird, wenn die internationale Öffentlichkeit ihre Stimme nicht dagegen erhebt.“

Diese Nachricht erreichte uns aus dem Balata-Flüchtlingslager bei Nablus am 12. August 2004. Seit ungefähr einem Jahr ist Nablus im Westjordanland das Zentrum des Terrors der Besatzungsmacht. Abriegelungen, Ausgangssperren, Verhaftungen, Zerstörungen, Erschießungen und die Präsenz der Panzer, Jeeps und Scharfschützen in den Straßen gehören zur täglichen Realität. Die Meldungen über Kinder, die erschossen oder angeschossen wurden, häufen sich in letzter Zeit, wobei nicht klar ist, ob es nur mehr Zeugen gibt oder ob die israelischen Soldaten immer weniger Hemmungen haben, ausgerechnet Kinder zu erschießen.

Die Kinder und Jugendlichen, die seit dem 17. Juli 2004 in Balata und Nablus erschossen wurden:

Husam Abu Zaitun, 17 Jahre

- Salim Alkusa, 16 Jahre, Bauchschuss, stirbt zwei Stunden später am 10. August 2004
- Sami Abu Mustafa, 15 Jahre, Kopfschuss, 10. August 2004
- Bashar Zwick, 16 Jahre, Gummigeschosse ins Gesicht, blind
- Mohammed Hurani, 15 Jahre, am 11. August von Scharfschützen erschossen
- Yasir Tantawy, 20 Jahre, erschos-

sen

- Khaled Al-Osta, 10 Jahre, getötet durch einen Kopfschuss am 17. August 2004

Alle diese Erschießungen hatten Augenzeugen: Keines der Opfer hatte irgendeine Art von Waffe und die Soldaten konnten klar sehen, auf wen sie schossen. Warum die Kinder und Jugendlichen? Sie sind es, die die Soldaten, die sicher in ihren gepanzerten Fahrzeugen sitzen und Macht demonstrieren, am leichtesten provozieren können. Die Soldaten erscheinen ohne ersichtlichen Grund, parken provokant oder fahren so lange durch die Straßen und werfen wahllos Tränengas oder Soundgranaten, bis die Jugendlichen vielleicht beginnen Steine zu werfen und geschossen werden kann. In manchen Situationen bedarf es nicht einmal der Steine.

Die Soldaten besetzen palästinensische Häuser, die sie für ihre Operationen als passend erachten um zum Beispiel günstige Scharfschützenpositionen zu haben. Das bedeutet Terror für die Familien und keine Möglichkeit, das Haus zu verlassen um notwendige Lebensmittel oder Medikamente zu besorgen. Als das Haus der Familie Walwil in der Nacht zum 12.

August besetzt wurde, hatte die Frau, die im sechsten Monat schwanger war, eine Totgeburt. Sechs Monate zuvor verlor die Familie einen Sohn – von Soldaten erschossen.

Da der israelischen Armee Augenzeugen unangenehm sind, wurden hier vier internationale Aktivisten verhaftet, die der Familie Lebensmittel und Medikamente brachten.

Am 23. August wurde das Flüchtlingslager Askar überfallen. Türen wurden willkürlich zertrümmert – wie so vieles willkürlich erscheint und anscheinend nur der Demütigung und der Verbreitung von Angst und Terror dient. Allen Männern zwischen 16 und 40 Jahren wurde „nahegelegt“, sich in der Schule einzufinden. Wer auf der Straße erwischt würde, würde erschossen. Bei dieser Aktion wurden, wie bei all den anderen, Häuser und Wohnungen demoliert, Menschen verwundet und getötet.

Ein Auszug aus der Realität in Nablus – ein kleiner Auszug aus dem Leben unter der Besatzung Israels, der Augenzeugen hatte und deshalb die Öffentlichkeit erreicht. Er sollte reichen, dass man die gängige Definition von „Terror“ und „Terroristen“ auf den Kopf stellt, begreift, wer die Terroristen sind und die ideologische Mauer durchbricht, die die israelischen Kriegsverbrechen noch immer deckt.

Elisabeth Lindner-Riegler

Friedensaktivistin als „Gefahr für Israel“ in Haft

Tali Fahima diente in der israelischen Armee, wählte Ariel Sharon und zweifelte nicht daran, dass ihr Land gegen den Terrorismus und ums Überleben kämpfte. Doch letztes Jahr las die 29-jährige Anwaltssekretärin in einer israelischen Zeitung über Zakariya Zubeidi, den Anführer der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden in Jenin – eine Gruppe, die für den Tod Hunderter Israelis in Selbstmord- und Bombenanschlägen verantwortlich ist. Frau Fahima entschloss sich, Herrn Zubeidi zu fragen, warum er Juden tötet.

Am 4. September verhängte das israelische Militär ohne Gerichtsverfahren eine Haftstrafe gegen Frau Fahima. Das entsprechende Gesetz wurde während der Intifada der letzten vier Jahre gegen Tausende Palästinenser, aber kaum jemals gegen Israelis angewandt.

Die Behörden verweigerten Auskunft über die genauen Hintergründe, doch Verteidigungsminister Shaul Mofaz, der den entsprechenden Befehl unterzeichnete, sagte sie sei „eine klare und unmittelbare Gefahr für alle Israelis“.

Geheimdienstquellen erklärten gegenüber der israelischen Presse, dass Fahima in den Bombenangriff auf eine Straßensperre des Militärs im August verwickelt sei und Anschläge innerhalb Israels plane.

Fahimas Anwälte und Freunde hingegen beschuldigen die Regierung, die drakonischen Sicherheitsgesetze zu missbrauchen um sie zum Schweigen zu bringen, da sie das Tabu gebrochen hatte, Freundschaft mit dem Feind zu schließen und seine Haltung zu erklären.

Fahima besuchte Zubeidi in Jenin zum ersten Mal vor etwas mehr als einem Jahr, obwohl die israelische Regierung ihren Staatsbürgern verbietet, palästinensische Städte zu

besuchen. Sie sagt, sie wollte herausfinden, was ihn dazu motiviert, Menschen zu töten. „Ich wollte ihn fragen, wie ein Mensch dazu kommt, so etwas zu tun“, sagte sie in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen: „Es gibt eine Ursache. Man steht nicht eines Morgens auf und beschließt: ‚So, heute führe ich einen Angriff durch.‘“

Die israelische Armee nennt Zubeidi einen der meistgesuchten Terroristen. Sie versuchte fünf Mal vergeblich, ihn zu ermorden.

Nach mehreren Treffen mit dem Kommandanten der al-Aqsa-Brigaden beschreibt Fahima ihn als einen Freiheitskämpfer und „warmherzigen Menschen – ich bin froh, in kennen gelernt zu haben“. Sie erklärte, sie würde sich als menschlicher Schutzschild vor ihn stellen um ihn vor israelischen Mordversuchen zu schützen. „Es ist schwierig für eine 28-Jährige, die mit bestimmten Werten aufgewachsen ist, eines Tages zu erkennen dass diese alle falsch waren“, sagte Fahima in einem Interview mit der Jerusalem Post im Juni. „Wer ist für die Besatzung verantwortlich? Die Palästinenser? Nein. Es sind die Israelis – und was bin ich? Jüdin und Israeli, und wenn ich zu Hause sitzen und nichts tun würde, wäre ich mit

verantwortlich. Zubeidi ist kein Terrorist, sondern er kämpft gegen die Besatzung. Auch die Selbstmordattentäter kämpfen gegen die Besatzer. Versetzen Sie sich einmal in ihre Lage. Grundlegende Rechte und Freiheiten werden ihnen vorenthalten.“

Diese Ansichten haben viele Israelis in Rage gebracht und viele haben Fahima als Verräterin und Terror-Sympathisantin bezeichnet. Ihre Eltern – religiöse Menschen – sprechen nicht mehr mit ihr, und sie verlor ihre Arbeit.

Fahimas Anwälte weisen darauf hin, dass die Behörden Anklage erheben würden, anstatt Fahima in die Grauzone der Verwaltungshaft (Gefängnisstrafe ohne Gerichtsverfahren) abzuschieben, wenn sie Beweise hätten.

Justizminister Yosef Lapid sagte, dass keine Anklage erhoben würde, um die geheimdienstlichen Quellen zu schützen: „Es gibt ganz konkrete Beweise, die mir vorgelegt wurden, dafür dass sie Handlungen setzte, die die Sicherheit des Staates Israel gefährden. Die zuständigen Beamten meinen, dass es für die Sicherheit Israels besser ist, dass sie bis zu einem eventuellen Prozess in Haft bleibt.“

Doch Fahimas Anwältin Smadar Ben-Natan erklärt, dass ihre Klientin letzten Monat festgenommen wurde, nachdem sie sich weigerte, für den israelischen Geheimdienst Shin Bet Spitzeldienste zu leisten.

Chris McGreal

The Guardian, 7. September 2004

Der Bericht wurde von der Redaktion übersetzt und leicht gekürzt.

Palästinensische Frauen

Opfer der Kriegssituation

Die Situation täglicher Gewalt, das Alltagsleben unter militärischer Besatzung, die Abwesenheit funktionierender sozialer und institutioneller Strukturen zieht auch das soziale Gewebe der palästinensischen Gesellschaft, die sich in erster Linie auf die Familienstrukturen stützt, in Mitleidschaft. Erste Opfer dieser Entwicklung sind Frauen und Kinder.

Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen begünstigen das Ansteigen sexuellen Missbrauchs, auch in der Familie. Zahlen und Statistiken existieren nicht, denn das Thema ist weitgehend tabu. Hazem Hajal, Vorsitzender des Jugendberatungszentrums in Nablus sagt: „Wenn zehn Leute in zwei Zimmern zusammenleben und in der Stadt praktisch permanent Ausgangssperre herrscht, ist es schwierig, inzestuöse Beziehungen und Spannungen aller Art zu vermeiden“. Diese Situation wird auch durch die Armut begünstigt. Junge Leute können nicht heiraten, sexuelle Beziehungen innerhalb des Familienkreises nehmen zu. Junge Frauen, deren Männer getötet oder inhaftiert wurden, sind mitunter den männli-

chen Mitgliedern der Familie ihres Mannes ausgeliefert.

„Männer, junge aber auch ältere, sitzen aufgrund von Arbeitslosigkeit oft zuhause fest. Sie verbringen viel Zeit vor dem Fernseher und oft „probieren“ sie das, was sie am Bildschirm sehen, mit ihren Töchtern oder Schwestern aus“, sagt Shaden Bustami, Leiterin des Vereins zum Schutz der Familie. Laut Bustami ist die Zahl der Hilfesuchenden in den Jahren 2000 und 2003 um das Dreifache gestiegen.

Die Besatzung, der Ausnahmezustand, die wirtschaftliche und soziale Krise führt nicht immer und überall zu Vorfällen dieser Art, doch die Gewalt, welche die palästinensische Gesellschaft auf allen Ebenen bedroht, hat insbesondere die Situation der palästinensischen Frauen verschlechtert. Frauen müssen oft zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, bzw. diesen hauptsächlich bestreiten, was sie mitunter, zumindest im wirtschaftlichen Sinne, zu Familienoberhäuptern gemacht hat. Diese neue Verantwortung hätte in einem normalen Kontext eine positive Entwicklung für die

Frauen einleiten können, doch unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet sie eine zusätzliche Belastung, über die Verpflichtungen des Haushalts und die Pflege und Unterstützung gestresster Männer und verängstigter Kinder hinaus.

Die Verschlechterung der Situation der Frauen und Kinder in den palästinensischen Gebieten hat viel mit der Situation der Männer zu tun. Während inzwischen etliche Beratungs- und Unterstützungsstrukturen existieren, die Frauen und Kindern helfen mit sozialen und psychologischen Problemen umzugehen, gibt es, abgesehen von Vereinen zur Unterstützung von gefolterten Gefangenen, nichts vergleichbares für Männer. Die militärische Besatzung schließlich macht es fast unmöglich den Auswirkungen der Krise auf den sozialen und familiären Zusammenhalt mit Gesetzen und Verordnungen entgegenzutreten.

*Margarethe Berger
und Charlotte Malterre*

gestützt auf Berichte von Le Monde

Überleben im Käfig

Bericht aus der eingeschlossenen Stadt Qalqilya

Qalqilya, eine palästinensische Stadt an der Grünen Linie, ca. fünfzig Kilometer nordwestlich von Jerusalem. 45 000 Einwohner. Auf allen Seiten umgeben von der acht Meter hohen Apartheidmauer. Um rein- oder rauszukommen, brauchen die Bewohner einen Passierschein, ausgestellt von israelischen Behörden, kontrolliert von israelischen Soldaten an dem einzigen Checkpoint der Stadt. Israelischen Staatsbürgern und Ausländern ist es per Gesetz verboten die Stadt zu betreten.

Seit dem Mauerbau im Juni 2002 hat sich das Leben erheblich verändert. Die Zahlen an sich sind erschreckend: 3 000 Dunum Land wurde konfisziert, über die Hälfte der Stadtfläche. Vor dem Mauerbau sah die Sozialstruktur etwa so aus: Die Hälfte der Menschen lebte von der Landwirtschaft, etwa ein Viertel der Männer arbeitete in Israel, und ein Viertel in Qalqilya. Da die meisten Felder außerhalb der Mauer liegen und die Arbeit in Israel de facto unmöglich wurde, sieht die Lage jetzt trist aus. 60% leben unter der Armutsgrenze. Die Geschäfte haben zwar offen,

doch gekauft wird nur das Allerwichtigste. Praktisch der einzige Arbeitsgeber ist die palästinensische Autonomiebehörde (PA), die dieser Aufgabe nur mäßig nachkommt. Polizisten, Verkehrsregler, Büroarbeit und Straßenkehrer sind die Arbeiten, die sie vergibt. Ein Straßenkehrer zum Beispiel bekommt zwanzig Schekel pro Tag, kann aber nur zwei Wochen im Monat arbeiten (Preisvergleich: eine Zigarettensackung sieben Schekel, das sind ca. 1,32 Euro). Im Gegensatz dazu kostet ein Kilometer der Hi-Tech-Sicherheitsanlage eine Million Dollar. Qalqilya wird von 14 Kilometern Mauer umgeben. „Kümmere dich nicht um die Palästinenser. Sie können sich lange nur von Brot und Salz ernähren,“ sagt Hessian Abu Ali, 41, mit grimmigem Humor.

Doch obwohl das Überleben Tag für Tag schwieriger wird, sehe ich in der Stadt keinen einzigen Bettler und keinen Obdachlosen. Der Grund dafür liegt in der Hilfe von der Familie und der Nachbarschaft. Familien lassen in Lebensmittelgeschäften anschreiben und machen wenn möglich woanders Schulden. Ein 21-jähri-

ger Student verrät mir einen anderen Überlebenstrick: 90% der Autos in Qalqilya sind von Israelis gestohlen. Sein Cousin hat gestern ein Polizeiauto hereingebracht. Es gibt auch internationale Hilfe, diese wird hauptsächlich von der PA verteilt. Doch diese sieht sich immer mehr der Kritik wegen Korruption und Verschwendung ausgesetzt.

Verglichen mit der Situation in Gaza ist Qalqilya noch gut dran. Hassan glaubt das Ziel der israelischen Apartheidpolitiker zu kennen: „Sie wollen die Einwohnerzahl auf 15 000 senken. Sie wollen ein Land ohne Leute.“ Und bislang scheint diese Politik Erfolg zu zeigen. Seit dem Mauerbau haben 10 000 Menschen Qalqilya verlassen. Doch was ist, wenn die Menschen ihre Heimat nicht verlassen wollen und sie trotz der miserablen Umstände verteidigen? Ein Kreislauf aus Ausgangssperren, Militärinterventionen, Bomben und Selbstmordanschlägen ist vorhersehbar. Dann wird Qalqilya das neue Gaza.

Franz Bortenschlager

Friedensaktivisten während Invasion in Nablus verhaftet

Am 21. August um ca. vier 4 Uhr Nachmittags betraten vier internationale Friedensaktivisten (Aaron/USA, Tom/England, Uwe/Deutschland und ich, Franz/Österreich) von ISM (International Solidarity Movement) und ein palästinensischer Sanitärer ein Haus im Flüchtlingslager Balata in der Nähe von Nablus. Es war der fünfte Tag der Militärinvasion namens "Cleaning the trash" (ein Name sagt alles). Soldaten besetzten ein Apartment. Die Familie war in einem anderem Raum im gleichen Apartment. Wir wollten diese Familie mit Wasser, Essen und Medikamenten versorgen. (Laut Menschenrecht hat jeder Zivilist während Militäroperationen das Recht auf medizinische Versorgung). Wir versuchten vorher, mit den Soldaten durch Rufe ("Unarmed Internationals and Medical Relief. We want to see the family. We are not interested in you.") Kontakt aufzunehmen. Sie antworteten nicht. Während wir reingingen und zum Apartment raufgingen, wiederholten wir die Rufe. Als wir im Halbstock vor der Wohnung waren, stürmten zwei Soldaten raus, mit Gewehren auf uns gerichtet. Uwe war zu diesen Zeitpunkt nicht bei uns. Wir wurden geschnappt, in die Wohnung, in den Raum, wo die Familie saß, geschmissen. Wir mussten unsere Taschen und Hosensäcke entleeren, Handys und Pässe wurden konfisziert. Unsere Hände wurden mit Kabelbinder hinter den Rücken gefesselt. Wir konnten nicht miteinander reden. Die Soldaten verhielten sich sehr aggressiv. (O-Ton: "If you don't shut up, we will bash your face against the wall until it's flat").

Nach ein paar Minuten wurde Uwe in den Raum geschmissen. Er konnte runtergehen, andere informieren, ging dann wieder rauf und wurde genauso festgenommen. Die Soldaten schlugen ihn. Die Situation im Raum war beschissen: Die Frauen weinten, die Kinder waren geschockt.

Dann wurde uns ein Shirt über den Kopf gestülpt. Es war unglaublich heiß, ich hatte Probleme zu atmen. Ich war kurz davor, das Bewusstsein zu verlieren. Nur dank des Familienvaters, der mir Wasser gab, blieb ich halbwach. Ich weiß nicht, wie lange dieser Zustand dauerte. Kurz bevor die Soldaten das Haus verließen, wurde das Shirt entfernt. Wir wurden in das Wohnzimmer gebracht. (Dort waren die Soldaten, ich glaube sie haben das als eine Art Scharfschützennest missbraucht), dann wieder in den anderen Raum gebracht. Zu diesen Zeitpunkt war es mir möglich, mit den Kindern mittels Gestik kleine Späße zu treiben. Als die Soldaten das Haus verließen, wurden Uwe, Tom und ich in die Mitte genommen. Aaron (er hatte das Glück, den Pass nicht bei sich zu haben) und der Sanitärer blieben bei der Familie zurück. Vor dem Hauseingang warfen die Soldaten Soundgranaten und Rauchbomben. Der Hauseingang liegt in einer für Autos zu enge Gasse. Auf der Hauptstraße wartete ein Militärjeep auf uns. Wir wurden hineingedrängt. Erneut wurde ein T-Shirt über unseren Kopf gestülpt. Nach ein paar Minuten hielt der Jeep. Wir Gefangenen mussten raus in einen anderen Jeep. Als ich als letzter rauskroch, kickten einige Soldaten mit ihren Füßen nach mir. Wir wurden auf eine Militärbasis gebracht. Nachdem wir den Jeep verlassen hatten, mussten wir uns in einer Reihe aufstellen. Durch das T-Shirt konnte ich nur die Silhouette der Soldaten erkennen. Ich hörte, wie sie an ihren Gewehren rummachten. Ein paar Soldaten machten Späße. Einer steckte mir ein gebrauchtes Taschentuch in die Hose. Dann wurden wir – immer noch mit verbundenen Augen und Arme hinter dem Rücken gefesselt – in das Innere der Basis geführt. Eine kleine Steinmauer war unser Gefängnis für die nächsten Stunden. Das T-Shirt wur-

de mit einer „professionellen“ Augenbinde gewechselt. Wie Schwerverbrecher saßen wir auf der Mauer. Nach einiger Bettelei durften wir aufs Klo gehen. Für kurze Zeit ohne Kabelbinder. Nach noch längere Bettelei konnten wir rauchen. Dafür wurden unsere Hände vor uns gefesselt. Dies blieb auch nach der Zigarette so. Anfangs waren die Soldaten äußerst unfreundlich. Speziell Uwe wurde als Nazi beschimpft. Ein Soldat spielte auf der Gitarre und sang verarschend: "Stop killing Balata Children". Später wurden sie freundlicher. Gegen 11 Uhr nachts kam die Polizei. Endlich wurden Kabelbinder und Augenbinde entfernt. Wir wurden in die Polizeistation in Ariel, eine große Siedlung im Westjordanland, gebracht. Dort erfuhren wir was uns vorgeworfen wurde: Behinderung von Soldaten in ihrer Pflicht und Gefährdung von Soldatenleben! Beide Vorwürfe sind totaler Blödsinn. Die Soldaten sind bewaffnet, wir nicht. Sie gefährden andere und unser Leben. Auch behinderten wir die Soldaten nicht. Es wäre ihnen jederzeit möglich gewesen uns fortzujagen. Sie haben uns in unsrer Pflicht behindert, Menschenrechte anzuwenden. Wir wurden befragt (Aus sageverweigerung). Gegen drei Uhr wurden wir in unsere Zelle gebracht. Tom, Uwe und ich konnten uns eine Zelle teilen. Zwischen sechs und halb sieben wurden wir wieder geweckt. Frühstück: Das erste Essen, seitdem wir festgenommen worden waren. Es bestand aus einer Tasse Tee, zwei Stück Toastbrot und etwas Käse. Dann wurden wir zum Ben-Gurion-Flughafen ins Abschiebe-Zentrum gebracht. Unser Recht auf einen Telefonanruf wurde ständig missachtet. Erst gegen elf Uhr mittags konnten wir mit unserer Anwältin reden. Eine Stunde später waren wir frei. Der Grund für unsere Freilassung war nicht, weil sie einsahen, dass sie im Unrecht waren, auch

Fortsetzung auf Seite 35

Die Stimme der Unterdrückten konnte nicht zum Schweigen gebracht werden

Ergebnisse des Antiimperialistischen Lagers in Assisi, August 2004

Allein die Tatsache, dass das Antiimperialistische Lager in Assisi, Italien, vom 2. bis 6. August 2004 abgehalten werden konnte, trotz der hysterischen antiterroristischen „Hexenjagd“, kann als eigenständiger Erfolg gewertet werden. Während die italienische Regierung mit ihrem amerikanischen großen Bruder versucht, den heroischen Befreiungskampf des irakischen Volkes blutig zu ersticken, strebt sie innerhalb Italiens danach, alle Kräfte die es wagen den irakischen Widerstand zu unterstützen zum Schweigen zu bringen. Auf diesem Weg will sie die Demokratie gleich doppelt außer Kraft setzen: einerseits indem sie das Recht auf Selbstbestimmung, für welches das irakische Volk kämpft und das außerdem im Völkerrecht verbrieft ist, negieren, und andererseits unterdrücken sie das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Organisation in Italien selbst – ein Recht das im Volkskampf gegen den Faschismus errungen worden war. Tatsächlich versucht die Regierung Berlusconi nichts anderes als die Gesetze des amerikanischen Imperiums in die Tat umzusetzen – was bis jetzt nicht vollständig gelungen ist. Indem es trotz extrem schwierigen Umständen geschafft wurde das Antiimperialisti-

sche Lager abzuhalten, ist es gelungen die antiimperialistische Position zu verteidigen. Die Stimme der Unterdrückten dieser Welt wurde innerhalb der Festung Europa nicht zum Schweigen gebracht. Für die weitere Verteidigung entschied das Antiimperialistische Lager eine Kampagne gegen die Guantanamoisierung“ der Welt zu lancieren.

Man darf nicht vergessen, dass nur zwei Tage vor der Eröffnung unser Basisaktivist William Fediani verhaftet wurde, aufgrund der Anschuldigung der Kopf einer „anarcho-insurrektionalistischen Verschwörung“ zu sein, die angeblich einen Angriff auf ein Parteibüro der „Alleanza Nazionale“ (AN), dem Koalitionspartner von Berlusconi, verübt haben soll. Außerdem wird ihm vorgeworfen ein Ideologe der Islamisierung zu sein. Die Schlagzeilen in der Presse hießen da: „Terroristischer Kopf geht mit dem Koran ins Gefängnis“. Das stimmt tatsächlich: William schreibt eine Arbeit über Dantes Göttliche Komödie und suchte nicht nur um den Koran an, sondern auch um die Bibel und wissenschaftliche Literatur. Das ist nur das jüngste Beispiel von Medienmanipulation.

Am 1. April wurden drei führende Aktivisten und Aktivistinnen des Antiimperialistischen Lagers verhaftet und des Terrorismus beschuldigt, da sie die Genossen der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKC) aus der Türkei politisch unterstützt hatten. Die drei Italiener und Italienerinnen kamen wieder frei, während die Genossin und der Genosse aus der Türkei noch immer in Haft sind. Der politische Hintergrund davon war die Unterstützung des irakischen Widerstands. Daher wurde auch die Homepage der Komitees

Freier Irak gesperrt und ist noch immer außer Betrieb.

Unterdessen nimmt die Repression gegen die islamische Gemeinde in Italien immer neue Dimensionen an. Jeder Moslem ist als potenzieller Terrorist verdächtig, während die Regierung unbeirrt ihren Terror gegen das irakische Volk und ihre Unterstützung für den zionistischen Völkermord fortführt.

Das Antiimperialistische Lager setzte ein Zeichen, indem es sowohl Repräsentanten der unterdrückten moslemischen Minderheit Europas als auch Führer demokratischer, antiimperialistischer, volksnaher islamischer Bewegungen aus der Türkei und dem Nahen Osten einlud. Eine Allianz zwischen den revolutionären und sozialistischen mit den islamischen Kräften gegen den Imperialismus ist am Entstehen. Und es geht nicht nur um die Verteidigung der demokratischen Rechte für Moslems in Europa.

Ein Brennpunkt für das Antiimperialistische Lager und dieser Allianz, die entstehen soll, ist die Unterstützung des irakischen Widerstands und der palästinensischen Intifada. In der Anwesenheit der Irakischen Patriotischen Allianz, der Irakischen Kommunistischen Partei (Kader) und der Irakischen Demokratischen Patriotischen Kommunistischen Strömung, der palästinensischen Bewegung Abna' al-Balad und Repräsentanten von Unterstützungskomitees aus mehreren Ländern, wurde der Internationale Aktionstag für den irakischen Widerstand wieder bestätigt. Er wurde in Mumbai Resistance 2004 für den 25. September, um den Jahrestag der palästinensischen Intifada herum geplant, um die Verbindung zwischen dem Befreiungskampf in Palästina und dem Irak herauszu-

Fortsetzung von Seite 34
nicht, weil wir beschissen behandelt wurden, sondern weil es einen Formfehler gab: Soldaten in Palästina dürfen „nur“ Palästinenser festnehmen, Internationale dürfen nur von der Polizei festgenommen werden. Bei der ganzen Geschichte darf nicht vergessen werden, dass uns gerade in der Haft der Status als Internationaler half. Ein Palästinenser wäre nie so glimpflich davon gekommen.

Franz Bortenschlager

streichen.

Eine andere eine Schlüsselstellung einnehmende Übereinkunft, die in Assisi erzielt wurde, war das nächste Antiimperialistische Lager in Venezuela nahe der kolumbianischen Grenze zu organisieren. Es soll in der Weiterführung von Mumbai Resistance stehen, und Unterstützung der boliviarischen Bewegung gegen das amerikanische Imperium, die ihren derzeitigen höchsten Ausdruck in der Volksmobilisierung in Venezuela hat, geben. Die revolutionären Kräfte brauchen die internationale Unterstützung nicht nur um die USA und die verbündete lokale Bourgeoisie zu besiegen, sondern auch um die Kräfte im Staat und im Militär zurückzudrängen, die gegen die Nationalisierung der Ölindustrie und der Banken, gegen die Landreform und gegen die militärische Vorbereitung der Massen um das Land gegen einen drohenden Yankee-Angriff verteidigen zu können, sind.

Zu guter Letzt entschied sich das Antiimperialistische Lager dafür, an dem Vorschlag der illegalisierten basischen linken Unabhängigkeitsbewegung Batasuna teilzunehmen, eine europaweite Koalition von Volkskräften gegen die liberale, kapitalistische und imperialistische Europäische Union, mit revolutionären und kommunistischen Organisationen, zu bilden. Gegen die Europäische Union zu kämpfen bedeutet auch gegen die USA zu sein und ihren Versuch ein Imperium zu errichten, in dem die EU ein integraler Bestandteil ist. Der Antifaschismus von gestern ist der Antiamerikanismus von heute.

Antiimperialistische Koordination

In Richtung eines internationalen Aktionstags für den irakischen Widerstand Resolution der in Assisi anwesenden Komitees Freier Irak

Die Komitees Freier Irak und andere Organisationen, die den irakischen Widerstand unterstützen und die in Assisi, Italien, am 4. August 2004 zusammen gekommen sind

1. streichen die Wichtigkeit des Erfolgs des Internationalen Aktionstages in Unterstützung des Kampfes des irakischen Volkes, der für den 25. September geplant ist, heraus;

2. nehmen an diesem Tag an allen möglichen Initiativen in ihren jeweiligen Ländern teil, gemeinsam mit allen vorhandenen Kräften;

3. gehen davon aus, dass die Zeit gekommen ist eine konstante Koordination zwischen den einzelnen Komitees in den verschiedenen Ländern aufzubauen, die über den 25. September hinaus wirksam ist, mit dem Ziel eine internationale Konferenz und eine einheitliche Front auf die Beine zu stellen, welche den Kampf der irakischen Genossinnen und Genossen sowie Brüder und Schwestern unterstützt;

4. heben die Verbindung zwischen dem irakischen Widerstand und dem Widerstand des palästinensischen Volkes hervor, eine Verbindung die symbolisch gegenwärtig ist in der Wahl des 25. Septembers, welcher den Anfang der Intifada gegen die zionistische Besetzung Palästinas in Erinnerung ruft;

5. betonen die Schlüsselrolle, die der derzeitige Kampf im Irak für eine Zukunft der Menschheit selbst einnimmt, da es eine reale Möglichkeit des Sieges für den Widerstand gibt, wodurch sein Beitrag für die Kämpfe für Freiheit und Selbstbestimmung auf der ganzen Welt ein überaus wertvoller ist.

Stoppt die Besetzung des Iraks und Palästinas!

Raus mit allen imperialistischen Truppen und Militärbasen!

Nieder mit dem präventiven Krieg und dem US-Imperium!

Lang lebe der irakische Widerstand!

Bei dem Treffen waren Delegationen sowie Genossinnen und Genossen aus den folgenden Ländern anwesend: Irak, Libanon, Palästina, Bahrain, Türkei, Italien, Frankreich, Baskenland, Schweiz, Österreich, Deutschland, Russland, Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen, Mexiko, Bolivien, Venezuela

Deutsches Solidaritätskomitee

Freier Irak gegründet

Am 17. Juli 2004 kamen rund dreißig Aktive der Friedens- und Solidaritätsbewegung zu einem Gründungstreffen zusammen. Die Teilnehmer kamen aus zehn Städten: Berlin, Hamburg, Bremen, Duisburg, Köln, Bonn, Bochum, Frankfurt, München und Brüssel, weitere Beteiligte hatten sich entschuldigen lassen.

Im analytischen Teil des Treffens ging es um einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch über die Besatzung und den Widerstand im Irak, d. h. über das, was in der Diskussion als die „zweite Phase“ des Irak-Krieges, einschließlich ihrer regionalen und weltpolitischen Implikationen, definiert wurde. Die Diskussion behandelte folgende vier Themenbereiche:

Irakischer Widerstand

Hierzu erläuterte Dr. Aziz Alkazaz, dass es sich bei aller Vielfalt der Formen um einen einheitlichen Widerstand der großen Mehrheit des irakischen Volkes handele. Dieser nehme an Einfluss zu, während die Kräfte der Zusammenarbeit mit der Besatzung an Boden verlore. Der bewaffnete Widerstand sei durch die irakische Regierung systematisch über Jahre hinweg vorbereitet worden und verfüge über ausreichende Bewaffnung und militärisch geschulte Kämpfer. Eine zweite Form des militärischen Widerstands seien Sprengstoffanschläge, die von meist islamisch motivierten Märtyrern durchgeführt würden. Aber es gebe auch Terrorakte, die eindeutig nicht dem irakischen Widerstand zuzuschreiben seien und anderen politischen Zielen diene. Der politische Widerstand reiche in seiner Vielfalt von einfacher Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Besatzern und öffentlicher Kritik über Boykott, Protestdemonstrationen und Streiks bis zum Aufbau eigener von der Besatzung unabhängiger lokaler Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen. Im Widerstand seien alle drei politischen Hauptströmungen vertreten, welche die Geschichte des modernen Irak

schon immer bestimmt haben, nämlich die irakisch-arabischen nationalen Kräfte, darunter die Ba'ath-Partei, ferner die islamischen Kräfte schiitischer und sunnitischer Richtung und schließlich sozialistische und andere fortschrittliche Kräfte, darunter Kommunisten, die in Opposition zur Führung der Irakischen Kommunistischen Partei stehen. Der Oberste Rat des irakischen Widerstands erfülle die Funktion eines koordinierenden Organs der Koalition der patriotischen Kräfte. Es gebe ein klares und verbindliches Programm, das den unverzüglichen Abzug der Invasoren bis zum letzten Soldaten vorsehe, jeglichen Kompromiss mit der Besatzungsmacht ausschließe und einen genauen Zeitplan für den Wiederaufbau demokratischer Staatsorgane eines befreiten Irak vorsehe.

Strategie der USA im Irak

Ergänzend wies Klaus von Raussendorff darauf hin, dass schon unter Clinton die Herbeiführung des Sturzes der irakischen Regierung zum außenpolitischen Ziel der USA erhoben wurde. Die Bush/Cheney-Regierung sei insofern darüber hinaus gegangen, als sie den Versuch unternommen habe, den eroberten Irak zur militärischen und politischen Hauptbasis und Drehscheibe für ein Programm der USA und Israels zur Neuordnung des „Größeren Mittleren Ostens“ zu machen. Im Interesse der Ölkonzerne der USA und Großbritanniens sei der Krieg nicht einfach zur „Sicherung der Ölversorgung“ geführt worden, sondern um Russland, Frankreich, China und viele andere Staaten daran zu hindern, ihre mit dem Irak geschlossenen Erdölabkommen produktiv zu machen. Die mit der Öl-

und Rüstungsindustrie eng verbundene politische Gruppe, die mit Bush in die wichtigsten Regierungsämter gelangt sei, gehe von einer Identität der Interessen der USA und Israels aus. Doch die geopolitischen Strategien beider Länder seien nicht identisch. Aus dieser Diskrepanz resultierten gravierende Widersprüche der Besatzungsstrategie, die mit dazu geführt hätten, einen unversöhnlichen Hass in der irakischen Bevölkerung zu provozieren und den Widerstand unumkehrbar zu machen.

US-Stützpunkte in der Region – Politik der USA und Israels gegenüber Iran und Syrien

Zur Bedeutung der Militärpräsenz der USA im Irak skizzierte Dimitri Tsalos das weltweite Netz der US-Stützpunkte, das aus rund 720 US-Stützpunkten bestehe. Schon der Krieg gegen Jugoslawien habe zum Ziel gehabt, mit Camp Bondsteel im Kosovo die größte Militärbastion seit dem Vietnamkrieg zu errichten. Ein wesentliches strategisches Ziel des Stützpunktnetzes sei – neben der Absicherung der weltweiten militärischen Vorherrschaft – die Kontrolle über Ölfelder und vor allem auch über die Transportwege. Es zeichne sich darüber hinaus deutlich ab, dass der Aufbau weiterer US-Stützpunkten am Golf als Drohkulisse und Invasionsplattform gegen den Iran gedacht ist. Auch gegen Syrien sei eine bedrohliche Kampagne angelaufen. Washington habe mit dem Syria Accountability Act vom 1. Mai 2004 und den Sanktionen vom 11. Mai 2004 eine Politik gegen Syrien eingeleitet, die sehr an das Vorgehen gegen den Irak erinnere. Washington verlange von Syrien die Einstellung der Unterstützung von Hizbullah und Hamas, den Rückzug aus dem Libanon, den Verzicht auf Raketen selbst kurzer Reichweite und den Verzicht auf angebliche Programme für biologische und chemische Waffen und

entsprechende Kontrollen. Auch Saudi Arabien werde von Washington zunehmend unter Druck gesetzt. Gegen den Iran strebe Washington UN-Sanktionen an. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass Washington die Umgestaltung der Region schon eingeleitet habe, ohne dass der Irak bereits „stabilisiert“ sei – auf der anderen Seite verhindere der irakische Widerstand derzeit die Eröffnung neuer Kriegsschauplätze.

Die Rolle Deutschlands

Claus Schreer hob hervor, dass für Deutschland die entscheidende „Zäsur“ (Schröder) die führende deutsche Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien gewesen sei. Damit habe sich Deutschland von einer Politik verabschiedet, die bis dahin auf einem weitgehend akzeptierten Konsens beruhte: „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“. Die im Irak-Krieg von der Bundesregierung behauptete Kriegsgegnerschaft war keine Rückkehr zu einer weniger militaristischen Außenpolitik. Die Friedensbewegung sollte sich keinen Illusionen über ihren Einfluss auf die Bundesregierung hingeben. Entscheidend war, dass eine Kontrolle der USA über den Irak nicht im „deutschen“ Interesse lag, und dass die USA ihren europäischen „Verbündeten“ keinerlei wirkliche Mitsprache einzuräumen bereit waren. Dessen ungeachtet, unterwarfen sich jedoch die führenden Politiker und Medien in Deutschland den Plänen der USA und machten Deutschland zur logistischen Drehscheibe sowohl der US-Invasion im Irak wie der anschließenden Besatzungspolitik. Die Bundeswehreinheiten auf dem Balkan und – im „Krieg gegen den Terrorismus“ – in Afghanistan sowie in Kuwait und am Horn von Afrika, die durchaus eigene militaristische Interessen verfolgten, wirkten für das Vorgehen der USA entlastend und unterstützend, nicht zuletzt an der Propagandafront. Für den Aufbau irakischer Sicherheitshilfskräfte der Besatzung wurde deutsche Hilfe angeboten. Die Bundesregierung enthielt sich nicht nur jeder grund-

sätzlichen Verurteilung des völkerrechtswidrigen Vorgehens der USA. Mit der deutschen Zustimmung zur Sicherheitsratsresolution 1546 billigte sie auch im Nachhinein den Angriffskrieg und legitimierte die Gräueltaten der Besatzung. So ist Deutschland zum Komplizen der Verbrechen am irakischen Volk gemacht worden.

Die Teilnehmer des Treffens beschlossen als nächste Aktivitäten:

- Beteiligung am Internationalen Aktionstag am 25. September 2004 aus Anlass des 4. Jahrestags der Intifada. Mobilisierung für die Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen gegen „Krieg und Besatzung“ in sechs größeren deutschen Städten (Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, München und Stuttgart), zu denen der Koordinationskreis „Stoppt die Mauer in Palästina“ und weitere Organisationen sowie die entsprechenden regionalen Koordinationsgremien aufrufen werden.
- Unterstützung der Bewegung für ein internationales Tribunal über den Irak-Krieg, Beteiligung am nächsten deutschen Hearing
- Planung einer Irak-Konferenz für Ende des Jahres / Anfang nächsten Jahres

Wer sich am *Deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak* beteiligen möchte, wird gebeten, den Aufruf „Free Iraq – Für ein Solidaritätsbündnis zur Verteidigung der nationalen Selbstbestimmung des Irak!“ (siehe www.freeiraq.de) per E-Mail an: info@freeiraq.de zu unterschreiben.

Das Protokoll des Gründungstreffens wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

Gegen die Besatzung von Palästina und Irak

Zum Internationalen Aktionstag am 25. September

Interview mit Thomas Zmrzly, Initiativ e. V., Duisburg

Gemeinsam mit diversen internationalistischen Gruppen rufen Sie für den 25. September, dem vierten Jahrestag der palästinensischen Intifada, zu einem Aktionstag in Köln auf. Was genau ist geplant?

Wir werden gemeinsam mit Palästinenserinnen und Palästinensern gegen die israelische und US-amerikanische Besatzungspolitik auf die Straße gehen. Die Demonstration wird am „Amerikahaus“ vorbeiführen, welches die Kölner Vertretung des US-Generalkonsulats in Nordrhein-Westfalen ist. Hierbei ist es uns wichtig, den Zusammenhang zwischen israelischer Unterdrückungspolitik und US-amerikanischer Aggression zu thematisieren: Israel intensiviert im Windschatten des US-Kriegs „gegen den Terror“ die Vertreibungspolitik gegen die palästinensische Bevölkerung. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass der bundesweite Rahmenaufruf für den 25. September auch auf den Irak und die Neuordnungspläne der USA eingeht.

Im Kölner Aufruf stellen Sie die Besatzung in Palästina mit der des Iraks auf eine Stufe. Ist das nicht etwas an den Haaren herbeigezogen?

Alles andere als das. Die von den USA im Irak eingesetzten Taktiken zur kollektiven Bestrafung wie Häuserzerstörungen und Inhaftierung und Folter von Verwandten und Be-

kannten sind auch die Mittel der israelischen Politik in Palästina. Bei der Befragung irakischer Gefangener wird das US-Militär von israelischen Geheimdienstexperten „beraten“. US-Beamte und -Militärs dürfen in israelischen Panzern an Razzien teilnehmen, um die israelische Aufstandsbekämpfung zu studieren. Soweit zur methodischen Ebene. Noch viel entscheidender ist jedoch folgender Punkt: Die USA und Israel haben kongruente Interessen im Nahen und Mittleren Osten – außerhalb der USA hat kein anderes Land so sehr zum Irak-Krieg gedrängt wie Israel. Über tausend US-amerikanische Soldaten wurden in Israel bei gemeinsamen Manövern ausgebildet. Auch ist es alles andere als ein Zufall, dass die Ausübung politischen und militärischen Drucks auf Länder wie den Libanon, Syrien und den Iran weitestgehend koordiniert stattfindet.

Dass es bisher zu keiner Eröffnung neuer Kriegsschauplätze gekommen ist, ist auf die massiven Schwierigkeiten zurückzuführen, mit denen die USA im Irak konfrontiert sind: Das irakische Volk, das sich der Besatzung widersetzt, hält derzeit die größte Militärmaschinerie der Welt auf und bremst damit weitere gemeinsame Kriegsabsichten der USA und Israels.

Es ist völlig absurd, den inneren

Zusammenhang zwischen US-amerikanischer und israelischer Kriegs- und Besatzungspolitik zu leugnen.

Sie fordern von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union „Sanktionen gegen die israelische Apartheidpolitik“. Ist das angesichts der deutschen Geschichte nicht problematisch?

Warum sollte die deutsche Geschichte verbieten, ein völkerrechtswidriges und rassistisches Bauwerk wie die Apartheidmauer mit ökonomischen Sanktionen zu belegen? Gerade aufgrund der militaristischen und verbrecherischen Vergangenheit Deutschlands fordern wir den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte nach Israel sowie ökonomische Maßnahmen, um von antiarabischem Rassismus geprägte Völkerrechtsbrüche an den Pranger zu stellen.

Fürchten Sie nicht die Unterstützung extrem rechter Gruppen, die sich in der jüngsten Vergangenheit des Öfteren mit Palästina solidarisiert haben?

Auf die Gefahr hin, Eulen nach Athen zu tragen: Der 25.9. ist eine internationalistische Manifestation, damit a priori eine Manifestation gegen Imperialisten, Rassisten und Faschisten.

*Das Interview führte
Markus Bernhart.*

Kopftuchverbote in der Türkei und Europa: Cui bono?

Interview mit Hülya Şekerci, Özgür Der

Seit dem siegreichen Kampf der Hizbullah gegen die israelische Besatzung im Süd-Libanon und dem Beginn der al-Aqsa-Intifada 2001 zeigt sich, dass ein Großteil des Kampfes um nationale Selbstbestimmung und gegen die israelische Besatzung unter der Fahne des Islam geführt wird. Vor allem ist dies ein Ausdruck der Veränderungen seit 1989 und des „Weltkriegs“ der USA gegen die Länder der Dritten Welt, mit dem die führende imperialistische Nation die Welt ihren ökonomischen Interessen unterzuordnen versucht. Dabei ist der politische Islam für große Teile der Menschen im Mittleren Osten ein Mittel ihrem Widerstand einen Ausdruck zu geben. Der Islam ist hierbei ein Versuch sich der imperialistische Assimilierung zu widersetzen und eine eigene Alternative gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung zu formulieren. Doch der politische Islam ist kein Phänomen, das sich alleine auf eine „Re-Islamisierung“ stützt, sondern tritt vermehrt als eine Bewegung in Erscheinung, die mit eigenen politischen Programmen auftritt. Während vor 1989 der Islam vor allem eine Bewegung der traditionellen feudalen Klassen im Mittleren Osten war, ist dieser heute zum großen Teil eine Bewegung, die sich auf die eigentlichen Prinzipien des Islam, wie Gerechtigkeit und Menschlichkeit, bezieht und diese traditionellen Strukturen angreift. War das Kopftuch in der Vergangenheit eher ein Zeichen der Unterdrückung der Frau in den zum großen Teil noch feudalistischen Familienstrukturen, ist es heute ein Symbol der sich befreienden Frau gegen die westlichen Assimilierungsversuche.

In der aktuellen Auseinandersetzung mit diesen Bewegungen fin-

den sich viele der einstmals unorthodoxen Linken auf der Seite der westlichen Hetze gegen „den Islam“ wieder. In der allgemeinen „Babarisierung“ des neuen Hauptfeindes der amerikanischen Demokratie des Geldes und der Konzerne, geht ein großer Teil der Linken in Europa mit einem säkularen Fetischismus aus den letzten Jahrhunderten hausieren, der letztendlich in das gleiche Horn bläst wie die US-amerikanischen Kreuzritter. Dabei werden die Unterschiede der einzelnen Bewegungen negiert und die Bewegungen ohne ihren sozialen und politischen Inhalt betrachtet. Vor dem Hintergrund des breiten Widerstandes im Mittleren Osten gegen die amerikanische und israelische Besatzung und der Zerschlagung der sozialen und demokratischen Rechte in Europa ist eine neue Annäherung der fortschrittlichen Linken in Bezug auf diese neuen Bewegungen nötig. Hierbei geht weniger darum als Linke mit dem erhobenen Zeigefinger aufzutreten, sondern in eine solidarische Auseinandersetzung zu treten. Ziel dabei ist es die Grundlagen für eine breite antiimperialistische Front zu schaffen. Das folgende Interview mit der Vorsitzenden von Özgür Der, Hülya Şekerci, ist im Zusammenhang unserer Zusammenarbeit mit der islamischen Organisation HDR (Organisation for Human Dignity and Rights) während unserer Aktivitäten gegen den imperialistischen Krieg gegen Afghanistan und gegen den Irak entstanden.

Wie kam es zur Gründung von Özgür Der?

Die Gründung erfolgte 1999, in der „Periode des 28. Februar“. Diese Phase war gekennzeichnet durch großangelegte gesetzliche und militärische Repressionen gegen Muslime. Frau-

en mit Kopftuch demonstrierten für ihr Recht auf ein Universitätsstudium. Die türkische Polizei setzte Knüppel gegen die Demonstrierenden ein und verhängte Arreststrafen. Im weiteren Verlauf wurde das Kopftuchverbot sogar noch ausgeweitet, z. B. auf Beamtinnen. In dieser Phase gründeten wir Özgür Der. Wir koordinieren Aktionen gegen das Kopftuchverbot und kämpfen für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Ein weiteres Thema ist das türkische Gefängnisssystem, insbesondere die Isolationshaft in den F-Typ-Gefängnissen.

Welche Bedeutung hat für Sie das Kopftuch?

Das Kopftuch ist Teil unserer Identität – keiner geschlechtlichen, sondern einer menschlichen Identität. Koran und Freiheit gehören für uns zusammen. Es stimmt nicht, dass das Kopftuch die Frau unterdrückt. Das Gegenteil ist der Fall: Frauen werden gezwungen, das Kopftuch abzunehmen. Frau kann in der Türkei weder an Grundschulen noch an Mittelschulen noch an Universitäten mit Kopftuch studieren oder lehren.

Wie bewerten Sie die Kopftuch-Debatte in den europäischen Ländern?

Die durch den 11. September ausgelösten „Präventivmaßnahmen“ üben starken Druck auf Muslime in der ganzen Welt aus. In Frankreich ist das Kopftuch bereits verboten, in Deutschland schon in einigen Bundesländern. Ich denke, dass der Westen die Situation in der Türkei ausnutzt, um zu argumentieren, dass das Kopftuch selbst in einem Land verboten ist, in dem ein so hoher Anteil an Muslimen lebt. Auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes führt diese Argumente an. Wir erleben einen globalisierten Angriff auf

Österreichisch-Arabisches Kulturzentrum in Wien

Am 18. September 2004 eröffnete in Wien das Österreichisch-Arabisches Kulturzentrum. Die darin zusammengeschlossenen Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt gemeinsam gegen die imperialistische Globalisierung und für die Vertiefung der Solidaritäts-, der Zusammen- und der Bündnisarbeit mit den unterdrückten Völkern, den nationalen Befreiungsbewegungen und mit allen friedens- und gerechtigkeitliebenden Kräften zu arbeiten.

Es soll Platz bieten zur Verwirklichung von Ideen und Initiativen, die im Zeichen des gemeinsamen Kampfs um Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit stehen – Initiativen, die sich gegen Unterdrückung in jeder Form, gegen Krieg und Besatzung richten, die das neokoloniale Projekt des amerikanischen Imperiums in Frage stellen und für sich den Anspruch einer eigenen kulturellen Identität erheben, der konkret Ausdruck gegeben werden soll.

Den Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit bildet die Solidarität mit

und der Kampf um nationale Selbstbestimmung und Befreiung der arabischen Völker. Denn insbesondere Irak und Palästina sind heute offene Wunden der Neuen Weltordnung unter US-amerikanischer Führung. Verliert die amerikanische Besatzungsmacht im Irak, so stellt das die Zukunft des US-amerikanischen Versuchs ein globales Imperium zu errichten grundlegend in Frage. Der Widerstand des irakischen Volkes wird, wie auch jener des palästinensischen, zum Symbol eines gerechten Freiheitskampfes, nicht nur für die arabischen Massen, sondern weltweit.

Der Kampf der unterdrückten Völker – in Palästina, im Irak, in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt – kann nicht unabhängig vom wachsenden Unmut der Marginalisierten und Entrechteten in den imperialistischen Zentren gesehen werden.

Die Etablierung des neoliberalen Systems und der Krieg gegen den Terror stellen auch die sozialen Rechte und die Freiheitsrechte der Men-

schen in Frage, die im imperialistischen Zentrum, in den USA und in Europa, leben.

Immer weniger Menschen haben einen gesicherten Anspruch auf Sozialeleistungen, immer mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit oder der Gefangenschaft in prekären Dienstverhältnissen bedroht, während Milliarden in Kriege und den „Kampf gegen den Terrorismus“ investiert werden.

Der Kampf gegen den Terrorismus wiederum wird zum Vorwand die demokratischen Grundrechte eben jener Menschen einzuschränken und ebnet rassistischen, chauvinistischen und militaristischen Tendenzen den Weg.

Deshalb ist der Kampf um soziale und demokratische Rechte im Westen eng verbunden mit den Kämpfen in anderen Teilen der Welt. Dem soll mit dem Projekt des gemeinsamen Kulturzentrums Rechnung getragen werden.

Vorstadtzentrum XV

die islamische Identität. Anschläge gegen Synagogen in Istanbul sind übrigens ein guter Nährboden für diesen Antislamismus.

Sie erwähnten die F-Typ-Gefängnisse. Gibt es eine Zusammenarbeit mit der Linken?

Uns eint der Widerstand gegen den Imperialismus. Konservative Schichten hatten uns aufgefordert, nicht mit den linken „Staatsfeinden“ zu kooperieren. Von diesen konservativen und rechten Schichten haben wir uns distanziert. Die Linke war anfangs darüber verblüfft, dass wir gemeinsam mit ihr auf der Straße Slogans gegen die AKP riefen. Mittlerweile gibt es Kontakte zu mehreren linken Zeitungen und Organisationen. Es gibt Beispiele einer guten Zusammenarbeit, z. B. anlässlich des

Intifada-Jahrestages.

Wie bewerten Sie die derzeitige Situation im Nahen und Mittleren Osten? Welche Rolle spielt die Türkei?

Der US-Krieg gegen Afghanistan und die Besetzung des Irak kritisieren wir auf das Schärfste, insbesondere die Rolle der Muslime in der irakischen Marionettenregierung. Solange sich noch ein amerikanischer Soldat im Irak befindet, kann nicht von einer souveränen Regierung gesprochen werden. Die Gegenwehr der Irakerinnen und Iraker ist legitimer Widerstand und kein Terror. Zur Rolle der Türkei: Die USA wollen den Nahen Osten in ihrem Interesse neu ordnen und die Türkei ist hierfür einer ihrer wichtigsten Bündnispartner. Dass in der Türkei der Laizismus als Waffe gegen die islamische Prägung des

Landes eingesetzt wird, dient imperialistischen Interessen: Das Potential des Islam, sich als Alternative zur globalen Unterdrückung anzubieten, soll erstickt werden.

Wie ist ihr Verhältnis zur Antiglobalisierungsbewegung?

Die Unterdrückung globalisiert sich und somit muss sich auch der Widerstand globalisieren. Wir beteiligen uns am Weltsozialforum und betrachten den Dialog mit GlobalisierungsgegnerInnen als extrem wichtig.

Hülya Şekerci ist Vorsitzende von Özgür Der (Verein für freie Meinungs- und Bildungsrechte, Türkei).

Das Interview führte Dimitri Tsalos, Aktivist bei Initiativ e. V. Duisburg, im Juli 2004. In Duisburg besteht eine rege Zusammenarbeit zwischen Özgür Der und Initiativ e. V.

„Gemeinsamer Kampf gegen die israelische Politik der ethnischen Säuberungen“

Shraga Elam ist ein aus Israel stammender Journalist, der heute in der Schweiz lebt. Er gilt als unmissverständlicher Kritiker der israelischen Unterdrückungspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und Gegner des zionistischen Konzeptes eines jüdischen Staates. Statt dessen propagiert er den gemeinsamen Kampf von jüdischer und arabischer Bevölkerung für eine demokratische Lösung des Nahost-Konfliktes.

Sie sind als scharfer Kritiker der israelischen Besatzungspolitik bekannt und sprechen sich auch gegen die so genannte Zwei-Staaten-Lösung aus.

Shraga Elam: Die Zwei-Staaten-Lösung ist keine. Das Scheitern der Osloer Abkommen war kein Zufall. Israel als zionistischer Staat kann keinen vollwertigen palästinensischen Staat neben sich akzeptieren. Auch die Genfer Initiative (GI) hat in dieser Hinsicht nichts zu bieten. Sie wiederholt im Grunde die gleichen Prinzipien der Abkommen von Oslo.

Das Hauptproblem der GI und des Oslo-Prozesses ist, dass aus israelischer Sicht eine Art postkoloniales Modell angestrebt wird. Das bedeutet, dass die Unterdrückung der PalästinenserInnen ausgelagert werden sollte, dass eine Art „outsourcing“ betrieben wird. Palästinensische Polizeieinheiten sollen selbst die Rolle der Unterdrücker übernehmen. Das ist effizienter und außerdem kostengünstiger. Dazu gibt es in Israel zur Zeit eine heftige Diskussion. Der Inlandsgeheimdienst Shin Bet und Teile der Wirtschaft befürworteten noch vor einigen Jahren diese „saubere“ Lösung, die auch schon Rabin propagiert hat. Das Militär hingegen sagt, die Palästinenser seien gar nicht in der Lage diese Rolle zu übernehmen. Die Shin Bet vertritt heute ebenfalls die Linie des Militärs.

Die heutige herrschende Clique in Israel setzt hingegen eindeutig auf die Politik der ethnischen Säuberung. Diese drohende Gefahr abzuwenden, ist unsere zentrale Aufgabe, und zwar

gemeinsam, jüdische und arabische Menschen. In dieser gemeinsamen Form der Praxis zeigt sich dann auch, dass der gemeinsame Kampf möglich und notwendig ist, dass er keine Abstraktion ist. Dieser Prozess hat auch begonnen, die ersten Ansätze dazu gibt es schon.

Sie sprechen vom gemeinsamen Kampf von Palästinensern und Juden gegen das zionistische Projekt. Von Europa aus betrachtet, hat man meist den Eindruck, dass der zionistische Konsens unter der israelischen Bevölkerung fast lückenlos ist und auch die Linke und das so genannte Friedenslager weitgehend mit einschließt.

Ich sprach nicht von einer antizionistischen Massenbewegung, die gibt es natürlich leider in dieser Form nicht. Dennoch wird antizionistisches Gedankengut zunehmend salonfähig in Israel. Es gibt in dieser Hinsicht beträchtliche Veränderungen im Vergleich zu den 70er Jahren. Dieses Gedankengut ist natürlich nicht einheitlich, aber ein Charakteristikum ist, dass es den Gedanken der Aufhebung von Israel als exklusiv jüdischem Staat beinhaltet. Anfang dieses Jahrzehnts wurde sogar auch in den öffentlichen Medien die Frage diskutiert, ob Israels Charakter als Judenstaat mit seinen Ansprüchen, ein demokratischer Staat zu sein, vereinbar sei.

Auch die Tatsache, dass die Besetzung der palästinensischen Gebiete nicht erst 1967, sondern bereits 1948 begonnen hat, ist heute viel

sichtbarer geworden und ist darum auch mehr Thema als früher. Selbst über das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge wird heute offener diskutiert. Dennoch bleibt zu sagen, dass viele Menschen in Israel keine konkreten Vorstellungen haben, was dieses antizionistische Gedankengut in der Praxis bedeuten kann.

Für mich persönlich hat es bedeutet, dass ich aus Israel weggegangen bin, obwohl ich dort geboren wurde und an zwei Kriegen teilgenommen habe. Ich glaube, dass viele Israelis, vor allem junge Leute, der Möglichkeit ins Ausland zu emigrieren positiv gegenüberstehen. Ein Beispiel dafür ist Deutschland, wo es in den letzten Jahren zu einem rapiden Ansteigen der jüdischen Bevölkerung gekommen ist. Das missfällt der israelischen Führung und die Jewish Agency hat sogar von der deutschen Regierung gefordert, die Einreisebestimmungen zu verschärfen um den Zuzug zu stoppen. Eine ähnliche Anekdote gibt es auch aus Australien, das traditionell gute Beziehungen zu Israel unterhält. Als der australische Außenminister Alexander Downer Israelis zwischen 18 und 30 zur Immigration nach Australien einlud, fand seine Aussage bei der israelischen Regierung gar keine Wertschätzung.

Es hat in der Geschichte Israels immer wieder Auswanderungswellen gegeben. Die Auswanderer sind von der israelischen Gesellschaft allesamt als Verräter betrachtet worden, was heute nicht mehr durchgängig so ist. Die Emigranten, vor allem die, die in den 70er Jahren mehrheitlich in die USA gingen, waren sehr stark prozionistisch und haben gar nicht bemerkt, dass sie durch ihre Auswanderung in der Praxis ihre Ideologie in Frage gestellt haben.

Inzwischen sind viele zionistische

Dogmen unterhöhlt. Beispielsweise leistet ein Viertel der Wehrpflichtigen keinen Militärdienst. Das ist meist kein politischer Akt, sondern einfach Unwillen, sich der Wehrpflicht zu unterwerfen. Mit Ausreden, Krankheitszeugnissen usw. wird versucht, diese Pflicht zu umgehen. Ein Ergebnis dessen ist auch, dass es in Israel inzwischen eine Diskussion darüber gibt, ob das Milizsystem zugunsten einer Profi-Armee aufgelöst werden soll. Jüngste Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bei der Einberufung von Reservisten erscheinen durchschnittlich nur ein Siebentel aller Verpflichteten.

Diese Art des In-Frage-Stellens des zionistischen Systems hat aber keine Entsprechung auf der politischen Ebene. Die Leute wollen nicht mehr mitmachen, aber bei den Wahlen stimmen sie trotzdem für Sharon. Dennoch glaube ich, dass man an diesem Widerspruch ansetzen kann, an diesem Wunsch der Leute, normal leben zu können.

Sie sprechen öfter davon, dass Sie jede Form von Nationalismus ablehnen, sowohl den israelischen als auch den palästinensischen. Können Sie das näher erklären?

Ich halte das Konzept der Nation oder des Volkes für eine Fiktion. Die einzige haltbare Definition von Nation ist eine Gruppe von Menschen, die sich selbst als Nation betrachten. Das ist eine Tautologie (circular definition). Nation ist für mich ein Beispiel für einen Entfremdungsprozess, ähnlich der von Marx für den Arbeitsprozess beschriebenen Entfremdung. Nationalistische Bewegungen sind für mich wie eine Art Ersatzreligion.

Die nationalistische Bewegung der Juden richtet sich nicht nur gegen die Palästinenser und ihre Rechte, sondern ist auch für die Juden selbst schädlich. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Jewish Agency während des deutschen Faschismus. Sie führte im Wesentlichen nur Rettungsaktionen durch, wenn diese im Sinne ihres nationalistischen Projektes waren. Sonst sabotierte sie

große Rettungsmöglichkeiten oder kollaborierte sogar mit den Nazis.

Die palästinensische nationale Führung hat einen wichtigen Aspekt mit den Zionisten gemeinsam, wenn letztere auch weitaus effizienter sind: Sie verraten beide die Interessen des „Volkes“ (ein Begriff, den ich für gewöhnlich unter Anführungszeichen setze). Ich sehe hier ein grundsätzliches Problem des Nationalismus. Nicht die Interessen des Menschen stehen im Zentrum, sondern die eines abstrakten Wesens, der Nation bzw. einer bestimmten Clique. Der antikoloniale „nationale“ Kampf zum Beispiel reicht einfach nicht aus, um die Menschen von Unterdrückung zu befreien.

Der Widerstand des palästinensischen Volkes hat historisch die Form eines nationalen Befreiungskampfes angenommen. Das ist eine Realität. Kann man diesem Kampf die Unterstützung verweigern, weil er eben diese Formen angenommen hat?

Sehen wir uns die Erfahrungen mit nationalen Befreiungskämpfen im Trikont an. Es gibt meines Wissens keinen Fall, in dem diese Kämpfe auch tatsächlich zur Befreiung des „Volkes“ geführt haben. Ich unterscheide hier zwei Hauptmodelle, Algerien, wo der „nationale“ Kampf (mit dem Ziel: „Kolonialisten weg!“) letztendlich nicht in die Befreiung des „Volkes“ gemündet ist, und Südafrika. In Südafrika hat der Befreiungskampf eine andere anticolonialistische Form angenommen, fortschrittliche Teile aller Bevölkerungsschichten haben den Apartheidstaat zu Fall gebracht. Es gibt in Südafrika auch keinen schwarzen Nationalismus in diesem Sinn. Ich halte das südafrikanische Modell für besser.

Die Frage für mich als Linken stellt sich einfach, ob man blind den existierenden Kräften folgen soll, weil sie den Kampf der Bevölkerung anführen, oder ob man eine kritische Form der Solidarität anwenden soll. Ähnlich gelagert ist für mich die Tatsache, dass der palästinensische Kampf immer mehr im Zeichen des

Islam geführt wird. Natürlich ist es eine Tatsache, dass es die islamischen Kräfte sind, die heute den Kampf anführen, nicht die Linken, und ich finde es auch wichtig und positiv, dass sie den Kampf nicht aufgeben. Aber ihren Zielen kann ich nicht folgen.

Ich glaube, dass unsere Aufgabe die einer kritische Solidarität ist. Das bedeutet auch, die Kritik vieler Palästinenser an ihrer eigenen Führung zu unterstützen. Wenn beide Seiten, Juden und Palästinenser, auf ihre nationalistische Konzeption bestehen, ist die Katastrophe vorprogrammiert.

Ihre Auffassung von Nationalismus zeigt Ähnlichkeiten mit jener der Antideutschen.

Ich kenne diese Strömung, kann ihre Positionen aber nicht teilen. Ich kann zwar nachvollziehen, dass man den Nationalsozialismus und als Konsequenz daraus den deutschen Nationalismus ablehnt, aber das augenscheinliche Grundprinzip der Antideutschen „Wir sind für immer Täter, die Juden für immer Opfer“ ist einfach nur falsch. Das ist Rassismus. Während die Antideutschen Nationalismus im Allgemeinen ablehnen, akzeptieren sie ausgerechnet eine der schlimmsten heute existierenden nationalen Bewegungen und/oder Ideologien, nämlich den Zionismus.

Mein Konzept für die Lösung des Konfliktes in Palästina ist eher der südafrikanische Weg. Damit meine ich nicht, dass dieser ein politisch-theoretisches Modell im Sinne einer linken Utopie darstellen würde, die es anzustreben gilt. Ich sehe darin vielmehr auf pragmatischer Ebene einen konkret gangbaren Weg, der für die Palästinenser auf jeden Fall einen Fortschritt gegenüber ihrer aktuellen Situation wäre.

Entscheidend ist heute jedoch nicht die theoretische oder ideologische Auseinandersetzung, beispielsweise die Frage des Nationalismus, sondern die Praxis, und zwar die konkrete Frage, wie die ethnische Säuberung gestoppt werden kann.

Sie sprechen oft von einer israelischen Eskalationspolitik.

Ja. Wir sehen in Palästina Tag täglich, nicht nur dass diese Säuberungen existieren, sondern auch, dass sie von Tag zu Tag schlimmer werden. Das ist eine Art der gezielten Eskalationspolitik. Die entscheidende Frage heute ist auch nicht die Mauer, die Mauer ist nur ein Symptom. Wir haben es mit einer stillen Volksvertreibung zu tun, einer Volksvertreibung, über die es zu wenig Wissen und Bewusstsein gibt. Es werden auch keine Studien gemacht und es gibt nur sehr wenig zuverlässiges Datenmaterial darüber. So können wir nur annehmen, dass etwa die Zahl jener Palästinenser, die seit Beginn der zweiten Intifada durch Fehlernährung oder verseuchtes Wasser gestorben sind, ungleich höher ist, als man ahnt. Es scheint auch, dass seit Anfang der Intifada im Jahr 2000 über eine halbe Million Palästinenser ihre Häuser verlassen haben.

Die Frage ist, wie man diese Katastrophe stoppen kann. Die israeli-

sche herrschende Clique versteht es, gezielt Ängste zu schüren und damit zu verhindern, dass sich immer mehr Israelis weigern könnten, bei der Unterdrückungsmaschinerie mitzumachen und diese sogar sabotieren. Es gibt in Israel eine „Todeskultur“, die Bestandteil der israelischen Propaganda ist. Das ist gezielte Manipulation. Beispielsweise sterben bei Verkehrsunfällen zwischen 500 und 600 Israelis pro Jahr, was eine viel höhere Opferzahl ist, als jene, die bei Terroranschlägen ums Leben kommen. Die israelischen Medien behandeln jedoch qualitativ und quantitativ die beiden Kategorien der Todesfälle sehr anders. Wenn die gleiche Berichterstattungsart in beiden Fällen verwendet worden wäre, so zählte das Auto zu den meist gehassten und gefürchteten Dingen und wäre kein Objekt der Begierde. Diese Propagandamaschinerie muss man der israelischen Bevölkerung bewusst machen und ihr etwas entgegensetzen. Dazu ist

die Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern eine wichtige Voraussetzung.

Man muss auch sehen, dass es für die israelische Bevölkerung viel leichter ist aktiv zu werden, als für die palästinensische. Die Palästinenser werden von der israelischen Armee praktisch in Geiselhaft gehalten. Nach jedem erfolgreichen Attentat steigert sich die Reaktion der israelischen Armee. Das kann hin bis zu einer zweiten Naqba, also einer neuen Massenvertreibung gehen. Die israelische Linke ist daher aufgefordert, sich mit aller Kraft gegen diese Politik der ethnischen Säuberungen einzusetzen. Ihre Verantwortung ist besonders groß, denn sie ist nicht durch einen solchen Gewaltmechanismus eingeschränkt, wie die palästinensische Bevölkerung.

Vielen Dank für das Gespräch.

xxx AutorIn



Demonstration gegen den Theodor Herzl-Platz in Wien

Am 26. Juni 2004 fand in Wien eine Demonstration gegen die Umbenennung eines Platzes an der Wiener Ringstraße in „Theodor-Herzl-Platz“ statt. Sie wurde von der Palästinensischen Gemeinde Österreichs, der Arabisch-Österreichischen Union, der Antizionistischen Orthodoxen Jüdischen Gemeinde und Neturei Karta organisiert. Rund siebzig Menschen zogen von der Ringstraße zum Ballhausplatz. Die Benennung

eines Platzes nach dem Begründer des Zionismus sei angesichts der täglichen Gewalt, die durch den zionistischen Staat Israel in Palästina verübt wird, ein falsches Zeichen. Erstmals in Wien kam es zu einer Gegenkundgebung von Zionisten, welche auf der anderen Seite der Ringstraße mit israelischer Fahne ihre Solidarität mit der Vertreibung und Ermordung der Palästinenser durch die israelischen Besatzer zum Ausdruck brachten.

Für ein Freies Demokratisches Palästina

Beitrag von Abna' al-Balad zum Antiimperialistischen Lager 2004

In ihrer mehr als ein Jahrhundert andauernden Kampagne zur Ausrottung des palästinensischen Volkes haben die Zionisten unzählige Kriegsverbrechen begangen. In einer Welt, die vom US-Imperialismus, der allen zionistischen Verbrechen vollste Unterstützung gibt, beherrscht wird, gibt es keinen Platz für die Palästinenser. Das Einzige, was sie tun können, ist sich der mächtigen israelischen Kriegsmaschinerie mit bloßen Händen entgegen zu stellen. Der Volksaufstand, die Intifada, für den die palästinensischen Massen mit ihrem Leben, Leiden und der Zerstörung ihres Landes bezahlen müssen, hat das rassistische Regime mit seinen Plänen, die Besatzung zu stabilisieren und fortzusetzen, in eine Krise gestürzt. Es ist höchste Zeit, den endlosen Kriegen und der Zerstörung, die vom Zionismus ausgehen, eine positive Alternative entgegenzustellen, den Weg in ein freies, demokratisches Palästina aufzuzeigen.

Der zionistische Rassismus hat verschiedene Aspekte:

Ethnische Säuberungen

Seit Beginn des zionistischen Kolonialismus in Palästina ist die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung Palästinas sein Hauptziel, damit der jüdische Staat verwirklicht werden kann. Unterstützt von den imperialistischen Mächten, machten die Zionisten 1948 einen großen Schritt vorwärts bei der Verwirklichung ihrer Bestrebungen – die Mehrheit der Palästinenser wurde vertrieben, mehr als fünf hundert Städte und Dörfer wurden zerstört – ein Ereignis, das als die palästinensische Naqba in die Geschichte einging. In über 80% Palästinas wurde ein rassistisches, anti-arabisches Regime installiert. 1967 setzte Israel seinen aggressiven Plan vollständig durch, indem es seine Herrschaft auf ganz Palästina ausdehnte, viele weitere Dörfer zerstörte

und wiederum Hunderttausende Palästinenser vertrieb. 1967 besetzte Israel auch die syrischen Golan-Höhen und vertrieb an die zweihunderttausend Menschen, die dort lebten.

Die ethnische Säuberung wurde jedoch nicht nur durch Kriege und Besatzung betrieben. Seit seiner Gründung im Jahre 1948 hat Israel systematisch daran gearbeitet die jüdischen Araber, die die Naqba überlebten, zu enteignen. Ihr Land wird heute wie damals konfisziert, ihre Häuser werden zerstört um immer mehr jüdische Siedlungen zu errichten, oder es wird ihnen das Leben so unerträglich gemacht, dass sie gezwungen sind das Land zu verlassen. Sogar zu der Zeit, als Israel mit den Palästinensern Friedensgespräche führte, setzte es seine aggressive Politik der Enteignung und der gleichzeitigen Errichtung von jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet in den 1967 besetzten Gebieten, im Gazastreifen und im Westjordanland, ungebrochen fort. Die ununterbrochene ethnische Säuberung erreicht jetzt mit dem Bau der Apartheidmauer einen neuen Höhepunkt. Sie zieht sich hunderte Kilometer weit durchs Westjordanland, sperrt die Palästinenser in isolierte Enklaven ein, und macht es Hunderttausenden unmöglich ihre Arbeit, ihr Land, Spitäler, Schulen, Teile der Familie und was immer zum täglichen Leben notwendig ist, zu erreichen.

Apartheid und Besatzung

Im Rahmen der militärischen Okkupation des Westjordanlandes und des Gazastreifens betreibt Israel die schlimmsten Formen von rassistischer Apartheid. Unter dem Vorwand, dass es sich nicht um besetzte sondern um „umstrittene“ Gebiete handelt, verweigern die Besatzer einschließlich ihrer zionistischen Gerichte den Bewohnern der besetzten Gebiete die minimalsten Rechte, die

ihnen gemäß internationaler Rechtsprechung zustehen. Während die Palästinenser der beinhalten Realität einer Militärregierung unterworfen sind, genießen die jüdischen Siedler in denselben Gebieten die israelischen Bürgerrechte und können sich ohne gesetzliche Einschränkungen mehr und mehr arabisches Land aneignen.

Rassismus als zentrales Element des Regimes

Der rassistische Charakter des zionistischen Gebildes ist integraler Bestandteil der Definition Israels als jüdischer Staat für das „jüdische Volk“ auf der ganzen Welt. Konsequenterweise wird die arabische Bevölkerung, auch die, die innerhalb der 1948 besetzten Gebiete formell die israelische Staatsbürgerschaft erhielt, als „demographische Bedrohung“ und als innerer Feind behandelt. Für das israelische Gesetz hat die Definition des Judentums klar Vorrang vor jeglicher Vorspiegelung von Demokratie, da es Parteien, die diese rassistische Haltung in Frage stellen, von den Wahlen zur zionistischen Knesset ausschließt.

Der Rassismus ist jedoch nicht nur auf die permanenten Versuche arabisches Land zu konfiszieren beschränkt. Er ist immanenter Bestandteil des Staates, vom Innenministerium über die Polizei bis zu den Gesundheits- und Unterrichtsministerien sowie den Verantwortlichen für die ökonomische Entwicklung. Lokale und ausländische Firmen, die in Israel operieren, nehmen an der Durchsetzung rassistischer Politik teil. Die meisten Firmen stellen keine Araber ein oder bieten ihnen nur schlecht qualifizierte Arbeit an und sie versuchen arabisches Land billig zu erwerben. Dafür, dass sie an der „Judaisierung“ teilnehmen, bekommen sie Regierungssubventionen.

Israel als die Speerspitze des anti-arabischen Imperialismus

Seit es die zionistische Bewegung gibt, stützt sie sich auf Bündnisse mit den westlichen imperialistischen Mächten gegen die Befreiungsbestrebungen des palästinensischen Volkes und der Araber in den benachbarten Ländern. Seit 1948 ist Israel ein Werkzeug des US-Imperialismus, mit ihm verbunden durch „strategische Kooperationsabkommen“, die für Israel strategische Überlegenheit über jede arabische Koalition bedeuten. Das erfordert die absolute Militarisierung Israels, was Massenvernichtungswaffen ohne jegliche Kontrolle von außen beinhaltet – als permanente Bedrohung für jede anti-imperialistische Bewegung in der arabischen Welt und darüber hinaus. Weiters erfordert es permanente amerikanisch-israelische Bemühungen, jeden Versuch von Unabhängigkeit und Entwicklung in der arabischen Welt zu sabotieren, um damit Israels Überlegenheit und Amerikas ständigen Raub an den regionalen Ressourcen, insbesondere des Erdöls, zu sichern.

Diese anti-arabische Allianz hat mit der Bush-Administration einen neuen Höhepunkt erreicht. Sie und der amerikanische Kongress rechtfertigen nicht nur die ethnische Säuberung von 1948 und Israels „Recht“, den Flüchtlingen keine Rückkehr zu gestatten um den jüdischen Charakter des Staates zu bewahren, sondern sie nehmen auch die jüdischen Siedlungen im Westjordanland als Tatsache hin. Es ist auch die Allianz zwischen den Zionisten und den USA, die die Lügen über die Massenvernichtungswaffen im Irak verbreitete und den Weg für die US-Invasion und Besetzung des Irak ebnete.

Das ist Teil ihrer Strategie gegen jegliche Bestrebung arabischer Unabhängigkeit.

Die demokratische Lösung

Die Basis für eine Lösung des lang andauernden Leidens und der Zerstörungen durch den Zionismus muss die Wiederherstellung der Rechte der Opfer sein. Der wichtigste Aspekt des zionistischen Rassismus ist die ethnische Säuberung. Das Leben der Mehrheit der Palästinenser wurde zerstört und sie müssen als Flüchtlinge außerhalb ihres Landes leben. Das elementarste Recht der Flüchtlinge ist das Recht auf Rückkehr – das persönliche und das nationale Recht auf Rückkehr in ihre Häuser, in ihr Land und zu ihren Besitztümern.

Wir müssen den zionistischen Rassismus und alle Unterdrückungsmaßnahmen, die ihn aufrechterhalten, zurückweisen. Die Besetzung muss beendet werden und die rassistische Armee und Polizei müssen aufgelöst werden. Allen anti-rassistischen politischen Strömungen müssen demokratische Rechte wie Organisations- und Redefreiheit sowie die Freiheit zur politischen Betätigung eingeräumt werden. Rassistische Diskriminierung und alle diesbezüglichen Institutionen müssen verboten werden.

Nach mehr als hundert Jahren der Vertreibung und Verfolgung muss das arabische palästinensische Volk befreit werden und Unabhängigkeit und Freiheit genießen können. All dies ist nur im Rahmen eines Freien Demokratischen Palästina auf dem Territorium des gesamten historischen Palästina möglich. Ein Freies Demokratisches Palästina würde das Ende von Diskriminierung, Besetzung und Kriegen bedeuten und

würde sich darauf konzentrieren, die Flüchtlinge zu integrieren, ihnen beim Wiederaufbau ihres Lebens zu helfen und eine neue Epoche der Sicherheit und des Wohlstandes für alle einzuleiten.

Das ist auch die einzige positive Lösung für die Juden in Palästina. Die Zionisten missbrauchen die jüdischen Massen für ihre expansionistischen und aggressiven Machenschaften. Die Juden in Palästina erhalten zwar Privilegien dafür, dass sie das System unterstützen, aber der Preis ist hoch. Sie müssen in einer Situation des ständigen Konflikts und Krieges nicht nur mit den Palästinensern, sondern mit den Arabern insgesamt leben. Während der US-Imperialismus immense Profite aus der Herrschaft über den arabischen Osten einstreift, zahlen die jüdischen Massen mit ihrem Blut und ökonomischer Unsicherheit für die Abenteuer ihrer zionistischen Führung und deren militärische Dienste für den Imperialismus. Die Teilnahme am palästinensischen Kampf für nationale Befreiung, gegen den zionistischen Rassismus, ist für die Juden, die friedlich in Palästina leben wollen, die Lösung sich aus der zionistischen Todesfalle zu befreien und garantiert ihre Integration in einer zukünftigen demokratischen arabischen Welt.

Kritische Überprüfung der Vorschläge

Das israelische Regime schreckt vor nichts zurück um die Herrschaft von Rassismus und Okkupation fortzusetzen und verlässt sich auf seine militärische Überlegenheit und die imperialistische Unterstützung. Und so lässt es dem palästinensischen Volk gar keine andere Wahl als Widerstand zu leisten. Indem das Regime





das Recht auf Rückkehr ablehnt und seine Politik der Aggression fortsetzt, kann es nur endloses Leiden und Krieg bringen.

Der US-Imperialismus versucht mit dem so genannten „Friedensprozess“ von der israelischen Aggression zu profitieren. Israel besiegt die Araber und die wiederum wenden sich – bereit einen hohen Preis zu zahlen – an die amerikanischen „Vermittler“, damit sie die Israelis „in die Schranken weisen“. Es ist tatsächlich so, dass die arabischen Regime den Preis für die fortgesetzte israelische Aggression zahlen, da die USA durch ihre Unterstützung Israels die Ausbeutung der arabischen Welt und ihre Vormachtstellung ausbauen kann. Das ständige „Konfliktmanagement“ ist für den amerikanischen Imperialismus so profitabel, dass es nicht verwunderlich ist, wenn er Israel zu immer unverfrorener Aggression ermutigt.

In diesem Kontext geht es Israel und den USA im Sinne von politischem Fortschritt nur darum palästinensische und arabische Kollaborateure zu finden, die ihnen bei der Sicherung und Fortsetzung der Besetzungen behilflich sind. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen ihren ausgewählten arabischen Partnern auch nur den Anschein von Unabhängigkeit oder Würde zu verleihen. Deshalb konnten sie auch keine wirklich seriösen Kandidaten finden, die die vorgesehenen Rollen spielen wollten.

Die so genannte „israelische Linke“ mit ihrer kapitalistischen „Arbeiterpartei“ und der elitären Meretz (kürzlich umbenannt in Yachad) hat sich immer an den Besatzungsregierungen beteiligt oder sie gar geführt, wenn sie stark genug dafür war die Führungsposition zu erlangen. Diese „Linke“ betreibt die gleiche Politik der rassistischen Diskriminierung,

den Ausbau der Siedlungen und die mörderische Unterdrückung, wie es Israels rechte Rassisten offen tun. Es ist kein Zufall, dass diese „Linken“ die Ersten waren, die von „hafrada“ (Trennung) sprachen, dem hebräischen Wort für Apartheid. Vor allem lehnen sie das Rückkehrrecht der Palästinenser ab und verteidigen das „Recht“ der Israelis auf ethnische Säuberung, um in einer Gesellschaft mit Rassentrennung zu leben.

Die Gefahr eines palästinensischen Bantustans mit formeller Unabhängigkeit, aber mit der Unterdrückung der palästinensischen Massen durch palästinensische Kräfte unter fortgesetzter israelischer Herrschaft ist Bestandteil des Oslo-Vertrages und aller nachfolgenden Übereinkommen wie der „Road Map“ von Bush. Diese verlangt von den Palästinensern die bedingungslose Aufgabe des Widerstands gegen die Besatzung und Israel nützt den einseitigen Waffenstillstand der Palästinenser um seine Siedlungen auszubauen und die Palästinenser zu vertreiben.

Seit sich der palästinensische Kampf in den letzten Jahrzehnten auf die 1967 besetzten Gebiete – den Gazastreifen und das Westjordanland – konzentriert hat, gibt es einen palästinensischen nationalen Konsens für die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt in al-Quds (Jerusalem). Der bedingungslose Rückzug Israels aus diesen Gebieten wäre für die palästinensische Intifada eine große Errungenschaft und könnte es den Menschen, die unter der Besatzung leiden, ermöglichen ihr Leben wieder aufzubauen. Er löst jedoch das Problem der Millionen von Flüchtlingen nicht, von denen viele in den Flüchtlingslagern in der arabischen Welt oder in den Lagern im Westjordan-

land und im Gazastreifen leben. Er wird auch keine Lösung für die Million Palästinenser sein, die innerhalb der 1948 besetzten Gebiete der rassistischen Diskriminierung unterworfen sind. Weiters wird jede Lösung nur temporär und die Vorstufe für weitere Konflikte sein, solange Israel seinen rassistischen und aggressiven Charakter bewahrt und dem Imperialismus als anti-arabische Speerspitze dient.

Einige Befürworter eines „unabhängigen Palästina neben Israel“ geben zu, dass dieses „unabhängige Palästina“ nur auf 20% von Palästina bestehen wird und dass das kein gerechter Friede ist. Ihr Argument ist, dass diese Lösung „realistischer“ als alles andere sei, weil sie für die Israelis und die USA annehmbarer sei. Diese Logik lenkt aber vom wirklichen Problem ab, denn um eine Lösung des Konflikts zu erreichen, muss man die Vorherrschaft des Imperialismus und seiner lokalen Diener ins Visier nehmen. Bis jetzt hat jede Bereitschaft sich mit der israelischen Überlegenheit zu arrangieren, die Mächtigen Israels nur dazu ermutigt, ihr expansionistisches Programm weiter zu verfolgen.

Andere „Friedenskräfte“ versuchen in der Teilung Palästinas Gerechtigkeit zu sehen und propagieren „Zwei Staaten für zwei Völker“. Sie akzeptieren den jüdischen Charakter Israels als eine Form von „Selbstbestimmung“ für eine „israelische jüdische Nation“. Da die jüdische Mehrheit in den 1948 besetzten Gebieten das Resultat von ethnischer Säuberung ist, bedeutet diese Position die Anerkennung von vollendeten Tatsachen. Sie auch noch als Recht zu postulieren, ist nichts anderes als die Rechte der Flüchtlinge mit Füßen zu treten. Überdies ist das ein gefährlicher

Präzedenzfall, weil Israel (und andere) dadurch zur Politik der ethnischen Säuberung ermutigt werden. Das letzte Übereinkommen zwischen den USA und Israel macht die Anerkennung der Siedlungen im Westjordanland zur Voraussetzung weiterer Übereinkommen.

Die Anerkennung des rassistischen Charakters Israels als ein „Recht“ ist auch für die Palästinenser innerhalb Israels gefährlich. Die Unantastbarkeit des „jüdischen Charakters“ Israels bedeutet die Rechtfertigung für rassistische Politik gegen die palästinensischen Staatsbürger und öffnet der drohenden Politik des „Transfers“ Tür und Tor.

Es gibt noch eine Variante zwischen der Zweistaatenlösung und einem wirklich demokratischen freien Palästina. Diese sieht einen binationalen Staat vor, der viele verschiedene Interpretationen zulässt. Wenn dieser Staat auf religiösen Trennungslinien errichtet wird, wie die Verfassung, die die französischen Imperialisten dem Libanon aufzwingen, oder wie es die USA für den Irak vorsehen, dann kann das nur zu ständigen inneren Auseinandersetzungen führen. Wenn vorgesehen ist, dass die Juden in diesem Staat ihre kulturellen und für ihre Gemeinschaft spezifischen Rechte garantiert bekommen, dann ist das ohnehin integraler Bestandteil jedes demokratischen Staates. Wenn es aber bedeutet, dass die Juden an einigen ihrer unrechtmäßig erworbenen Privilegien festhalten können, wäre das in keiner Weise im Interesse irgendeines Bürgers eines demokratischen Palästina – nicht einmal im Interesse der Juden selbst, denn solche Privilegien würden ihre Integration in eine neue freie arabische Welt behindern. Jedenfalls können die Befürworter eines binationalen Staates in Diskussionen und Zusammenarbeit an der Klärung der Frage des demokratischen Charakters eines zukünftigen Palästina arbeiten, sofern sie ihren Blickwinkel erweitern und die „Festung jüdischer Staat“ in Frage stellen können.

Politisches Programm für eine Veränderung

Während seiner Geschichte der Armut und Verfolgung hat das palästinensische Volk gezeigt, dass es Widerstand gibt, solange es Unterdrückung und Ungerechtigkeit gibt. Dieser Widerstand hindert die Unterdrücker daran ihre Beute zu genießen und wird schließlich eine politische Veränderung erzwingen. Die Palästinenser stehen der mächtigen israelischen Kriegsmaschinerie gegenüber und das ist der Hauptgrund, warum sie trotz ihres heroischen Kampfes und der zahllosen Opfer noch nicht einmal ihre elementarsten Rechte erlangen konnten.

Die besten Bedingungen für eine politische Lösung wären durch den Zusammenbruch des gesamten Projektes der Aggression, Vorherrschaft und Ausbeutung gegeben. Ein demokratisches Palästina ist der Kernpunkt einer neuen freien arabischen Welt. Eine demokratische Lösung könnte auch das Resultat eines Kompromisses sein. Der amerikanische Imperialismus könnte zur Überzeugung gelangen, dass seine Unterstützung des israelischen rassistischen Regimes die Region destabilisiert und seine Interessen gefährden könnte.

Um solche Bedingungen zu schaffen und sie dann auch nutzen zu können, um der Herrschaft des Rassismus die Stirn zu bieten und eine Alternative anzubieten, müssen wir die breiten Massen und demokratischen Kräfte in der Region und darüber hinaus vereinen. Ein zentraler Aspekt des politischen Widerstands ist die bedingungslose Ablehnung des israelischen Rassismus, der ethnischen Säuberungen und des unterdrückerischen zionistischen Regimes. Das beinhaltet für die Araber innerhalb der Grünen Linie (d. h. innerhalb des Staates Israel) den Boykott der israelischen politischen Maschinerie, wie die Wahlen zur Knesset. Für die gesamte arabische Region bedeutet es den Kampf gegen eine Normalisierung der Beziehungen zum rassistischen Regime. Und für die fortschrittlichen und friedensliebenden Kräfte in der ganzen Welt bedeu-

tet es den völligen Boykott Israels mit dem Bewusstsein, dass Zusammenarbeit nur zu mehr Aggression und ethnischen Säuberungen führt.

Für die Palästinenser auf beiden Seiten der Grünen Linie ist das Leben ein ständiger Kampf zur Verteidigung ihrer Existenz: ihrer Heime, ihres Landes, ihrer ganz normalen Rechte. Für diesen Kampf braucht es die größtmögliche Einheit im Massenkampf jenseits der verschiedenen politischen Positionen und vorgeschlagenen Lösungen. Wenn im Rahmen des täglichen Existenzkampfes das Ziel eines freien, demokratischen Palästina verankert ist, wird ihm damit Hoffnung und Würde verliehen und es bedeutet, dass Erniedrigung und Demütigung nicht akzeptiert werden.

Das gemeinsame Ziel eines freien demokratischen Palästina ist der solide Boden für die Zusammenarbeit von jüdischen und arabischen Aktivisten in ihrem Kampf gegen die Übel des Zionismus. In diesem politischen Projekt gibt es keine rassistische Überlegenheit oder Privilegien und es ist der gemeinsame politische Rahmen für die Zukunft.

Während der Zionismus uns alle in einem grausamen und endlosen Kampf dem Untergang weiht, bietet ein freies demokratisches Palästina eine klare und menschliche Perspektive für dieses zerrissene Land und seine leidenden Menschen. Wir müssen den Menschen Hoffnung geben, damit sie die Kraft haben eine bessere Welt zu erkämpfen.

Abna' al-Balad ist eine linke palästinensische Bewegung, die innerhalb der Grünen Linie, also in den Gebieten, die 1948 von Israel besetzt und heute als israelisches Staatsterritorium betrachtet werden, aktiv ist. Sie steht für die Abschaffung aller Formen des Rassismus, für das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge und die Errichtung eines säkularen, demokratischen Palästinas.

Abna' al-Balad: www.abnaa-elbalad.org

„Wir haben ein Mini-Guantánamo in Großbritannien“

Interview mit Ghayasuddin Siddiqi

Sie sind Vorsitzender des Moslemischen Parlaments in Großbritannien. Können Sie diese Institution näher beschreiben?

Ghayasuddin Siddiqi: Das Moslemische Parlament ist ein Community Forum, also eine Plattform für die moslemische Gemeinde Großbritanniens, das dazu dient, wichtige Fragen der Gemeinde zu diskutieren. Es gibt dabei keine inhaltliche Einschränkung. Manchmal handelt es sich um Fragen der Gesetzgebung, um soziale oder kulturelle Belange. Seit September 1998 führen wir auch einige spezifische Aktivitäten hinsichtlich der Antiterrorismusgesetzgebung durch, denn zu jenem Zeitpunkt wurde zum ersten Mal öffentlich diskutiert, ob der Gültigkeitsbereich dieser Gesetzgebung von Nordirland auf das gesamte Gebiet Großbritanniens ausgeweitet werden sollte. Das war also noch vor dem 11. September 2001. Unsere Überlegung damals war, dass das Gerede vom Problem des islamischen Terrors, der nicht existierte, angesichts all der Diskriminierung, Benachteiligung, Arbeitslosigkeit und sozialer Marginalisierung der Muslime in Großbritannien dieses Phänomen erst schaffen würde. Wenn man nichts gegen die Ausgrenzung und Marginalisierung tut, wenn die Leute weiterhin in ihre Gettos eingesperrt bleiben, dann wird es natürlich irgendwann Demagogen geben, die diese Situation ausnützen. Und das ist geschehen.

Wir haben also Kampagnen gegen die Antiterrorismusgesetze durchgeführt und dabei mit vielen anderen Organisationen zusammengearbeitet. Andere Aktivitäten innerhalb der moslemischen Gemeinde waren Maßnahmen und Kampagnen zur Gleichstellung der Geschlechter, gegen Gewalt in der Familie und erzwungene Heiraten. Wir waren die erste Vertretung einer Minderheit, die ihre Stimme gegen diese

Probleme erhoben hat. Ein weiteres Anliegen unseres Forums ist es, dass unsere Kinder, die staatliche Schulen besuchen, eine bessere Schulbildung genießen. Die große Mehrheit der muslimischen Kinder gehen auf staatliche Schulen, die in verarmten Regionen oder Stadtvierteln liegen, und die Qualität dieser Schulen ist meist sehr niedrig. Die Schulabgänger haben keine Qualifikationen und können nur schwer Arbeit finden. Das wiederum führt viele arbeitslose Schulabgänger dazu, entweder in die Drogenszene abzugleiten, oder in die Kriminalität.

Neben diesen sozialen Aktivitäten beteiligen wir uns seit dem 11. September 2001 und der Invasion von Afghanistan außerdem aktiv an der Antikriegsbewegung. Das Moslemische Parlament versteht sich insgesamt als eine Lobbying-Gruppe im Interesse der moslemischen Bevölkerung Großbritanniens. Es existiert seit Februar 1992.

Gab es damals irgendeinen spezifischen Anlass, der zur Gründung des Parlaments führte?

Ja, es war in gewisser Weise die Folge eines Ereignisses von hohem Bekanntheitsgrad, nämlich der Rushdie-Affäre. Die moslemische Gemeinde nahm Rushdies Buch „Satanische Verse“ mit sehr gemischten Gefühlen und Betroffenheit auf. Es gab auch viele Demonstrationen. Innerhalb der moslemischen Gemeinde kamen wir zu dem Schluss, dass wir eine junge Gemeinde in Großbritannien waren und keine Strukturen hatten, um uns auszutauschen und zu diskutieren und auch keine Stimme, mit der die Gemeinde ihre Ansichten in der Öffentlichkeit ausdrücken könnte.

Wie ist die Situation der moslemischen Gemeinde in Großbritannien nach dem 11. September, der zu verschärfte

Repression gegenüber den Muslimen geführt hat?

Es gibt zwei Antiterrorismusgesetze, das erste wurde im Jahr 2000 erlassen, das andere im Jahr 2001. Sie beinhalten eine Reihe von wesentlichen Punkten. Zunächst wird die Solidarisierung mit Widerstandsbewegungen im Ausland zu einer illegalen Handlung erklärt. 25 Organisationen, die außerhalb Großbritanniens aktiv sind, werden ebenfalls für illegal erklärt. Der zweite wichtige Punkt ist, dass Terrorismus so breit gefasst wird, dass praktisch jede von der offiziellen Regierungsposition abweichende Ansicht in diese Definition hineinpassen würde. Das ist also eine klare Attacke auf politische Opposition. Gemeinden von nationalen Minderheiten werden kriminalisiert. Ein Ergebnis dieses Gesetzes war, dass nun die Polizei das Recht hat, jede beliebige Person auf der Straße aufzuhalten und zu durchsuchen, die ihr verdächtig vorkommt. Und tatsächlich sind Tausende von jungen Männern im ganzen Land aufgehalten, durchsucht, verhaftet, eingeschüchtern und auch belästigt worden. Eine kürzlich erschienene Statistik besagt, dass in jedem sechsten moslemischen Haushalt eine Person auf diese Art und Weise aufgehalten und belästigt wurde. Sie können daran ablesen, wie breit diese Vollmachten dazu verwendet werden um unsere jungen Leute einzuschüchtern.

Unsere Position gegenüber unseren Jugendlichen war immer, dass dir nichts passieren wird, wenn du das Gesetz beachtest. Doch nun sagen unsere Jugendlichen zu Recht: „Ich habe doch gar nichts gemacht und wurde trotzdem aufgehalten und durchsucht.“ Unter unseren jungen Leuten macht sich immer mehr ein Gefühl der Erniedrigung breit.

Bezeichnend ist auch, dass jedes Mal, wenn eine Gruppe junger Moslems verhaftet wird, das groß in allen

Medien erscheint. Wenn sie aber drei Tage später wieder freikommen, erfährt das niemand. Damit wird unter der Bevölkerung der Eindruck erweckt, dass jeder junge Moslem auf der Straße ein potentieller Terrorist ist. Die gleiche Situation hatten wir in den 70er Jahren mit den irischen Leuten. Es gab einige Fälle, dass Iren verhaftet und später auch verurteilt wurden, auf Grundlage falscher Polizeiaussagen, nur weil irgendwo irgendetwas passiert war. Die jungen Iren blieben unter Umständen für viele Jahre im Gefängnis.

Heute werden viele Tausende von jungen Muslimen aufgehalten und durchsucht, aber nur einige wenige Hunderte verhaftet. Die Verurteilten sind wiederum nur eine Handvoll. Die Statistiken besagen auch, dass diese wenigen Verhaftungen in den allermeisten Fällen auch durch geheimdienstliche Nachforschungen hätten zustande kommen können. Es ist nicht notwendig dafür die gesamte muslimische Gemeinde zu kriminalisieren und zu dämonisieren.

Ein Ergebnis dieser Kampagnen ist ein rapides Anwachsen der Islamfeindlichkeit, die insbesondere seit dem Beginn des Krieges gegen den Irak stark ist. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Antiterrorismusgesetze gegen die islamische Gemeinde benützt wurden, um den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen. Es ging auch darum Stimmung zu machen als eine Art Rückversicherung für die Regierung. Falls im Irak irgendetwas schief gehen sollte, so könnte man so dennoch versichern, dass die Gewaltanwendung notwendig war, da es sich bei den Moslems um extrem gefährliche Menschen handelt. So erfüllen diese Gesetze zwei Funktionen: Erstens wird eine Gruppe von Menschen als Feind abgestempelt und zweitens kann dadurch beim Rest der Bevölkerung die eigene Politik besser verkauft werden. Ein Nebeneffekt war auch, dass die gesamte Bewegung für die demokratischen Grundrechte in Großbritannien eingeschüchtert wurde. Um ein Beispiel zu nennen: Als einige Aktivisten gegen eine Waffen-

schau demonstrierten, wurden sie auf Grundlage der Antiterrorismusgesetzgebung verhaftet. Man fragt sich natürlich, was hat das eine mit dem anderen zu tun?

Man hört, dass vielen der moslemischen Verhafteten ihre demokratischen Rechte vorenthalten werden, z. B. dass ihre Familie nicht von ihrer Verhaftung informiert wird und sie nicht mit ihren Anwälten sprechen dürfen.

In Großbritannien gibt es meines Wissens dreizehn oder vierzehn Moslems, die ohne Anklage auf unbestimmte Zeit inhaftiert wurden. Als die Antiterrorismusgesetzgebung verabschiedet wurde, wollte die Regierung einige Verhaftungen von Ausländern vornehmen, doch die Europäische Menschenrechtskonvention besagt, dass niemand ohne Anklage verhaftet und ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten werden darf. Die britische Regierung hat daher den Ausnahmezustand erklärt. In Großbritannien gibt es natürlich keine Ausnahmesituation, das Leben geht normal weiter wie zuvor, doch der Ausnahmezustand erlaubte es der Regierung einen Großteil der Bestimmungen der Menschenrechtskonvention außer Kraft zu setzen. Es gibt daher diese Fälle, dass sich Menschen in Haft befinden, ohne zu wissen, wessen sie angeklagt sind und ohne dass ihre Familien wissen, ob sie jemals wieder lebend das Gefängnis verlassen werden. Und alle diese Inhaftierten sind Moslems. Das verstärkt natürlich den Eindruck unter unseren jungen Leuten, dass es sich nicht um einen Krieg gegen den Terrorismus handelt, sondern um einen Krieg gegen den Islam und gegen die Moslems.

Man kann davon sprechen, dass wir unser Mini-Guantánamo in Großbritannien haben, abgesehen davon, dass auch einige Mitglieder unserer Gemeinde tatsächlich in Guantánamo sind, die ohne Anklage verhaftet wurden und im Grunde nicht wissen, warum sie dort sind. Vier Guantánamo-Häftlinge wurden bisher freigelassen und sie haben die Zustände und die Behandlung dort

als grauenhaft und unvorstellbar beschrieben. Folter war an der Tagesordnung und oft wurden falsche Aussagen unter Folter erpresst. Es kam vor, dass später durch Zufall einige dieser erpressten Aussagen untersucht wurden und es sich herausstellte, dass die Inhaftierten die ihnen zur Last gelegten Verbrechen niemals begangen hatten.

Wie war die Reaktion der islamischen Gemeinde in Großbritannien auf das französische Gesetz, welches das moslemische Kopftuch in öffentlichen Schulen verbietet?

In Großbritannien gibt es keinerlei Restriktion des Rechtes von moslemischen Frauen, ein Kopftuch in der Schule, an der Universität oder am Arbeitsplatz zu tragen. Wir betrachten es als das Recht der Frauen zu entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen möchten oder nicht. Die moslemische Gemeinde in Großbritannien ist daher besorgt über die französische Gesetzgebung und sieht darin eine massive Einschränkung der demokratischen Grundrechte muslimischer Frauen.

Das Moslemische Parlament ist seit dem 11. September Teil der britischen Antikriegsbewegung. Wie wurde der Angriff auf den Irak und der so genannte internationale Krieg gegen den Terror in der moslemischen Gemeinde aufgenommen?

Wir nahmen am Gründungstreffen der späteren Antikriegskoalition teil. Wir haben uns nach dem 11. September gegen die Taliban-Regierung in Afghanistan und gegen al-Qa'ida ausgesprochen, haben aber vehement die Invasion von Afghanistan durch amerikanische Streitkräfte verurteilt. Unserer Ansicht nach hatte diese Invasion nichts mit einem wie auch immer gearteten Krieg gegen den Terrorismus zu tun, sondern es ging darum die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien zu erlangen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versuchen die USA eine monopolare Weltordnung aufzubauen und selbst die Rolle der alleini-

gen Supermacht zu übernehmen. Die Neokonservativen in den USA scheinen den Zeitpunkt gekommen zu sehen, die Welt im Namen der Interessen amerikanischer Großkonzerne zu erobern und auszubeuten. Zu diesem Zweck müssen natürlich die wichtigsten Ölvorkommen kontrolliert werden.

Darüber hinaus ist die Kontrolle über Zentralasien auch aus strategischen Gründen für die USA wichtig, um ein Auge auf China, Indien und Russland zu haben. Natürlich können somit auch alle potentiellen Rivalen von den wichtigen Ölquellen in Zentralasien und im Irak ferngehalten werden. Insgesamt kann man diesen Krieg als Versuch bezeichnen, das Schicksal der Menschheit zu kontrollieren.

Wir haben uns seit Beginn an allen Aktivitäten der Antikriegskoalition beteiligt. Das war nicht bei allen moslemischen Organisationen so. Zwei Tage vor Beginn der Invasion in Afghanistan lud der britische Premierminister Tony Blair alle moslemischen Organisationen zu einem Tee ein. Er war schlau genug, irgendwo ein Blatt Papier herumliegen zu lassen, das diese Organisationen unterschreiben sollten, die natürlich keine Ahnung davon hatten, dass der Angriff bevorstand. Auf diesem Blatt stand geschrieben, dass sie jede Handlung der britischen Regierung unterstützen würden, die notwendig sei, um den Terrorismus zu bekämpfen und ähnliche Dinge. Zwei Tage später fielen die Bomben und diese Organisationen erkannten, dass sie getäuscht worden waren. Zum Glück war das Moslemische Parlament nicht in die Falle gegangen, wir waren diesem Besuch bei Blair ferngeblieben und beteiligten uns stattdessen am Aufbau der Antikriegskoalition. Es war diese Bewegung, welche die moslemischen Organisationen unter Druck setzte und sie darauf hinwies, dass sie einen Fehler begangen hatten. Aufgrund dieses großen Druck schlossen sie schließlich alle moslemischen Organisationen der Antikriegsbewegung an. Der Druck kam auch von innen, von den Basismitgliedern dieser Or-

ganisationen.

Für uns war es das erste Mal, dass wir uns im politischen Bereich engagierten und wir haben uns auch dazu entschlossen, um unseren jungen Leuten die Möglichkeit zu geben ihrem Ärger und ihrer Enttäuschung auf legale Weise Luft zu machen. In den letzten Jahren haben sich viele tausend Menschen uns angeschlossen.

US-amerikanische moslemische Organisation beklagen wiederholt antiislamischen Rassismus innerhalb der Antikriegsbewegung. Haben Sie damit auch in Großbritannien zu kämpfen?

Als die ersten Demonstrationen in London stattfanden, waren alle über die zahlreiche Beteiligung der Moslems überrascht. Es dauert eine Weile, bis sich die Linke an die veränderte Situation gewöhnt hatte. Immerhin hatte die Linke mit diesen Leuten, die nun kamen um sich an ihren Mobilisierungen zu beteiligen, nie Kontakt gehabt. Es gibt natürlich viele Diskussionen, einige Strömungen der Linken hatten allerlei Einwände gegen Teilorganisationen der islamischen Gemeinde, weil diese in der Vergangenheit Verbindungen zu islamistischen Organisationen im arabischen Raum gehabt hatten. Doch letztendlich war der Linken klar, dass man die moslemischen Gemeinde nicht aus der Bewegung ausschließen konnte. Alle würden es für falsch halten, Menschen, die sich der Bewegung anschließen möchten, die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Danke für das Gespräch.

xxx AutorIn

Volksmacht im Zeitalter des Imperiums

Rede von Arundhati Roy am 16. August 2004 in San Francisco

In ihrer bemerkenswerten Rede sprach Arundhati Roy über die vergangenen Wahlen in Indien und über die Wahlen in den USA im November 2004, Globalisierung, die Antikriegsbewegung und den irakischen Widerstand, das WSF, NGOs und Neoliberalismus. Wir geben diese Rede in Auszügen und in deutscher Übersetzung wieder.

Die Kluft zwischen Reich und Arm wird immer breiter, der Kampf um die Rohstoffe der Welt spitzt sich zu. Wirtschaftskolonialismus in der Form offener militärischer Aggression steht wieder auf der Tagesordnung. Der Irak heute ist ein tragisches Beispiel für eine solche Vorgangsweise: Eine illegale Invasion. Eine brutale Besetzung unter dem Titel „Befreiung“. Die Gesetze werden neu geschrieben, damit sie den Firmen, die mit den Besatzern paktieren, die schamlose Aneignung des Reichtums und der Rohstoffe des Landes gestatten und nun auch noch das Possenspiel einer einheimischen „irakischen Regierung“.

Es ist absurd, den Widerstand gegen die US-amerikanische Besetzung des Irak als von Terroristen, Aufführern oder Saddam-Hussein-Anhängern geführt zu verurteilen. Wenn die Vereinigten Staaten angegriffen und besetzt würden, wäre dann jeder, der für die Befreiung kämpft, ein Terrorist, Aufführer oder ein Bush-Anhänger? Der irakische Widerstand kämpft in der ersten Reihe gegen das Empire. Und deshalb ist sein Kampf unser Kampf.

Wie die meisten Widerstandsbewegungen hat sich ein bunt zusammen gewürfeltes Spektrum von Gruppen zusammengefunden. Ehemalige Ba'thisten, Liberale, Islamisten, unzufriedene Kollaborateure, Kommunisten usw. Natürlich ist sie mit Opportunismus, lokalen Auseinandersetzungen, Demagogie und Kriminalität durchsetzt. Aber wenn wir nur reine und unverdorbenere Bewegungen unterstützen würden, könnte

kein Widerstand unserem Reinheitsgebot entsprechen.

Das bedeutet nicht, dass wir Widerstandsbewegungen niemals kritisieren dürfen. Viele sind nicht demokratisch, treiben einen Kult um ihre „Führer“, sind nicht transparent, haben keine klaren Vorstellungen und Ziele. Vor allem jedoch leiden sie an Schmähung, Unterdrückung und mangelnden Ressourcen.

Bevor wir einem „reinen“ irakischen Widerstand vorschreiben, wie er seinen säkularen, feministischen, demokratischen und gewaltfreien Kampf zu führen hat, sollten wir unseren Teil zum Widerstand beitragen, indem wir die USA und ihre Verbündeten dazu zwingen, aus dem Irak abzuziehen.

Nachdem die USA den Irak derart überfallen und besetzt haben, mit einer solchen militärischen Übermacht, wie könnte man da konventionell militärischen Widerstand leisten? (Selbst wenn es konventioneller Widerstand wäre, würde er terroristisch genannt werden.) Das Waffenarsenal, die konkurrenzlose Überlegenheit in der Luft und die übermächtige Feuerkraft lassen keine andere Möglichkeit als Terrorismus als Antwort zu. Was den Leuten an Reichtum und Macht fehlt, gleichen sie durch Tarnen und Täuschen aus.

Für diejenigen von uns, die auf der falschen Seite des Empire sind, wird die Erniedrigung unerträglich.

Jedes der irakischen Kinder, das die USA getötet haben, war unser Kind. Jeder der Gefangenen, den sie in Abu Ghraib gefoltert haben, war unser Genosse. Jeder ihrer Schreie

war auch unserer. Als sie erniedrigt wurden, wurden wir erniedrigt. Die US-amerikanischen Soldaten, die in den Irak geschickt wurden, sind vor allem Freiwillige, die aus der Armut in den Kleinstädten und Slums rekrutiert wurden und sind wie die Iraker Opfer der gleichen grauenhaften Maschinerie, die von ihnen verlangt, für einen Sieg zu sterben, der nicht der ihre sein kann und wird.

Die Bonzen der Unternehmenswelt, die Vorstandsvorsitzenden, die Bankiers, Politiker, Richter und Generale blicken auf uns herab und schütteln streng die Häupter: „Wir haben keine Wahl“, sagen sie. Und schicken ihre Bluthunde.

Dann kommt die Antwort, die uns das Blut in den Adern gefrieren lässt, aus den Ruinen in Afghanistan, den Trümmern im Irak und in Tschetschenien, von den Straßen des besetzten Palästina und von den Bergen Kaschmirs, von den Bergen und Ebenen Kolumbiens und den Wäldern von Andhra Pradesh und Assam: „Wir haben keine Wahl als Terrorismus.“ Terrorismus, bewaffneter Kampf, Aufstand – wie auch immer Sie es nennen wollen.

Terrorismus ist teuflisch, hässlich und unmenschlich sowohl für die, die ihn ausüben, als auch für die Opfer – so wie der Krieg. Man könnte sagen, dass der Terrorismus die Privatisierung des Krieges ist. Terroristen sind die Krieger des freien Markts. Sie glauben nicht daran, dass der Staat das Monopol auf legitime Gewaltausübung hat.

Die menschliche Gesellschaft ist an einem schrecklichen Punkt angekommen. Natürlich gibt es eine Alternative zum Terrorismus. Man nennt sie „Gerechtigkeit“. Es ist Zeit zu erkennen, dass kein noch so großes Arsenal an Kernwaffen, Breitband-Überlegenheit, Daisy Cutters oder Inszenierungen von Regierungs-

Buchbesprechung

An der Grenze

von Michael Warschawski

„An der Grenze“ ist die Autobiographie Michael Warschawskis, der seit 35 Jahren für die Anerkennung der Rechte der Palästinenser und für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten kämpft. Sie ist vorrangig Zeugnis von Rebellion und Widerstandsgeist und eine Dokumentation der politischen Entwicklungen in Israel während der letzten Jahrzehnte aus der persönlichen Perspektive des Autors.

Die Grenze und Grenzen – sichtbare und unsichtbare – sind zentraler Aspekt des Lebens Warschawskis, des Grenzgängers. Eine entscheidende Grenze verläuft zwischen Israel und Palästina, an der er sich so positioniert: „Die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit wird auf der Grenze, und nur auf der Grenze erbaut. Seit 1968 ist es meine Entscheidung, mich dort aufzuhalten; diesseits, in meiner eigenen Gesellschaft, aber auch so dicht wie möglich bei der anderen Gesellschaft. Wenn wir auch nur ein wenig dazu beigetragen haben, dass es Aussichten auf einen israelisch-palästinensischen Frieden gibt, dann aufgrund dieser Positionierung auf der Grenze, die uns die ersten Schritte zu Dialog und Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern ermöglicht hat. Ich lehne es ab, Grenzschützer zu sein, ich will auch weiterhin ein Grenzgänger sein und die Mauern des Hasses und die Barrieren der Segregation durch-

brechen ...“ (S. 25)

Als Staatsbürger Israels erfüllt Warschawski seine Wehrpflicht und zieht hier seine eigene Grenze. Für seine Weigerung, die Grenzen zum Libanon oder zu den besetzten Gebieten zu überschreiten, wurde er mehrmals mit dem Militärgefängnis bestraft. Für seine politische Arbeit in Israel gilt das Bemühen „grundsätzlich keine Aktionen durchzuführen, durch die wir das Gesetz gebrochen hätten. Wir wollten die Grenze nicht überschreiten, sondern uns am Rand des Gesetzes bewegen ...“ (S. 69)

Seine Kindheit verbrachte Warschawski in Straßburg, an der Grenze. Sie war geprägt von religiöser Lebensführung, Antifaschismus, Ablehnung jeder Form von Rassismus sowie einer starken Identifikation mit den Schwachen und Unterdrückten.

Im Alter von sechzehn Jahren beschloss er, seine Talmudstudien in Jerusalem zu vertiefen und begann erst dort, im Krieg von 1967, Israel und die israelische Politik zu entdecken. Zuerst noch stolz, als Israeli die biblischen Stätten erobert zu haben, erkannte er bald, dass er Teil der Besatzer war und sein Mitgefühl wendete sich den Besetzten zu. In einem Klima des israelischen Triumphalismus stieß er auf die Matzpen-Bewegung und schloss sich ihr an. Sie war antizionistisch und radikal, und ihre Mitglieder waren die Ausgeschlossenen und Geächteten in Israel. Sie sahen den Krieg von 1948 als ethnische Säuberungsaktion, waren für das Recht auf Rückkehr der Palästinenser und für die Umwandlung Israels in ein „normales Land“ (S. 48), das heißt in einen Staat all seiner Einwohner. „Von Hebron bis Galiläa –

ein einziges Volk und ein einziger Kampf.“ (S. 53)

Warschawski lernte in dieser Bewegung die Palästinenser kennen – als Kampfgenossen, als Bündnispartner, als Freunde – die sie für ihn immer geblieben sind. Sie waren es auch, die die Ausgrenzung in Israel erträglich machten. Es war der Ausschluss aus den Stammesgrenzen, sei es von den Linken, den Normalbürgern, den Rechten. Die Matzpen-Aktivistinnen begingen das „Verbrechen“, die zionistischen Mauern rund um die israelische Gesellschaft aufzubrechen.

1980 beschlossen Matzpen und die palästinensische Linke, das Alternative Information Centre (AIC) aufzubauen, mit dem Ziel zwischen den beiden Gesellschaften einen Informationsfluss in Gang zu setzen, der bis dahin nicht existierte. Michael Warschawski war nun der bekannte „Mikado“, wie er heute noch genannt wird. Dank eines gemischten Teams und eines Netzwerks an Kontakten in den besetzten Gebieten wurde eine umfassende Medienarbeit eingeleitet. Weiters wurde neuen palästinensischen und israelischen Organisationen Gehör verschafft. Als Hauptziel des AIC, in dem Warschawski auch heute noch arbeitet, wurde die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie gesehen, „die schließlich Palästinenser und Israelis im gemeinsamen Kampf für die Zukunft vereinen könnte.“ (S. 132)

Der Einblick in die israelische Gesellschaft, den Warschawski von seiner Perspektive als Matzpen-Aktivist und später als führendes Mitglied des AIC gibt, ist ein besonders interessanter Aspekt des Buches und letztendlich auch des Autors.

Linksintellektuelle wie Uri Avneri, die die Matzpen-Aktivistinnen als Nazikollaborateure beschimpften, werden später Partner, um den Friedensblock – Gush Shalom – zu gründen. Er sollte die israelische Friedensbewegung, die sich nach dem Camp David Abkommen im Juli 2000 zum

Fortsetzung von Seite 53
räten und Loya Jirgas den Frieden zum Preis der Gerechtigkeit erkaufen können.

Das Streben nach Hegemonie und Vorherrschaft einiger weniger stößt immer mehr auf das Streben nach Menschenwürde und Gerechtigkeit der anderen. Welche Form der Kampf annimmt, ob er wunderschön oder blutrünstig wird, hängt von uns ab.

Dieser Ausschnitt aus der Rede wurde von der Redaktion übersetzt.

Quelle und gesamte Fassung:
www.alternatives.ca

großen Teil wieder dem nationalen Konsens in Israel anschloss, neue Kraft geben.

Und die Linkszionisten, die sich auch als Linke begreifen? „Der Linkszionist glaubt an die demokratischen Werte und will in demokratischen Verhältnissen leben. Aber er will auch und vor allem einen jüdischen Staat. Also propagiert er eine Philosophie der Trennung. Trennung nicht bloß als Mittel, sondern als Wert. ... Und die Philosophie des Linkszionisten basiert stets auf der paranoiden Vorstellung, der Jude sei, weil er Jude ist, ewig und absolut Opfer.“ (S. 156 f.)

Was die israelische Gesellschaft insgesamt betrifft, zeichnet Warschawski ein düsteres Bild. Sie scheint heute Ben Gurions äußerster Sieg zu sein. Seit 1967 hat sich Warschawskis Darstellung nach ein messianischer Nationalismus, der vorher ausgegrenzte religiöse Gemeinschaften unterdrückte aber jetzt eine neue Synthese aus Religion und Nationalismus betrieb, „zum wesentlichen Bestandteil des neuen nationalen Diskurses, auch in den Kreisen des Arbeiterzionismus“ (S. 197) herausgebildet. „Die zionistische Bewegung und Israel sind nicht mehr eine Lösung der jüdischen Frage, sondern Bestandteil der Erlösung des jüdischen Volks und der Befreiung des Heiligen Landes.“ (S. 197)

Was bleibt da an Perspektive für den Kämpfer, der von sich sagt: „In der Solidarität mit den Palästinensern bestätigt sich meine jüdisch-israelische Identität“ (Zitat am Buchrücken)?

Zwischen einem „Kolonialismus mit menschlichem Antlitz“ und einem nationalistischen und fundamentalistischen Israel auf der Flucht nach vorne, sieht Warschawski Hoffnung in einem dritten Weg, auf dem sich heute Intellektuellenkreise und Teile der Jugend finden. Darunter sind die Neuen Historiker und Neuen Soziologen. Nachdem Warschawski ihre kritischen Positionen zum Beispiel hinsichtlich des Entstehens Israels oder ihre Infragestellung des Prinzips „eines jüdischen und demokratischen Staates“ würdigt, muss er selbst gleich elementare Einschränkungen

ihrer kritischen Rolle zugeben. Sie nennen sich „in der Mehrheit lieber Post- als Antizionisten, denn das einzige Thema, das für ihre intellektuelle Angriffslust tabu geblieben ist, ist der Zionismus als solcher.“ (S. 218) Und weiter stellt er fest, „dass die kritischsten Elemente der israelischen Gesellschaft sich auf dem Feld der Politik – wenn nicht in der israelischen Wirklichkeit überhaupt – nicht blicken lassen.“ Eine sehr traurige Bilanz des so genannten dritten Weges!

Und die politisch engagierte Jugend? „Solidarität mit den Palästinensern ist für sie eine Selbstverständlichkeit, sie gehört zu der umfassenderen Solidarität mit all denen auf unserem Planeten, die unter Unterdrückung zu leiden haben, von den Kosovo-Albanern bis zu den von Nike ausgebeuteten philippinischen Kindern, von den Indios Guatemalas bis zu den Robbenbabys in der Antarktis...“ (S. 219) Da ist es nicht verwunderlich, dass sie die Kämpfe gegen McDonalds und genmanipulierten Mais mehr interessiert als die Palästinenserfrage. Aber Warschawski ist zuversichtlich, dass sie die israelische Realität schnell einholen wird. Wie schlimm muss sie eigentlich noch werden, fragt man sich, damit die palästinensischen Menschen wichtiger werden als Robbenbabys?

Nachdem Warschawski die Relevanz seiner Hoffnungsträger mit seinen eigenen Argumenten relativiert, stellt er fest: „Die Brücken über die Grenzen, in den achtziger Jahren fleißig gebaut, sind eingestürzt. Niemand oder fast niemand mehr geht über die Grenze. ...“ (S. 225) Er selbst wird immer wieder gefragt: „Warum gehst du nicht, bevor es zu spät ist?“ Seine Antwort ist zu bleiben und „auf den gesunden Menschenverstand zu setzen.“ (S. 227)

Was er damit meint, entwickelt er im Abschlusskapitel „Grenz-Identitäten“. Hier wird die Verschiebung des Schwerpunktes, die schon während der Lektüre des Buches spürbar war, deutlich. Es ist die Zukunft Israels, die klar ins Zentrum rückt, der Warschawskis Sorge vorrangig gilt und

die zum Standhalten zwingt: „Die Zukunft einer jüdischen Existenz inmitten eines arabischen Nahen Ostens zwingt zu einem dritten Weg und zum Widerstand sowohl gegen den expansiv-militaristischen Fundamentalismus als auch gegen den Kolonialismus, der selbst in der soften, „schicklichen“ Version immer wieder zu Kriegen mit der arabischen Welt führen wird.“ (S. 230)

Wenn es laut Warschawski eine Zukunft Israels geben soll, muss es sich in die arabische Welt integrieren und die Philosophie der Trennung aufgeben. Voraussetzung dafür ist die Neubestimmung der israelischen Identität. Sie soll eine „jüdische, eine Diaspora-Identität sein.“ (S. 239) Wenn die Israelis ihre wahren jüdischen Wurzeln wieder finden, ihr Kosmopolitentum, das sich über zwei Jahrtausende in einer vielschichtigen Beziehung zur Umwelt geformt hat, wird in Warschawskis Überlegungen die Zukunft mit den Palästinensern möglich sein. Die Versöhnung mit ihnen beinhaltet, dass das Unrecht, das an ihnen begangen wurde, anerkannt und die Bitte um Vergebung ausgesprochen wird.

„Nur eine aufrichtige, umfassende Bitte um Vergebung für die begangenen Verbrechen kann die Voraussetzungen für wirkliche Gleichberechtigung zwischen denen, die diese Verbrechen begangen haben, und ihren Opfern schaffen.“ (S. 232)

Auf diesen letzten Seiten von „An der Grenze“ kann man erahnen, was die Gewaltherrschaft Israels auch in den Köpfen seiner Kritiker wie Warschawski anrichtet. Aus der Forderung für das Recht auf Rückkehr ist eine moralische Bitte um Vergebung geworden. Aus politischen Konzepten sind Wunschvorstellungen und Träume geworden, die an der politischen Realität vorbei gehen.

„An der Grenze“ von Michael Warschawski. Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg 2004, 255 Seiten

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.

Ahmad Walwil ist ein siebzehnjähriger Künstler aus dem Flüchtlingslager Balata. Eine Auswahl seiner Bilder kann unter www.balatacamp.net eingesehen werden. Auf dieser Internetseite finden sich auch Informationen über verschiedene politische, kulturelle und soziale Initiativen im Balata-Lager, die von Theater und Filmproduktion bis hin zur Unterstützung des politischen Gefangenen Hussam Khader reichen.